



20 Jahre Suche nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

20 Jahre Versuche, das ‚Ganze‘ zu verändern

20 Jahre kritische Reflexion

20 Jahre Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

# An die Wurzel gehen



# Inhalt

<b>EDITORIAL</b>	2
<b>GRUNDLEGENDES UND RÜCKBLICK</b>	
<b>Von der Marktkritik zur Wertkritik</b>	4
<b>Theologische Einwürfe</b>	
Dämonen unter uns!	17
Reflexionen zum Platz der Kirche in der Krise des Kapitalismus	19
<b>Die Kapitalismuskritik des Netzes ist ergänzungsbedürftig!</b>	23
<b>Die Entstehung des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar</b>	25
<b>15 Jahre im und mit dem Ökumenischen Netz</b>	27
<b>DIE PRAXISFELDER des Ökumenischen Netzes</b>	
<b>Gerechtigkeit</b>	
Armut in Koblenz – Die Aktivitäten des Vereins Steg	29
Arbeitsrechtsverletzungen für den Weltmarkt: Die Kampagne für Saubere Kleidung und der AK Fujian	33
Fairer Handel und Weltläden	36
Fluchtursachen und Umgang mit Flüchtlingen	39
<b>Frieden</b>	
Militarisierung von Politik und Gesellschaft	41
Schulfrei für die Bundeswehr	45
Aufschrei gegen Waffenhandel	48
<b>Bewahrung der Schöpfung</b>	
Die Fallstricke der Energiewende	51
Exitstrategien aus der Wachstumsgesellschaft zur Diskussion gestellt	58
<b>STIMMEN zum Netzjubiläum</b>	
Das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar spricht Klartext	62
Zum 20. Geburtstag des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar	63
Die Welt von ‚unten‘ sehen	63
Eine andere Welt ist möglich	64
Ich bin – seit 12 Jahren – Mitglied im Ökumenischen Netz	65
Das Ökumenische Netz – ein permanenter Spagat	65
<b>Bildnachweise, Impressum</b>	67

## Editorial

### Liebe Freundinnen und Freunde des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar!

Wenn vor 10 Jahren noch gefragt wurde, ob ein 10-jähriges Jubiläum überhaupt gefeiert werden sollte, so steht dies nach 20 Jahren außer Frage. Dies hat aber nicht so viel mit der runden Zahl zu tun, sondern mit der Tatsache, dass wir dies zum Anlass für eine Publikation und eine Tagung nehmen, die die Themen des Netzes bündeln und reflektieren. In Zeiten einer Dauer- Finanz- und Wirtschaftskrise sind es eben – leider – ‚unsere‘ Themen, die unbedingt so breit wie möglich gestreut und diskutiert werden sollten.

‚Unser‘ mit allen Lebens- und Arbeitsbereichen verknüpftes Thema ist die Kapitalismuskritik. Einige Menschen schätzen es, dass wir in diesem Punkt nicht locker lassen. So ist das Netz auch an prominenter Stelle erwähnt, und zwar gleich zwei Mal in dem kirchenhistorischen Buch von Klaus Schmidt über die Geschichte der ProtestantInnen im Rheinland.<sup>1</sup> Anderen gehen wir mit unserer Kritik mächtig auf die Nerven. Tatsächlich würden wir uns gerne anderen Themen widmen, aber nur dann, wenn wir die Warenproduktion und den Fetisch des Geldes sowie die (Lohn-)Arbeit als gesellschaftliche Synthesis – also das, worum sich alles in einer Gesellschaft dreht, was die globale Gemeinschaft der Menschen im Innern zusammenhält und gleichzeitig zerstört – hinter uns gelassen haben. Da wir



leider noch sehr weit davon entfernt und der mit dem Kapitalismus verbundenen zerstörerischen Krisendynamik umso näher sind, wird sich auch unser 20-jähriges Jubiläum um die Kritik an diesen Aspekten drehen.

In dieser Broschüre werden die Netz-Themen der letzten Jahre vorgestellt, die hoffentlich auch in anderen Zusammenhängen, die über unsere Mitglieder und Region hinausgehen, Beachtung finden. Eingeteilt sind die Praxisfelder nach dem Motto des *processus confessionis*, des konzilaren Prozesses des Ökumenischen Rates der Kirchen, der Anfang der 1980er angestoßen wurde: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Genau das sind die Ziele, an denen sich auch unsere Aktivitäten orientieren.

Zunächst werden in einer Rückschau die philosophischen und theologischen Grundlagen unseres Engagements dargestellt: Heri Böttcher beschreibt im Einführungstext, wie sich die theoretische Diskussion im Netz entwickelt hat und wo wir gerade stehen. Dieser Text wird durch Elisabeth Böttcher kritisch ergänzt, indem sie die meist fehlende feministische Dimension einklagt und darauf aufmerksam macht, dass es nicht einfach um Wert-Kritik, sondern um die Kritik der Wert-Abspaltung geht. Zwei biblisch-theologische Beiträge von Ingo Schrooten und Heri Böttcher beleuchten dazwischen die Frage nach dem Verhältnis von Netz und Kirchen. Abgeschlossen wird dieser Abschnitt durch eine selbstreflektierende Rückschau aus Sicht der beiden ersten hauptamtlichen ReferentInnen des Netzes: Uli Suppus beschreibt die Entstehung des Netzes und Sabine Ferenschild reflektiert ihre 15 Jahre beim Netz.

Unter der Perspektive Gerechtigkeit beschreibt die chronologische Auflistung von Annemarie Stubbe und Peter Weinowski die Aktivitäten des Vereins Steg, der sich gegen die zunehmende soziale Spaltung in Koblenz einsetzt und die Würde derer zu verteidigen sucht, die in dieser Arbeitsgesellschaft überflüssig geworden sind: Suchtkranke und Obdachlose. Neben der ‚lokalen Solidarität‘ ist das Netz wie schon zu seiner Gründung auch im Bereich der ‚internationalen Solidarität‘ aktiv: Guido Groß erläutert die Entwicklungen des Fairen Handels, Barbara Bernhof-Bentley beschreibt das Engagement im Bereich Asyl in den letzten Jahren, das die lokale und globale Sphäre verbindet, und Dominic Kloos schildert die Aktivitäten des Netzes in der Kampagne für Saubere Kleidung und dem Arbeitskreis Fujian-Rheinland-Pfalz.

Das Kapitel Frieden wäre besser mit dem Titel Krieg überschrieben, da nicht die wenigen Ansätze der zivilen Konfliktbearbeitung, sondern die Verteidigung des kapitalistischen Verwertungssystems beschrieben wird. Heri Böttcher und Peter Weinowski zeigen globale Tendenzen der Zerstörung sowie konkrete Beispiele der wachsenden Bedeutung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft auf. Dies wird durch Uli Suppus ergänzt, der den Einfluss der Bundeswehr an den Schulen kritisch beleuchtet. Dominic Kloos schließt diesen Teil mit den Entwicklungen der deutschen Rüstungsexporte und deren theoretischer Einordnung ab.

Das Thema Ökologie hat im Netz bisher nicht im Fokus gestanden. Da dieser Bereich aber immer stärker durch den Kapitalismus bedroht wird, soll auch er in dieser Broschüre Raum finden. Die Aktionswoche zu Rohstoffen im Mai 2012 war nicht nur dem Ziel einer stärkeren Vernetzung in Koblenz und des Erreichens von jungen Erwachsenen mit unseren Themen geschuldet, sondern sollte gerade dem Feld der Ökologie einen größeren Platz einräumen. Daher haben wir zwei Texte von Bruno Kern von der Initiative Ökosozialismus übernommen: Der erste stellt die aktuelle Energiewende im Zeichen eines ‚grünen Kapitalismus‘ in Frage. Der zweite schlägt Lösungsansätze vor, die im Kapitalismus verortet sind, jedoch über diesen hinausweisen sollen. Gerade dieser letzte Text soll ein Anstoß sein, um die in Zukunft im Netz stärker im Blickpunkt stehende Diskussion um tatsächliche und vermeintliche anti-kapitalistische Lösungsansätze voranzutreiben.

Abgerundet wird das Heft mit kurzen Statements von Netz-Mitgliedsorganisationen und Einzelpersonen: Sie beschreiben, wie sie das Netz sehen, was es für sie persönlich und als Netzwerk bedeutet und das, was sie ihm für die Zukunft wünschen. Ein besonderer Dank geht an Peter Weinowski, der im Namen des Netzes, des Stegs, des ‚Runden Tisches‘, des Sozialforums und von pax christi fast alle hier verwendeten Aktionsbilder zur Verfügung gestellt und mit einem Augenzwinkern beschrieben hat.

Damit diese Broschüre und die Tagung überhaupt zustande kommen, sind Gelder notwendig: Das Ökumenische Netz dankt dem Katholischen Fonds, der Evangelischen Kirche im Rheinland, dem Bistum Trier und vielen SpenderInnen, die dies ermöglichen!

Ohne die fast 50 Gruppen, Organisationen, kirchlichen Institutionen und Verbände sowie knapp 70 Einzelmitglieder in Rheinland-Pfalz und dem Saarland und alle dem Netz zuneigten Personen und Gruppen wäre dieses kritische Netzwerk nicht vorstellbar. Daher sei an dieser Stelle allen Menschen, die sich in den letzten 20 Jahren im Netz engagiert, die kontrovers diskutiert, Texte geschrieben und bearbeitet, Aktionen gestaltet und Aktivitäten organisiert sowie durch ihre finanzielle Unterstützung das Netz aufrecht erhalten haben, ein ganz besonderer Dank ausgesprochen!

**Dominic Kloos**

Geschäftsführer und Referent des  
Ökumenischen Netzes





# Von der Marktkritik zur Wertkritik

Zum Weg des politisch-ökonomischen Nachdenkens im Ökumenischen Netz

## Politisch-Ökonomische Blitzlichter im Gründungsjahr

Mit dem Oktober 1992 verbindet sich für uns ein symbolträchtiges Ereignis – nicht weil in diesem Monat und in diesem Jahr das Ökumenische Netz gegründet wurde. Am 12. Oktober 1992 jährte sich zum 500. Mal der Tag, an dem Kolumbus – wie viele sagten – Amerika entdeckt hatte. Wir sprachen von Eroberung. Und diese gewaltsame Eroberung war für die eroberte Bevölkerung eine tödliche Entdeckung. Nach den vorsichtigsten Schätzungen fielen ihr 49 Millionen UreinwohnerInnen zum Opfer. 20 Millionen AfrikanerInnen wurden nach Amerika verschleppt, um in den Bergwerken und auf dem Landbesitz, den sich die Eroberer angeeignet hatten, als SklavInnen zu arbeiten.

Mit dieser Erinnerung verband sich ein zweites Datum: Am 1. Januar 1993 kam der EG-Binnenmarkt zur Vollendung. Vollendet wurde die Freiheit des Marktes in Gestalt von vier Formen von Freiheiten: denen des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Genau dies sahen wir in Kontinuität zur kolonialen Eroberung Amerikas. Europa steigt zur Weltmacht auf und wird als Markt mit 320 Millionen Menschen gegenüber Japan und den USA konkurrenzfähig.

Diese Zusammenhänge hatte der sog. Trägerkreis für die Gründung des Ökumenischen Netzes in einem Positionspapier herausgearbeitet und unter dem Titel ‚500 Jahre Kolonialismus – und wir zwischen Wohl- und Widerstand‘ zur ersten Netver-

sammlung eingeladen. Das Impulsreferat war überschrieben mit: ‚Zusammenhänge begreifen: Europa im weltweiten Unrechtssystem. Unsere Verstrickungen und unser Suchen nach Wegen der Befreiung‘.

Der Zusammenhang zwischen der Eroberung Amerikas und der Vollendung des EG-Binnenmarktes verweist auf die Geschichte des Kapitalismus. Die Eroberung Amerikas hatte schon Karl Marx mit dem sich durchsetzenden Kapitalismus in Verbindung gebracht: „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära (...). Der (...) erbeutete Schatz floss ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital.“<sup>41</sup> Während sich der Kapitalismus zunächst in Europa durchsetzte, wurde im 20. Jahrhundert der ganze Globus unter die Herrschaft der Kapitalvermehrung gezwungen. Die Verwirklichung des EU-Binnenmarkts stand nicht zuletzt unter dem Vorzeichen, bessere Rahmenbedingungen für Europa in der globalen Konkurrenz zu schaffen.

Dieser Zusammenhang hat das Denken und Handeln vieler Gruppen in den aktuellen Fragen geprägt: In der Auseinandersetzung mit der Verschuldungskrise der Zweidrittelwelt, mit Armut und Sozialabbau auch in den sog. Industrieländern, mit

von Rassismus und Chauvinismus geprägten Debatten um Flüchtlinge und die Änderung des Asylrechts, mit dem ersten Golfkrieg ...

In dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des sog. real existierenden Sozialismus 1989 glaubten manche ZeitzeugInnen einer geschichtlichen Zäsur zu sein. Manche träumten von einer Friedensdividende, andere riefen gar das Ende der Geschichte in dem nun erreichten ‚Paradies‘ von Markt und Demokratie aus.

Wer genauer hinsah, konnte bereits anderes wahrnehmen: Wenige Tage nach dem Fall der Mauer wurde – von der euphorisierten Öffentlichkeit kaum beachtet – die Jesuitenkommunität San Salvadors überfallen sowie ihre Köchin und deren Kind ermordet. Statt Friedensdividende eskalierte die Gewalt. Der erste Golfkrieg wurde geführt. In einem Papier aus dem Verteidigungsministerium war zu lesen: Bei militärischen Zielsetzungen müsse es um die „Aufrechterhaltung des freien Weltmarktes und des Zugangs zu strategischen sicheren Rohstoffen“ gehen. Einige Jahre zuvor waren die ‚Geheimen Strategiepapiere‘ des amerikanischen Militärs veröffentlicht worden.<sup>2</sup> Darin hatte eine Gruppe aus US-amerikanischen und lateinamerikanischen Militärs – angesichts stärker werdender Opposition u. a. aus befreiungstheologisch inspirierten Gruppen in Lateinamerika – Strategien entwickelt, die darauf ausgerichtet waren, westliche Interessen wie den Zugriff auf Rohstoffe und Energiequellen, die Zweidrittelwelt als Absatz- und Investitionsmarkt zu sichern und kapitalistische Demokratien gegen den Kommunismus zu sichern sowie linke oppositionelle Bewegungen in einem Krieg ‚niederer Intensität‘ zu bekämpfen. Wesentliche Zielscheibe dieses Krieges war die Kirche der Armen.<sup>3</sup>

Wie war diese Situation zu bewerten? Was bedeutete sie für unsere Suche nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – einer Perspektive, die von den Kirchen in verschiedenen konziliaren Versammlungen vorangetrieben wurde? Angesagt waren Vernetzung und darin inhaltliche und praktische Orientierung.

In der Erinnerung an die 500jährige Geschichte der Eroberung Lateinamerikas ist unser Blick auf Geschichte und Gegenwart geschärft worden. Es musste die Perspektive der Besiegten und VerliererInnen, der Opfer von Macht und Gewalt sein. Damit zeichnete sich bereits ein Bruch mit einem naiven Fortschrittsoptimismus ab, wie er sich in der Vorstellung der Entwicklung zu immer besseren Verhältnissen verbirgt. Das vermeintliche Ende der Geschichte in Markt und Demokratie beinhaltete für viele eine Katastrophe: für die Armen, die aus der Perspektive des Einsatzes als Arbeitskräfte ‚überflüssig‘ wurden, die Opfer

der Verschuldungskrise, die Menschen, die fliehen, weil ihre ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen zerstört werden. Ausgerechnet Flüchtlinge hatten die politischen Parteien zu Beginn der 1990er Jahre als Problem ausgemacht. Sie wurden in Zeiten des Sozialabbaus als Gefahr für Wohlstand und sozialen Frieden stigmatisiert, als ScheinasylantInnen verhöhnt und unter den Generalverdacht des Missbrauchs sozialer Leistungen gestellt. Damit waren sie dem Volkszorn und den Anschlügen von Rechtsextremisten preisgegeben, die vor 20 Jahren die politische Landschaft prägten.

## Brennpunkte der Kapitalismuskritik

### Kritik des ‚Totalen Marktes‘

Schon in der Gründungsphase des Ökumenischen Netzes war es uns wichtig, analytisch hinter die Phänomene zu sehen, die uns im Alltag beschäftigten und unser vielfältiges Engagement herausforderten: „Hinter all dem verbirgt sich der Versuch, ein neoliberales System des Marktes weltweit durchzusetzen“, hatte der Trägerkreis in seinem Positionspapier formuliert. Kritisiert wurde die Unterwerfung des Globus unter die Logik des Marktes. Mit der Entfesselung der Marktkräfte – so das neoliberale Versprechen – sollten wirtschaftliche Kräfte frei gesetzt werden, die Entwicklung und Fortschritt ermöglichten. Wer jedoch versuchte, die Welt aus der Perspektive der VerliererInnen zu sehen, konnte schon damals erkennen, dass dieses Versprechen durch die Wirklichkeit widerlegt wurde. Die Produktion geriet immer mehr unter den Druck der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Dies ging zu Lasten der Produktion für Lebensbedürfnisse, vor allem von Armen.

Die Zweidrittelwelt litt unter der Verschuldungskrise. Die Schulden waren in der Hoffnung auf ‚nachholende Entwicklung‘ aufgenommen worden. Die erhoffte Entwicklung war aber ausgeblieben, die Schulden jedoch geblieben. Die Rückzahlungen führten sogar zu einem Nettokapitaltransfer aus den armen in die reichen Länder. Um die Zahlungsfähigkeit der armen Länder zu erhalten und den Kollaps des Finanzsystems zu vermeiden, wurden die verschuldeten Länder den berühmten Strukturanpassungsprogrammen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank unterworfen. Damit wurde der Zwang verschärft, für den Weltmarkt statt für den Bedarf der eigenen Bevölkerung zu produzieren. „Die Armen decken den Reichen den Tisch“, kritisierten Bischöfe aus Lateinamerika diesen Zusammenhang. Die Logik des Marktes erzwang die ‚Alternative‘, das Leben der Menschen den ‚Gesetzten des Marktes‘ zu unterwerfen oder außerhalb des Marktes als ‚Überflüssige‘ dahinzuvegetieren. Folge war die Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensgrundlagen. Sie wurden im und außerhalb des Marktes zerstört. Diese Zerstörungsprozesse sollten in den kommenden Jahren im wirtschaft-

# 1996

„Einem System, das über Leichen geht, Einhalt gebieten. Flüchtlinge schützen“

Erklärung des Ökumenischen Netzes

lichen und politischen Zusammenbruch ganzer Regionen sichtbar werden.

### **Zur Rolle der Politik – Wegbereitung und Sicherung des ‚totalen Marktes‘**

Im Blick auf die Rolle der Politik nahmen wir vor allem zwei Facetten wahr. Zum einen ihre aktive Rolle im Umbau der Gesellschaften zu Marktgesellschaften und der Staaten zu nationalen Wettbewerbsstaaten mit dem damit verbundenen Sozialabbau, zum zweiten die Gewaltförmigkeit dieses Umbaus. Er ist nämlich begleitet vom Ausbau der polizeistaatlichen und militärischen Gewaltpotentiale. Dies wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ersten Durchsetzung des neoliberalen Marktmodells in Chile unter der Diktatur Pinochets zu Beginn der 1970er Jahre deutlich. Die Analysen des Theologen und Wirtschaftswissenschaftlers Franz J. Hinkelammert lassen sich auf die Formel bringen: „Sozialstaat verklärt. Polizeistaat macht frei.“<sup>4</sup> Staaten geben zwar Macht an ‚den Markt‘ ab. Gleichzeitig aber wurden die staatlichen Sicherheitssysteme – polizeistaatlich nach innen und militärisch nach außen – aus- und umgebaut. Die „Freiheit des Marktes“ sollte angesichts der wachsenden sozialen und politischen Unruhepotentiale durch Repressions- und Gewaltfähigkeit ‚gesichert‘, die ‚unsichtbare Hand des Marktes‘ durch die ‚sichtbare Faust‘ von Polizei und Militär ergänzt werden.

Dennoch war die Hoffnung auf Politik und Staat ungebrochen. Mit hinreichendem politischen Willen sollte die Allmacht der Wirtschaft doch gebrochen und die vermeintliche Autonomie des Politischen doch wieder herstellbar sein. Deregulierung musste doch durch Re-Regulierung und Privatisierung durch die Rückeroberung sozialstaatlicher Verantwortung umkehrbar, die neoliberale Ideologie durch die Einsicht, dass deren Heilsversprechen real das Gegenteil bewirkten, überwindbar sein. Die ‚aufgeklärten‘ Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität sollten – aus ihrem neoliberalen Gefängnis befreit – endlich Wirklichkeit, Freiheit und Gleichheit auf die Grundlage universaler Gerechtigkeit und Solidarität gestellt werden. Nicht nur die gegen den Feudalismus erkämpfte Freiheit der Besitzbürger, nicht nur die von Frauen erkämpfte Gleichheit, auch der Kampf der ArbeiterInnen und Armen um die Sicherung ihrer sozialen Existenz sollte sein Ziel erreichen und mit der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen verbunden werden. Damit wäre der Markt sozial und politisch korrigiert und sein totalitärer Anspruch auf die Unterwerfung allen Lebens überwunden. Mit einer Politik, die zur Einsicht kommt, sollte der Weg in die Katastrophe doch umkehrbar sein.

### **Kapitalismuskritik als Kritik imperialer Unterwerfung – Solidarität mit den Opfern als Widerstand**

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Eroberung Amerikas am Beginn des sich durchsetzenden Kapitalismus dominierte das Bild von Eroberung und Unterwerfung. Der imperiale Charakter des Kapitalismus wurde als Aufstieg zur Weltmacht gesehen. Der Globus sollte zum globalen Markt, alle Regionen in die Verwertung des Kapitals einbezogen werden. Was dieser Erfolgsgeschichte im Weg stand, wurde gnadenlos überrollt, vereinnahmt oder überflüssig gemacht. Nach dem Scheitern des Sozialismus schien der Weg für eine unendliche Erfolgsgeschichte des Kapitalismus frei. Die treibende Dynamik schien ein unbegrenzter ‚Wille zur Macht‘ und zur Jagd nach unbegrenzten Profitmöglichkeiten zu sein.

Unser Blick war auf die Opfer dieser Eroberungsgeschichte gerichtet – von den Anfängen in der Eroberung Amerikas bis in unsere Gegenwart. Die Kritik am Kapitalismus war darauf fokussiert, dass seine Siegeregeschichte eine notwendige Kehrseite hervorbringt: die Opfer der Akkumulation von Kapital, die Armen als die Kehrseite des Reichtums, die Opfer von Gewalt als die Kehrseite der Sicherung des Kapitalismus durch die Mobilisierung polizeistaatlicher und militärischer Gewalt gegen diejenigen, die seiner Erfolgsgeschichte im Wege stehen. Wenn wir von Widerstand sprachen, meinten wir vor allem die Solidarität mit den Opfern und die öffentliche Delegitimierung seines Systems, das ‚über Leichen geht‘, das also gar nicht anders kann, als in der ständigen Unterwerfung unter seine Imperative immer wieder neue Opfer zu produzieren.

### **Irritationen**

Als erstes wurde das Desaster der Zweidrittelwelt immer deutlicher. Daran konnten weder Zweidrittelwelthandel noch Schuldenerlass etwas ändern. In der Verschuldungskrise der Zweidrittelwelt wurde das Scheitern marktorientierter Modernisierung ebenso deutlich wie die unter staatlicher Kontrolle versuchte Modernisierung. Beide scheiterten daran, dass das Weltniveau der Produktivität und damit die Konkurrenzfähigkeit unerreichbar waren. Das nicht lösbare Problem hatte Robert Kurz auf den Punkt gebracht: „Je höher das Weltniveau der Produktivität, desto höher die Kapitalintensität der Produktion, desto höher und für die meisten Länder unerschwinglicher die Investitionskosten.“<sup>5</sup>

Der Versuch, Modernisierung durch Kredite zu finanzieren, war damit nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern trieb immer weiter in unlösbare Krisenzusammenhänge. Neue Kredite wurden notwendig, um die Zahlungsfähigkeit zu erhalten.

# 1996

„Ökumenische Basisversammlung in Erfurt fordert neuen Gesellschaftsvertrag“

Die ständig wachsenden Zinsen und Tilgungen waren weder durch industrielle noch agrarische Exporte, die zudem billig verschleudert werden mussten, zu kompensieren. Der Weg in Deindustrialisierung und Verelendung war damit vorgezeichnet. Was noch nicht zu Bewusstsein kam, waren die Zusammenhänge, die Robert Kurz bereits im Kollaps der Modernisierung<sup>6</sup> reflektiert hatte: In den Zusammenbrüchen in der Zweidrittelwelt und im Scheitern des Sozialismus wird schon die innere Ausweglosigkeit eines Systems deutlich, das – ob liberal-marktorientiert oder unter staatlichem Diktat – auf der Vernutzung menschlicher Arbeit zur Produktion von Waren beruht.<sup>7</sup>

Aber auch in den sog. reichen Ländern zeigte die scheinbare Entwicklung zu immer größerem Wohlstand ihre Grenzen in Gestalt wachsender Armut und struktureller Langzeitarbeitslosigkeit. Den öffentlichen Haushalten ging das Geld aus. Finanzierungsprobleme tauchten auf und mit ihnen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Diese Problematik steht Pate bei der Wende zum Neoliberalismus. Er propagiert Sparen und Sozialabbau als Entlastung der öffentlichen Haushalte und als wirtschaftliche Antriebskraft zugleich. ‚Reform‘ hieß das neue Zauberwort, mit dem die gesellschaftlichen Probleme gelöst werden sollten. ‚Reformiert‘, d.h. dereguliert wurde vor allem der Arbeitsmarkt mit den entsprechenden Folgen sozialer Unsicherheit und Verarmung für die Betroffenen. Mit Hartz IV war ein Instrument gefunden, mit dem Kosten gesenkt und gleichzeitig Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden konnten. Möglichkeiten einer wunderbaren Geldvermehrung ohne Umweg über die kriselnde Produktion schienen sich auf den deregulierten Finanzmärkten zu eröffnen. Sie wurden u.a. zur Grundlage für die Privatisierung der Renten.

Die Reaktionen in den sozialen Bewegungen sind eher defensiv. Sie wehren sich gegen die neoliberalen Konzepte von Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung ebenso wie gegen Militarisierung, Zerstörung der Umwelt, den barbarischen Umgang mit Flüchtlingen. In einer Kombination von ‚Druck von unten‘ und Lobbygesprächen soll Einfluss auf politische EntscheidungsträgerInnen gewonnen werden. Dieser Zusammenhang kommt u.a. in der Kampagnenorientierung vieler Initiativen zum Ausdruck.

Im Fokus der Kritik steht der neoliberale Kapitalismus. Die Kritik am Neoliberalismus tritt so sehr in den Vordergrund, dass dahinter die Kapitalismuskritik zu verschwinden droht. Die Kritik am Neoliberalismus ist begleitet von dem Wunsch einer Rückkehr zu sozialstaatlich regulierten Verhältnissen. Geprägt sind solche Wünsche vom Gedanken des Fortschritts zu besserem, gerechterem und nachhaltigerem Leben. Die technologischen und planerischen Grundlagen für Verkürzung der Arbeitszeit, Überwindung von Armut und der Bewahrung der natürlichen Grundlagen des Lebens schienen doch gegeben. Warum wurden sie nicht genutzt? Warum verschärfen sich stattdessen die Krisen- und Zerstörungsphänomene immer drastischer?

## Profilierung der Kapitalismuskritik – Ahnungen der Krise ‚Jenseits von Markt und Staat‘

So lautete der Titel für die Veranstaltung zum 10jährigen Bestehen des Ökumenischen Netzes 2002. Er steht für eine Korrektur der politisch-ökonomischen Orientierung des Ökumenischen Netzes. Hintergrund ist die Verschärfung der sozialen und ökologischen Problemlagen. Sie gehen einher mit einer Krise der sozialen Bewegungen. In ihnen wächst das Bewusstsein, wie wenig trotz aller Anstrengung erreicht werden konnte. Zugleich aber erstarkt eine globalisierungskritische Bewegung. Globalisierungskritik wird zu einem wichtigen Bezugspunkt. Damit konnte es nicht mehr einfach um eine Kritik des Neoliberalismus als eines ‚Auswuchses‘ des Kapitalismus und um Versuche seiner Disziplinierung durch (nationale) Re-Regulierung gehen. Vielen wurde immer deutlicher, dass Globalisierungskritik zu dezidiertem Kapitalismuskritik werden muss.

Ebenso problematisch wie die einfache Forderung nach Re-Regulierung ist die Politik als Adressat dieser Forderung; Staat und Politik stehen in Abhängigkeit und Polarität zu ökonomischen Entwicklungen. Ihre Aufgabe ist es, die ökonomisch notwendigen Veränderungen politisch durchzusetzen und gesellschaftlich zu legitimieren. Der Staat hat die Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Akkumulation von Kapital zu sichern. Deshalb wird er zum Motor von ‚Reformen‘. Zu seinen zentralen Aufgaben gehören die Sicherung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit im Kontext der globalisierten Kapitalverwertung und deren polizeilich-militärische Absicherung.<sup>8</sup> Staat und Politik sind Teil des Problems, nicht der Lösung.

### „Das Ganze‘ verändern!“

Mit dem Positionspapier ‚Das Ganze verändern‘<sup>9</sup> hat das Ökumenische Netz einen wichtigen Schritt hin zu einer nun offensiv betriebenen Kapitalismuskritik getan. Nicht der Neoliberalismus als einer Variante des Kapitalismus, sondern der Kapitalismus als gesellschaftliche Totalität muss zum Brennpunkt kritischer Analyse und Auseinandersetzung gemacht werden. „Die zentralen Ursachen der globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise“ sieht das Ökumenische Netz „im absoluten Vorrang der Kapitalvermehrung vor allen anderen Bedürfnissen“<sup>10</sup>. Globalisierung wird nun als Ausdruck der Krise des Kapitalismus verstanden. Die kapitalistische Konkurrenz erzwingt immer neue Stufen der Produktivität. Dabei werden Menschen durch Maschinen ersetzt und damit für die Kapitalverwertung ‚überflüssig‘. Damit aber wird zugleich „die Arbeitskraft als Quelle der Wertschöpfung untergraben“<sup>11</sup>. Zugleich müssen immer höhere Summen in Sachkapital investiert werden. Dies bedroht die Konkurrenzfähigkeit und erzwingt den Umbau der Gesellschaften „zu nationalen Wettbewerbsgesellschaften, nötigt zu immer neuer Anpassung an den einzigen Zweck, den der Kapitalismus kennt: den der tendenziellen uneingeschränkten und grenzenlosen Verwertung des Kapitals. Diesem irrationalen Selbstzweck werden Mensch und Natur ‚geopfert‘“<sup>12</sup>.

Neoliberale ‚Reformen‘ und Globalisierung können dann aber nicht mehr so verstanden werden, als seien sie vom politischen

Willen ihrer AkteurInnen gesteuert und durch die Änderung des politischen Willens überwindbar. Sie werden vielmehr begreifbar als untaugliche Versuche, Auswege aus der schwelenden Krise des Kapitalismus zu suchen. Solche Zusammenhänge scheinen PolitikerInnen durchaus zu ahnen, wenn sie ihre Entscheidungen als ‚alternativlos‘ deklarieren. Die Grenzen der immanenten Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus scheinen erreicht. Im Netz setzen wir dagegen: „Wenn es im Kapitalismus keine Alternativen gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.“<sup>13</sup>

Damit ist eine wichtige Positionierung erreicht. Sie markiert aber zugleich eine Spannung zwischen praktischem Handeln und Systemkritik. Es ist weniger der alte Gegensatz zwischen das System stabilisierenden Reformen und das System überwindendem Handeln. Die Spannung berührt die Ausrichtung politischer Praxis auf Kampagnen und Lobbyarbeit. Kampagnen zielen auf die Mobilisierung von Menschen für konkrete Forderungen und Ziele. Für diesen Zweck scheinen Kapitalismuskritik und Systemüberwindung kontraproduktiv. Kapitalismuskritik wirkt eher abschreckend als einladend. Wer Lobbyarbeit mit Kapitalismuskritik verbinden will, läuft Gefahr, vom politischen Hofe als ‚nicht gesprächsfähig‘ ausgeladen zu werden. Im Netz haben wir uns um eine konfliktreiche Balance bemüht zwischen Kapitalismuskritik und dem Einsatz für partielle Verbesserungen für Menschen in bedrohlichen Lebenssituationen.

Das Papier ‚Das Ganze verändern!‘ eröffnet nicht nur Spannungen auf der Handlungsebene, sondern signalisiert auch theoretische Probleme, die weiter bedacht werden müssen: Kann tatsächlich von einer „grenzenlosen Verwertung des Kapitals“<sup>14</sup> gesprochen werden? Oder ist das Kapital sich selbst die Grenze, nämlich als „prozessierender Widerspruch“, der seine eigenen Grundlagen – Arbeit und Natur – untergräbt?<sup>15</sup> Und zudem: Wenn das ‚Ganze‘ als gesellschaftliche Totalität verändert werden soll, was konstituiert dieses ‚Ganze‘? Was macht den Kern, die ‚Form‘ dieses ‚Ganzen‘ aus?

### **Der Zusammenbruch der Finanzmärkte**

Diese Fragen, die im Arbeitskreis ‚Theologie und Politik‘ schon immer eine wichtige Rolle gespielt hatten, drängten 2008 mit dem Platzen der US-amerikanischen Immobilienblase, dem Zusammenbruch der Lehman-Bank und den Verschuldungskrisen der Staaten in den Vordergrund. Krise und Form des Kapitalismus sind untrennbar miteinander verbunden. Um diesen Zusammenhang zu verstehen, war es nötig, sich mit dem den Kapitalismus konstituierenden Formzusammenhang von Ware, abstrakter Arbeit und Wert-Abspaltung, Geld und Kapital, Staat und Subjekt zu befassen.<sup>16</sup>

### **Was ist Kapitalismus?**

#### **Kapitalismus als Warenproduktion für den Selbstzweck der Akkumulation von Kapital**

Basis des Kapitalismus ist die Produktion von Waren. Dabei geht es aber nicht darum, stofflichen Reichtum für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu schaffen. Waren müssen

natürlich einen Nutzen, einen ‚Gebrauchswert‘, haben, wenn sie verkauft werden sollen. Produziert werden sie jedoch, weil sie Träger von Tauschwert sind. Diesen Wert gewinnen sie durch die Arbeit, die in ihnen vergegenständlicht ist.

Um Waren zu produzieren, muss also Arbeit verausgabt werden. Entsprechend ihrer Produktion für den Tausch(wert) zählt nicht die konkrete, sondern die abstrakte Arbeit. Es ist also gleichgültig, was produziert wird. Wesentlich ist, dass produziert wird, nämlich Waren als Träger von Wert. Ob der Wert in Nahrungsmitteln oder in Mordinstrumenten dargestellt wird, ist nebensächlich. Hauptsache ist die Produktion von Wert. Sein Maß ist die im gesellschaftlichen Durchschnitt für seine Produktion verausgabte Arbeitszeit. Das klingt abstrakt und ist es auch. Es wird abstrahiert, d.h. abgesehen von menschlichen Bedürfnis- und Lebenszusammenhängen. Dabei wird alles das, was der Reproduktion des Lebens dient, abgespalten und weiblich konnotiert. Voraussetzung dafür, dass Wert geschaffen werden kann, ist also die Abspaltung des Weiblichen. Abgespalten und in die Frau projiziert werden alle Momente, die nicht im Wert aufgehen (Sorge um die Reproduktion, Gefühle etc.). Mit der Wertvergesellschaftung geht ein patriarchales Geschlechterverhältnis einher, das auf der Beherrschung von Natur und damit auf der Beherrschung der Frau, die nun für Natur steht, aufbaut. Wert und Abspaltung konstituieren den Kapitalismus als gesellschaftliche Realität und damit als einen real-abstrakten Zusammenhang.<sup>17</sup>

#### **Kapitalismus als abstrakte Herrschaft**

Marx hat die die Produktion von Waren als einen Prozess der Verwandlungen beschrieben. Geld (G) wird – als Kapital in der Produktion eingesetzt – in Waren (W) verwandelt. Die Waren (W), in denen aufgrund der Verausgabung von Arbeit Wert und Mehrwert dargestellt ist, werden wieder zurückverwandelt in Geld, genauer in Mehr-Geld (G'), das als Kapital immer wieder neu in den Prozess seiner Selbstverwertung zurückfließt. Dabei geht der Wert „beständig aus der einen Form in die andere über, und verwandelt sich so in ein automatisches Subjekt“<sup>18</sup>. Er verwertet sich selbst. „Dieser fetischistische“<sup>19</sup> Selbstzweck des Mehrwerts und die unaufhörliche Wiederholung dieses Verwertungsprozesses sind es gerade, die das Kapital zum ‚automatischen Subjekt‘ der Gesellschaft machen.<sup>20</sup>

Herrschaft liegt hier nicht in einem Willensverhältnis begründet, sondern in dem als Fetisch wirkenden Formzusammenhang, der eine Wirklichkeit konstituiert, die nicht willkürlich übersprungen werden kann. Ist er in einem geschichtlichen Prozess seiner Durchsetzung erst einmal etabliert, stehen Menschen unter dem Zwang, sich in diesem Formzusammenhang zu bewegen. Sie wähnen sich zwar als selbstbestimmt handelnde Subjekte, verwandeln sich aber in der Bewegung der Selbstverwertung des Werts zu Anhängseln einer Ökonomie, die sich verselbständigt hat. Ein toter Gegenstand herrscht über sie: „das Geld, das in der Rückkoppelung auf sich selbst zum geisterhaften Bewegter der gesellschaftlichen Reproduktion wird“<sup>21</sup>. Damit ist die kapitalistische Gesellschaft einem abstrakten irrationalen Selbstzweck unterworfen: der Verwertung des Werts um seiner selbst willen als einer abstrakten Herrschaft.



### Marktkritik als verkürzte Kapitalismuskritik

Da der Kapitalismus durch den Prozess der Selbstverwertung des Werts abstrakte Herrschaft konstituiert, lässt sich Kapitalismuskritik nicht auf Marktkritik reduzieren. Sie erreicht nicht den Fetischzusammenhang, der die kapitalistische Gesellschaft konstituiert. Der Markt ist lediglich die Sphäre, in der sich in Kaufen und Verkaufen der Wert realisiert. Er ist ein Element im Verwertungsprozess des Kapitals als der immer neuen Verwandlung von Kapital in Ware – der Vergegenständlichung von Wert und Mehrwert durch die Verausgabung abstrakter Arbeit – und deren Rückverwandlung in Mehr-Geld, das als Kapital wieder neu in den Verwertungsprozess fließt. Warenproduktion und Markt stehen für ‚das (gesellschaftliche) Ganze‘ der kapitalistischen Gesellschaftsform, für den Fetischcharakter der kapitalistischen Gesellschaft, die dem irrationalen Selbstzweck der Vermehrung von Geld unterworfen ist.

Deshalb ist der Kapitalismus auch nicht durch eine andere Verteilung von Waren und Geld zu überwinden. Sie bliebe auf die Ebene des Marktes beschränkt. Mit Waren und Geld würde gleichsam das Ergebnis der Warenproduktion umverteilt. Die Warenproduktion und ihr irrationaler Selbstzweck blieben unangetastet, bildeten gar die Voraussetzung der Umverteilung. Ähnlich verkürzt ist der Versuch, den Kapitalismus lediglich durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse zu überwinden. Bleibt dabei die Warenproduktion als Verausgabung von Arbeit für den irrationalen Selbstzweck der Geldvermehrung unangetastet, ist die Warenproduktion lediglich anders organisiert, aber nicht überwunden. Entsprechendes gilt für Regulierungen. Auch diese setzen die Warenproduktion und ihren Selbstzweck voraus. Sie sind zudem begrenzt durch die Spielräume, die der Prozess der Kapitalverwertung lässt. Es bleibt dabei: Wer ‚das Ganze‘ verändern will, muss nach der Überwindung der Warenproduktion und ihres irrationalen Selbstzwecks der Verwertung von Wert um jeden Preis fragen.

### Der Staat als Garant ‚des Ganzen‘

Möglichkeiten von Regulierung, also die Einbettung der Ökonomie in soziale und gesellschaftliche Zusammenhänge, werden oft mit dem Staat verbunden und als politische Forderung gestellt. Aber der Staat ist keine Gegeninstanz zum Verwertungsprozess. Seine zentrale Aufgabe ist es, den Verwertungsprozess institutionell abzusichern. Dies ist nötig, weil kapitalistische Unternehmen in einer chaoträchtigen Konkurrenz zueinander agieren. Ihren Einzelinteressen gegenüber repräsentiert der Staat das Gesamtinteresse der Verwertung. Damit ist der Staat notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Formzusammenhangs. Ebenso wenig wie einzelne Unternehmen kann auch der Staat aus diesem Zusammenhang ausstei-

„In der Adventszeit 2002 störten wir mit unserem „Kein Blut für Öl“ die hektischen Menschen bei ihren Weihnachtseinkäufen. Es war saukalt, einer oder eine von uns versorgte uns mit heißen Getränken. Viele hitzige Gespräche wurden geführt.

Im April 2003 war der Irak-Krieg durch einen Blitzsieg schon beendet, viele Tote waren zu beklagen. Am 17. April - Gründonnerstag - zogen wir mit aus Birkenstämmchen gefertigten Kreuzen als Kollateralschäden verkleidet durch die Löhstraße zum Deutschen Eck.“

gen. Daher ist es eine Illusion, den Staat gegen den ‚Markt‘, die Politik gegen die Ökonomie anzurufen. ‚Markt‘ und Staat sind im Formzusammenhang der Warenproduktion zwei Seiten derselben Medaille. Sie können nur zusammen existieren und überwunden werden.

## Die Krise des Kapitalismus

### Die innere Schranke der Kapitalverwertung ...

Der Blick auf ‚das Ganze‘ – die dem Selbstzweck der Geldvermehrung unterworfenen kapitalistische Gesellschaft, das ‚automatische Subjekt etc. – ermöglicht es, die Krisenphänomene besser zu verstehen, die wir in ‚Das Ganze verändern‘ beschrieben und mit denen wir uns auch in anderen Zusammenhängen immer wieder auseinandergesetzt haben. Sie haben ihren Kern in einem Selbstwiderspruch des Kapitalismus. Die Selbstzweckbewegung der Verwertung des Werts stößt auf eine innere logische Schranke, einen inneren Widerspruch.

Zum einen ist die Verausgabung menschlicher Arbeit Grundlage der Warenproduktion. Zugleich aber steht sie – als Produktion in der Konkurrenz – unter dem Zwang einer Entwicklung zu immer höherer Produktivität. Nur mit hoher Produktivität können Unternehmen sich einen Vorteil in der Konkurrenz verschaffen. Dies erzwingt immer höhere Investitionen in Sachkapital. Damit verändert sich die Zusammensetzung des Kapitals: mehr Technologie, also Sachkapital, und weniger menschliche Arbeit. Mit der Arbeit aber wird die zur Vermehrung des Kapitals notwendige Substanz zunehmend entsorgt. Aufgrund des Zuwachses an Produktivität wächst zwar die Masse der Produkte. Sie lässt sich aber immer schwerer als Wertschöpfung, als Vergegenständlichung von Arbeit darstellen und in Geld verwandeln. Damit aber ist die Grundlage kapitalistischer Warenproduktion bedroht. Ihr geht es ja nicht um konkreten stofflichen Reichtum, sondern um abstrakten Reichtum in der Form der Vergegenständlichung von Wert. Robert Kurz beschreibt diesen Widerspruch so:

„Ein Tisch, ein Brot, ein Kleidungsstück usw. sind unmittelbar Erscheinungsformen konkreter Bedürfnisgegenständlichkeit, ganz unabhängig davon, ob und wie viel abstrakt-menschliche gesellschaftliche Arbeitsenergie sie repräsentieren können. Als Wertgegenständlichkeit (und somit als Kapitalbestandteile) da-



gegen ‚gelten‘ sie nur, soweit und in welchem Maße sie eben diese abstrakt-menschliche Arbeitsenergie repräsentieren. Können sie das nicht, gelten sie auch ‚nichts‘, weil sie aus den Metamorphosen des kapitalistischen Selbstzwecks herausfallen. Dann wird auch ihre konkrete Produktgegenständlichkeit negiert und eher zerstört als den Bedürfnissen zugeführt.“<sup>22</sup>

Der „Widerspruch zwischen stofflicher Substanz“ als konkretem Reichtum „und Werts substanz“<sup>23</sup> als abstraktem Reichtum, zwischen konkreten Produkten und abstraktem Wert, zwischen Stoff als Gebrauchswertmasse und Form als Werts substanz ist die Grundlage der logischen Schranke der Verwertung des Kapitals. Dessen Verwertungs‘logik‘ zwingt einerseits zu einem unaufhörlichen Wachstum stofflichen Reichtums und andererseits – aufgrund des Verschwindens von Arbeit – zum Verlust an Werts substanz. Mit steigender Produktivität wird mehr stofflicher Reichtum produziert, während Wertmasse schwindet.

Schon auf dieser Ebene wird deutlich, dass alle Versuche, den stofflichen Reichtum gerecht zu verteilen zu kurz greifen. Das Kernproblem ist nicht die falsche Verteilung des stofflichen Reichtums, sondern „die Wertform als besondere Form des Reichtums im Kapitalismus“<sup>24</sup>. Stofflicher Reichtum und Wert dürfen nicht einfach identifiziert, sondern müssen unterschieden werden. Sonst lässt sich nicht erkennen, dass Reichtum im Kapitalismus gerade nicht als stofflicher Reichtum zählt, sondern als der Reichtum, der in die Wertform gepresst ist. Wer also die mit dem Kapitalismus verbundenen Probleme durch ‚Um-fair-teilen‘ des stofflichen Reichtums lösen will, übersieht, dass es bei der Überwindung des Kapitalismus um die Überwindung der besonderen Form des Reichtums, also des Reichtums in der Wertform gehen muss. Er reduziert das Kernproblem, das es zu lösen gilt, auf eine Verteilungsfrage. Vor allem aber muss die Einsicht in das verborgen bleiben, was die zerstörerische Dynamik der Krise des Kapitalismus ausmacht: der Widerspruch zwischen dem Wachstum des stofflichen Reichtums und schwindender Werts substanz als der inneren Schranke der Kapitalverwertung.

Dieser logische Selbstwiderspruch agiert sich historisch in der Geschichte der Krisen des Kapitalismus aus. Seit den 1970er Jahren wird die Krise des Kapitalismus vor allem in Finanzierungskrisen und ihren sozialen und politischen Auswirkungen sichtbar. Die mit weniger Arbeit (gemessen in Zeit) produzierten Waren stellen weniger Wert dar. Der Kapitalismus muss sich also von einer schwindenden Wertmasse finanzieren und das

### ... bei steigenden Kosten

Mit den Investitionen in produktivere Technologien steigen die Kosten – sowohl die Geschäftskosten als auch die Kosten für die Rahmenbedingungen des Wertschöpfungsprozesses wie In-

frastruktur, Bildung, Kommunikation etc. Hinzu kommen Reparaturkosten für die Umwelt und die sozialen Folgeprobleme wie Armut und Arbeitslosigkeit. An der Reduktion der Verausgabung abstrakter Arbeit und der damit schwindenden Werts substanz bei steigenden Kosten für Investitionen in Sachkapital und für das Funktionieren des gesamten Verwertungsprozesses droht die Verwertung zu ersticken. Es muss immer mehr an Kosten aufgebracht werden, um die Produktion von immer weniger Wert finanzieren zu können.

### Kompensation durch Massenproduktion

Der Wertverlust ließ sich über lange Jahre hinweg durch die Ausweitung, die damit verbundene Verbilligung der Produkte und die Erweiterung von Märkten kompensieren. Diese Kompensation stößt jedoch auf eine innere und eine äußere Grenze. Die innere Grenze ist durch die mikroelektronische Revolution markiert. Je mehr auf ihrer Grundlage produziert wird, schmilzt mehr produktive Arbeit und damit mehr Wertschöpfung ab, als durch die Erweiterung von Produktion und Märkten ausgeglichen werden kann. Die äußere Grenze besteht in der Sättigung der Märkte. Das Wachstum an Produktivität ist größer als die Ausdehnungsmöglichkeiten von Waren- und Arbeitsmärkten. Es wird mehr Arbeit wegrationalisiert als durch Ausweitung von Produktion und Märkten aufgefangen werden könnte.

Der Fortschritt an Produktivität bringt zwar betriebswirtschaftliche Vorteile in der Konkurrenz, untergräbt aber gesamtwirtschaftlich die Arbeit als die Quelle von Wert und Mehr-Wert und damit die Substanz des Kapitals. Der Kapitalismus muss sich von einer tendenziell schwindenden Wertmasse finanzieren und gerät so an die Grenzen seiner Reproduktionsfähigkeit. Sichtbar wird dies in den immer wieder auftauchenden und eskalierenden Finanzierungskrisen.

### Kompensation durch scheinbar unendliche Geldvermehrung auf den Finanzmärkten

Die Schwierigkeit des Kapitalismus, seine eigene Grundlage von einer ständig sinkenden Wertmasse finanzieren zu müssen, spiegelt sich im Problem des Kredits. Firmen müssen Kredite aufnehmen, um die neuesten technischen Innovationen bei steigendem Risiko vorzufinanzieren. Auch der Staat verschuldet sich, weil er die Gesamtveranstaltung von der Förderung von Wissenschaft und Forschung, über Bildung, Sicherheit bis hin zu sozialen und ökologischen Folgen finanzieren soll. Die Finanzierung durch Kredite bedeutet aber, dass nicht die Verwertung gegenwärtiger Arbeit, sondern die Vernutzung künftiger Arbeit die Grundlage der Finanzierung bildet.

Bereits in den 1970er Jahren wurden die Grenzen einer über Staatskredite finanzierten Entwicklung sichtbar. Die Verschul-

# 1997

## „Genereller Abschiebestopp für KurdInnen in die Türkei“

derung der Staaten bereitete dem Neoliberalismus den Weg. Um die Staatsverschuldung abzubauen, sollten nun die Staatsausgaben durch Sozialabbau sowie durch Privatisierung gesenkt werden. An die Stelle der Finanzierung der kapitalistischen Veranstaltung durch Staatsverschuldung und private Kreditaufnahme tritt zunehmend die Finanzierung durch spekulative Geldvermehrung. Kreditgeld wird zur Ausgangsbasis für Spekulationen. Nicht bezahlbare Kredite werden umgeschuldet, d.h. faul gewordene Kredite mit neuen Krediten und höheren Zinsen bedient. Der Handel mit Eigentumstiteln erzeugt rein fiktive Wertsteigerungen. Das Kapital akkumuliert nicht real durch die Verausgabung von Arbeit, sondern fiktiv durch Kauf und Verkauf von Finanztiteln.

In den Prozessen spekulativer Geldvermehrung entkoppelt sich das Geld von der realen Wertschöpfung, der Arbeit. Es kommt zur „Himmelfahrt des Geldes“ (Robert Kurz), insofern das Geld nicht mehr Ausdruck des durch Verausgabung abstrakter Arbeit vermehrten Wertes ist. Akkumulation wird zur Scheinakkumulation, die nicht mehr durch realen Wert gedeckt ist. Sie entkoppelt sich von der Arbeitssubstanz. Gleichzeitig kommt es zu einer Rückkoppelung. Substanzlose, weil durch keinen realen Wert gedeckte Gelder, fließen in die Realwirtschaft und dienen der Finanzierung von Konsum und Produktion. Die Realwirtschaft hängt am Tropf der Scheinakkumulation. Wenn die durch Scheinakkumulation aufgeblähten Blasen platzen, kommt es zu Krisen mit verheerenden Folgen.

Diese Analyse wirft ein kritisches Licht auch auf in sozialen Bewegungen virulente Kurzschlüsse. Die Kritik am Casinokapitalismus greift ebenso zu kurz wie die Forderung nach Re-Regulierung der Finanzmärkte, z.B. durch eine Finanztransaktionssteuer. Die Analyse ‚des Ganzen‘ hat ja gezeigt, dass ‚Realwirtschaft‘ und ‚Finanzwirtschaft‘ durch den Krisenzusammenhang entkoppelt und zugleich miteinander verbunden sind. Die Deregulierung der Finanzmärkte ist Ausdruck der Krise, die mehr Geld erforderlich macht als durch die Produktion von Wert gedeckt werden kann. Re-Regulierungsmaßnahmen bis hin zur Transaktionssteuer könnten zwar vorübergehende Entlastung u.a. durch Entschleunigung bringen, würden aber langfristig den Kompensationsmechanismus einer notwendigen (simulierten) Geldquelle zum Erliegen bringen. Entweder agiert sich die Krise an fehlendem Geld, also fehlenden Investitionsmitteln mit Folgen wie Deindustrialisierung und Sozialabbau aus. Oder das Platzen von Blasen – die als Geld ohne Wert heiße Luft sind – befördert die Krise. Das Platzen der Immobilienblase 2008 und ihre die Krise befördernden Folgen machen deutlich, dass wir uns von der Illusion einer wunderbaren Geldvermehrung ohne Massenverwertung von Arbeit verabschieden müssen. Damit erlischt auch der Kompensationsmechanismus einer simulierten Akkumulation.

## **Zurück zum Staatskredit ... und hinein in die Krise der Staaten**

Für die Regierenden galt es 2008, den Zusammenbruch des Finanzsystems ebenso wie konjunkturelle Einbrüche zu verhindern. Mit sich zuspitzender Krise wird der Staat immer mehr zum Krisenverwalter. Seine Aufgabe ist es das kapitalistische Betriebssystem zu sichern. Also rettet er Banken und einbrechende Konjunktur. Er greift dabei zu einem Instrument, das als gescheitert galt: die Finanzierung des Kapitalismus durch Staatsverschuldung. Das Problem der Staatsverschuldung war der Ausgangspunkt für den neoliberalen Siegeszug seit Mitte der 1970er Jahre und vor allem in den 80ern und 90ern. Nun stehen wir erneut vor dem Problem der Verschuldung, das der Neoliberalismus nicht lösen konnte – allerdings auf einem wesentlichen höheren Niveau der Verschuldung. Von einer Reihe von Staaten kann sie jetzt schon nicht mehr bewältigt werden. Die Verschuldungskrise führt in die Krise der Staatsfinanzen und lässt damit die Grenzen staatlicher Krisenverwaltung immer deutlicher hervortreten.

### **Krise der Staatsfinanzen und die Krise des Euro**

Der Kapitalismus war bereits in den letzten Jahrzehnten nur durch Verschuldung (und als deren Folge durch simulierte Akkumulation) zu finanzieren. Die Exporterfolge der einen wurden mit den Defiziten, d.h. der Verschuldung der anderen bezahlt. Mit dem möglichen Staatsbankrott einer Reihe von europäischen Ländern droht der europäische Defizitkreislauf zum Erliegen zu kommen. Dies soll durch Geldschwemmen von der Europäischen Zentralbank aufgefangen werden. Mit der Geldschwemme wiederum soll eine Konjunktur befeuert werden, bei der kein sich selbst tragender Aufschwung abzusehen ist. Folge der Geldschwemme sind chaotisch schwankende Währungen. In ihnen drücken sich keine ökonomische Stärke oder Schwäche aus, sondern Instabilitäten im Verfall der Währungen, die alle dramatisch gegenüber dem Gold verlieren. Die Krise der Finanzmärkte wird zur Krise des Geldes und seiner staatlichen Garanten. Der Entkoppelung der Waren von ihrer Arbeitssubstanz entspricht die Entkoppelung des Geldes von seiner Wertschöpfung.

Der Euro ist dabei in einer besonders kritischen, weil zwiespältigen Situation. Er ist einerseits nötig, damit der Euroraum in der Konkurrenz der Wirtschaftsblöcke bestehen kann. Zum anderen ist er dadurch im Nachteil, dass er als Einheitswährung in einem Raum mit einem sehr unterschiedlichen nationalen Gefälle von Produktivität und Kapitalkraft fungiert und nicht an eine einheitliche politische Souveränität gebunden ist. So wird er zum Streitpunkt gegensätzlicher Interessen.

### **‚Realpolitik‘ der Krisenverwaltung als Wahl zwischen Pest und Cholera**

Die sog. Realpolitik, die sich von der Illusion speist, den Kapitalismus vor sich selbst retten zu können, steht immer wieder neu vor der Wahl zwischen Pest und Cholera: Rettungsprogramme für marode Banken und Konjunkturprogramme für eine Wirtschaft, die auf die Grenze ihre Akkumulationsmöglichkeiten stößt, häufen Schuldenberge auf, die real nicht mehr erwirtschaftet werden können. Die Sparprogramme wiederum

würden eine Konjunktur ab, die von der Geldzufuhr aus Verschuldung, also von Defizitkreisläufen abhängig ist.

Wird in der Krise von den Notenbanken mehr Geld in die Wirtschaftskreisläufe eingespeist, entspricht das Geld immer weniger den wirklichen Wertverhältnissen. Die Konsequenz ist die Entwertung des Geldes. Die drohende Inflation wiederum soll durch Sparprogramme abgewehrt werden, die wiederum die Konjunktur abwürgen.

Der Preis für die Rettung des Euro sind wiederum Sparprogramme. Sie werden den vom Staatsbankrott ‚geretteten‘ kapital schwachen Staaten aufgezwungen. Die Folgen dürften in der Entwertung der Arbeitskraft, aber auch von Sach- und Warenkapital bestehen. Diese Prozesse werden sich jedoch kaum auf die sog. Krisenländer beschränken lassen, sondern entsprechende Auswirkungen in Gestalt von Arbeitslosigkeit und weiterem Sozialabbau auch auf die exportstarken Länder haben, die von den Defiziten der anderen abhängig sind. Die von der Bundesanstalt für Arbeit verkündeten Erfolgsmeldungen über den Rückgang der Arbeitslosigkeit täuschen. Die Zahl gutbezahlter Vollzeitstellen sinkt, die der schlechtbezahlten Teilzeitarbeitsstellen nimmt zu. Das hat Auswirkungen auf die Krankenkassen- und Rentenkassen. Und mit dem Verdienst in Teilzeitarbeit lässt sich auch keine private Vorsorge finanzieren – ganz zu schweigen von den Problemen, die aufbrechen, wenn die deutschen Exporte nicht mehr durch die Defizite der Abnehmerländer finanziert werden können.

### **Selbstzerstörung als Krisenbearbeitung?**

Die sich zuspitzende Krise muss von einer Politik und von Menschen verarbeitet werden, die keine Anstalten machen, sich mit der zerstörerischen Dynamik zu beschäftigen, die hinter ihrem Rücken agiert, d.h. ohne dass die Akteure sich ein Bewusstsein davon bilden, was geschieht. Sie greifen auf Verarbeitungsmechanismen zurück, die ihnen politisch, ideologisch, kulturell, religiös... zur Verfügung stehen. Ohne Begreifen der inneren Schranke der Warenproduktion kann es zu gefährlichen Eskalationen von Menschenverachtung und Gewalt kommen.

### **„Eine Renaissance des Chauvinismus“**

Dies konstatiert Tomasz Konicz als Folge ökonomischer Verwerfungen.<sup>25</sup> Sie zeigt sich darin, dass nationale Gegensätze in polemischer Schärfe ausgetragen werden. Dabei stehen sich vor allem Deutschland als Krisengewinner und südeuropäische Schuldenstaaten gegenüber. Aber auch die z.B. zwischen Frankreich und Deutschland ausgetragene Auseinandersetzung um eine Politik, die rigoros das Spardiktat durchsetzt, und einer Politik, die auf eine höhere Besteuerung für Wohlhabende und auf weitere Konjunkturprogramme setzt, gehören in diesen Zusammenhang.

Deutschland als momentaner Krisengewinner sieht sich wachsender Kritik ausgesetzt. Den in Europa wachsenden Schulden steht 2011 ein deutscher Leistungsbilanzüberschuss von 5,7 Prozent gegenüber. Verschuldung und deutscher Leistungsbi-

lanzüberschuss entsprechen sich, insofern die Verschuldung der einen die Überschüsse der anderen finanziert. Aber dem sind Grenzen gesetzt. Zwar können die bereits sinkenden deutschen Ausfuhren in die Krisenländer gegenwärtig noch durch steigende Ausfuhren jenseits der Eurozone, vor allem nach China und Süd(ost)asien kompensiert werden. Zu verdanken ist dies nicht zuletzt dem infolge der Krise niedrigen Kurs des Euro. Es ist aber eine Illusion zu glauben, die Verschuldung der südeuropäischen Länder und die Auswirkungen des Spardiktats, das ihnen vor allem auf deutsches Betreiben aufgezwungen wird, würden nicht auf deutsche Exporte zurückwirken und zugleich die wirtschaftliche und politische Lage in den südeuropäischen Ländern verschärfen. Die sich verschärfenden Probleme verschärfen den Ton in der politischen Auseinandersetzung. Die „Wiederkehr offener nationaler Gegensätze in Europa bildet dabei ein Durchgangsstadium der zunehmenden krisenbedingten Barbarisierung des Kapitalismus“<sup>26</sup>. Die europäischen Machtkämpfe wären also als Ausdruck der voranschreitenden Krise zu verstehen.

### **„Zweidrittelwelt“ als Krisenwelt**

In der Zweidrittelwelt ist die zerstörerische Krisendynamik schon soweit ‚vorangeschritten‘, dass wirtschaftliche und staatliche Strukturen in einer Reihe von Regionen wie z.B. im Kongo, in Somalia oder auch in Afghanistan bereits zerfallen sind. Staatsapparate und gesellschaftliche Strukturen (Bildung, Gesundheit...) können aus der Kapitalverwertung nicht finanziert werden. In imperialen Eroberungsstrategien sollte die Zweidrittelwelt in die Wertform und damit unter das Diktat der Vernutzung von Arbeitskräften gepresst werden und für die Verwertung des Kapitals zur Verfügung stehen. Dafür aber brechen mit der sich ausbreitenden Krisendynamik die Grundlagen ein. Märkte gingen in Plünderungsökonomien auf. Staaten brachen zusammen und verloren die Herrschaft über ihr Territorium. Damit war zugleich das staatliche Gewaltmonopol am Ende. Der Weg wurde frei für die ‚Privatisierung‘ von Gewalt in Gestalt von ‚Warlords‘, die nun den Zugang zu wichtigen Rohstoffen und Märkten kontrollieren.

Statt nachholender Entwicklung in der Wertform prägen De-industrialisierung und Entstaatlichung das Gesicht der Zweidrittelwelt. Dies bedeutet aber weder Rückkehr zu traditionellen noch Übergang zu neuen Formen der Reproduktion und des Zusammenlebens, sondern Verwilderung der Staatsapparate und des Kampfes von diversen Clans, Milizen, Banden und religiösen Fundamentalisten um Ressourcen und Macht.

Der fortschreitenden Krisendynamik trägt die Entwicklung der Interventionsinstrumente der westlichen Staaten Rechnung. Es geht darum, den Zugang zu knapper und damit teurer werdenden Rohstoffen, u.a. zu Nahrungsmitteln zu sichern. Der Versuch, nationalstaatliche Machtstrukturen vor dem Zerfall zu sichern und damit einen ‚geordneten‘ wirtschaftlichen und politischen Verkehr zu ermöglichen, war ein wesentliches Ziel militärischer Interventionen in den letzten Jahrzehnten. Entsprechend wurden militärische Strategien umorientiert und mi-

litärische Apparate neu ausgerichtet. Nach Reinhard Herden, Bereichsleiter für Analysen und Risikoprognozen des Amtes für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, werden „die jetzt in Frieden lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. Der Menschheit steht ein Jahrhundert des Mangels bevor. Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen müssen.“<sup>27</sup>

Bei der Gründung des Netzes haben wir die Entwicklungen in der EU in Verbindung mit der Erinnerung an die Eroberung Amerikas und die mit ihr beginnende Durchsetzung des Weltmarktes unter den Perspektiven von Durchsetzung und Aufstieg des Kapitalismus zur Unterwerfung der Welt unter die Herrschaft der Kapitalverwertung gesehen. Auch in der Gegenwart erleben wir ‚imperiale‘ Strategien. Sie stehen jedoch unter einem völlig anderen Vorzeichen, nämlich dem der global eskalierenden Krisendynamik. Wir sind nicht mit der siegreichen Herrschaft eines imperialen Weltsystems, sondern mit dessen Krise und Zerfall, mit einer bedrohlichen blinden Krisendynamik verbunden. Es geht nicht mehr um ‚Eroberung‘, sondern um verzweifelte und zum Scheitern verurteilte Versuche, die Krise zu ‚beherrschen‘, um die Sicherung von Vorteilen im zusammenbrechenden Weltsystem. Es ‚entwickelt‘ sich nicht ein siegreicher Eroberungskapitalismus, sondern dessen Zerfall und zerstörerische Krisendynamik. An den Vorgängen in der Zweidrittelwelt lässt sich ein Eindruck von dem gewinnen, was Kapitalismus in Zerfall bedeutet, wohin der Weg führt, wenn es nicht gelingt, den Kapitalismus emanzipatorisch zu überwinden.

### Selbsterstörung durch Arbeit

Menschen sind auch als Individuen gezwungen, die Krise zu bearbeiten. Die individuellen Lebenslagen von Menschen sind – so hatte der Soziologe Ulrich Beck bereits 1986 festgestellt – „durch und durch (arbeits)marktabhängig“<sup>28</sup>. Sie sollen ihr Leben unter Verwertung ihrer Arbeitskraft reproduzieren. Genau dafür aber brechen in der Krise des Kapitalismus die realen Grundlagen weg. Dennoch wird weiter verkündet: „Das Programm gegen steigende Armut heißt Arbeit.“<sup>29</sup>

Diese Sichtweise ist kein Zufall, gehört doch die Verausgabung von Arbeit für den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung des Geldes zum Kern des Kapitalismus. Auch und gerade angesichts des Verschwindens der Arbeit als Substanz des Kapitals wird die Herrschaft der Arbeit gefestigt. „Es ist absurd: Die Gesellschaft war niemals so sehr Arbeitsgesellschaft wie in der Zeit, in der Arbeit überflüssig gemacht wird. Gerade in ihrem Tod entpuppt sich die Arbeit als totalitäre Macht, die keinen

anderen Gott neben sich duldet“<sup>30</sup>, konstatierte die Gruppe Krisis bereits Ende der 1990er Jahre.

Dies gilt umso mehr, je schärfer sich die Krise zuspitzt. In der Krise wird die Selektion der Menschen nach der Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft verschärft. In der Gründungsphase des Netzes haben wir erlebt, wie dieses Kriterium gegen Flüchtlinge und MigrantInnen gewendet wurde. Gegen sie wurde „in aller Offenheit exekutiert, was die innerste Logik des Kapitalismus überhaupt ist: die Tendenz nämlich, den Menschen auf seine ‚ökonomische Nützlichkeit‘ als Verausgabungseinheit von rentabler Arbeitskraft und ‚Leistung‘ zu reduzieren. Was an den eigenen StaatsbürgerInnen noch nicht mit letzter Konsequenz möglich ist, nämlich nur die rentabel vernutzbare Leistungsmaschine Mensch als Mensch ‚anzuerkennen‘, nicht aber die aktuell unbrauchbaren Kinder, Alten und Kranken oder sonst wie nicht Leistungsfähigen, das tritt bei der Behandlung von Migranten mit aller Brutalität zu Tage.“<sup>31</sup>

Die Krise ist inzwischen soweit fortgeschritten, dass der Staat nun auch die ‚eigenen Staatsbürger‘ verschärft in Verwertbare und ‚überflüssige Kostenfaktoren‘ trennt. Die Verwertbarkeit der Arbeitskraft entscheidet darüber, wer dazu gehört und wer als ‚überflüssig‘ an den Rand der Gesellschaft ‚abgeschoben‘ wird. Aber auch diejenigen, die über Hartz IV von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden, bleiben unter der Herrschaft der Arbeit eingeschlossen. Sie müssen sich unter Androhung des Entzugs der materiellen Grundlagen der Existenz in Dauerbereitschaft für die Verwertung ihrer Arbeitskraft halten.

Entlang der Demarkationslinie von Arbeit und Nicht-Arbeit werden Menschen gesellschaftlich anerkannt oder abgewertet. Opfer der Abwertung sind vor allem Arbeitslose und Obdachlose.<sup>32</sup> Nährboden dieser Abwertung ist die Verinnerlichung der Arbeit als gleichsam zweite Natur. In ihm kann der Hass auf ‚Nicht-Arbeit‘ gedeihen und für die Bearbeitung der Widersprüche der zusammenbrechenden Arbeitsgesellschaft ‚fruchtbar‘ werden. Im Hass auf ‚Zigeuner‘ und im Hass auf ‚Juden‘ verbindet sich der Hass auf Nicht-Arbeit.

Das Bild des ‚Zigeuners‘ erinnert an ein ‚Leben ohne Arbeit‘. Zugleich werden ‚Zigeuner‘ als minderwertig und bedrohlich stigmatisiert. Dieses Bild grenzt nach unten ab und macht deutlich, wohin ein Leben ohne Arbeit führt.

Das Bild des ‚Juden‘ steht für ‚Lohn ohne Arbeit‘. Mit diesem Bild kann zwischen dem bösen, weil ohne Arbeit raffenden, und dem guten, weil durch Arbeit schaffendem Kapital unterschieden und der schaffende Kapitalismus gegen den Casino-

**1997** „Wie Gerechtigkeit und Frieden konkret werden können“

kapitalismus ausgespielt werden. Im modernen kapitalistischen Antisemitismus sind aus den ‚Gottesmördern‘ die ‚Geldmonster‘ geworden<sup>33</sup>. Und Geld regiert bekanntlich die Welt.

In den Fokus der Kritik zu rücken wäre die abstrakte Herrschaft der auf der Verausgabung von Arbeit beruhenden Verwertungsmaschinerie des Kapitals. In der sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus könnte es jedoch leichter erscheinen, die Welt vor ‚Juden‘ und ‚Zigeunern‘, den vermeintlichen Bedrohungen ‚von oben‘ und ‚von unten‘, zu ‚retten‘.

In der Krise des Kapitalismus werden Menschen in einen gnadenlosen Kampf um Selbstbehauptung getrieben, der angesichts der schwindenden Verwertungsmöglichkeiten der Arbeitskraft ohne reale Grundlage und damit aussichtslos ist. Und dennoch stehen sie unter dem Druck, sich permanent selbst zu verwerten oder als Nicht-Verwertbare ausgegrenzt zu sein, ohne der Herrschaft der Arbeit zu entkommen. In diesem perspektivlosen Krieg aller gegen alle kann der in der kapitalistischen Konkurrenz- und Arbeitsgesellschaft verankerte strukturelle Antiziganismus und Antisemitismus jederzeit manifest werden und in barbarischen Formen von Gewalt eskalieren.

Perspektivlose Selbstbehauptung fällt ins Leere. Und dennoch muss sie geschehen – um jeden Preis. Damit zielt sie auf die Vernichtung des anderen. In den Abgründen ihrer Leere enthält sie aber – wie nicht zuletzt Amokläufe zeigen – auch Potentiale der Selbstvernichtung ihrer eigenen inhaltsleeren Existenz.

### Zur Bedeutung biblisch-theologischer Reflexion

Das Ökumenische Netz ist nicht der Versuchung erlegen, die Verwurzelung in biblischen Traditionen und deren theologische Reflexion in diffuser postmoderner Wellness- und Event-‚Religiösität‘ aufzulösen. Gerade die Rückbesinnung auf die Quellen des jüdisch-christlichen Glaubens hat Kraft und Mut gegeben ‚radikal‘, d.h. von den Wurzeln her zu denken. Dabei spielt vor allem die mit dem biblischen Gottesnamen verbundene Religionskritik eine wichtige Rolle. Der biblische Gottesname lässt sich nicht übersetzen, sondern lediglich umschreiben, etwa in Formulierungen wie Ich geschehe, als der ich geschehen werde (Ex 3,14). Wer mit ‚Gott‘ gemeint ist, erweist sich in einem Geschehen. Und so ist der biblische Gottesname in ein ‚Geschehen‘, in eine Geschichte eingebunden, ist die Geschichte des Leidens von Versklavten. Ihre Klagen – so erzählt die Bibel – hat Gott gehört. Ihre Leiden kennt er (Ex 3,7). Für sie verspricht er als Retter und Befreier zu ‚geschehen‘. Von seinem Namen und dem, was er beinhaltet, lässt sich

erzählen. Er entzieht sich aber jeder Definierbarkeit, d.h. der Begrenzung durch einen Begriff ebenso wie jeder Instrumentalisierung für ‚religiöse‘ Zwecke. Mit ihm lässt sich also weder Staat noch ‚Religion‘ machen – jedenfalls keine ‚Religion‘, die auf dem Markt von Sinn und Spiritualität instrumentell als Ware produzierte religiöse Angebote anzubieten hätte. ‚Religion‘ als ‚Wellness‘ oder ‚Event‘ verabreicht, ermöglicht vielleicht momentane ‚Entlastung‘ im Sklavenhaus, blendet aber die Notwendigkeit des Ausbruchs aus dem Sklavenhaus aus und damit genau das, was der biblische Gottesname beinhaltet.<sup>34</sup>

Die biblische Religionskritik unterscheidet zwischen Gottheiten und dem Gott, dessen Inhalt der Name ist, zwischen Unterdrückung und Gewalt rechtfertigenden oder ausblendenden Gottheiten und dem Namen, der dazu treibt, gegen Verhältnisse aufzustehen, die Menschen unterdrücken und versklaven. Deshalb markiert der biblische Gottesglaube eine Trennung von Systemen, für die biblisch die Namen Ägypten, Babylon, die hellenistischen Reiche, Rom stehen ... Als Messianer (ChristInnen) entdecken wir vor allem im Messias Jesus Gottes Aufstand für das Leben, vor allem der Armen und der Opfer manifesten und struktureller Gewalt. Das römische System hat ihn verurteilt. Der Gott Israels aber hat den ‚Aufständischen‘ auferweckt, ihm Recht gegeben und das System der römischen Gewaltherrschaft gerichtet.

Die ‚Große Erzählung‘ der Bibel lädt ein zu der ‚großen Hoffnung‘, dass Erniedrigung und Beleidigung von Menschen, dass Systeme von Unrecht und Gewalt, die sie ‚aufs Kreuz gelegt‘ haben, nicht das ‚letzte Wort‘ sein mögen, dass vielmehr für alle ‚geschehen‘ möge, was mit dem Gottesnamen versprochen ist, dass für alle Wirklichkeit werden möge, was wir im Blick auf den Messias Jesus bekennen: Gerechtigkeit für die Opfer von Unrecht und Gewalt.

Dies lässt sich nur leben in Solidarität mit den Opfern: heute mit den Opfern des Kapitalismus, dessen zerstörerische Dynamik über Leichen geht und immer mehr Menschen zu barbarisieren und den Globus in den Abgrund zu reißen droht. Dabei widersteht gerade der undefinierbare und unverfügbare Gottesname einer sich in der Verwertungslogik des Kapitals zugleich totalisierenden und in der Krise zerfallenden abstrakten Herrschaft. Der Inhalt, für den das undefinierbare und unverfügbare Mysterium Gottes steht, entzieht sich definierender und verfügender Instrumentalität. Er erinnert an das Nicht-Identische, das Verletzte und Verdrängte und sprengt Grenzen von Selbst- und Systemgewissheiten. Damit eröffnet er Horizonte für ein anderes ‚Ganzes‘, einen anderen gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem Menschen nicht dem tödlichen

# 1997

„Für eine europäische Sozialpolitik –  
Europa in Bewegung“

Leitartikel Netztelegramm

Selbstzweck der Verwertung des Werts unterworfen sind. In diesem verfügender Verwertbarkeit entzogenen und entziehenden Gottesgedächtnis ist das Recht auf Leben und Ansehen für alle Menschengeschwister verwurzelt. Solch universale Gerechtigkeit und Solidarität werden erst wahr, wenn sie für ‚die Letzten‘, d.h. für die Armen und Unterdrückten, Wirklichkeit werden. Genau deshalb sind die ‚Letzten‘ die ‚Ersten‘.

### **Was bedeuten solche Einsichten und Reflexionen für das Engagement im Ökumenischen Netz?**

Was uns umtreibt, ist die Konfrontation mit dem Leid von Menschen. Dass wir uns nicht mit dem Leid von Menschen Abfinden können, ist Ausdruck unserer Verwurzelung in der jüdisch-christlichen Tradition. Wir sind herausgefordert zu handeln, aber wir sind mit der Herrschaft des abstrakten Selbstzwecks der Verwertung des Kapitals konfrontiert. Dies setzt unserem Handeln Grenzen. Die Erfahrung des Leidens und die Begrenzung der Möglichkeiten des Handelns geben zu denken. Mit der Krise des Kapitalismus spitzen sich beide Probleme zu. Die Notwendigkeit, den Kapitalismus emanzipatorisch zu überwinden wird immer dringender und die Zeit, die dazu bleibt, immer kürzer.

Die Auseinandersetzung mit der Krise, mit der Zerstörungsdynamik, die der kapitalistischen Form innewohnt, wird angesichts drohender Barbarisierung zum Kampf um die Menschlichkeit des Menschen. Um drohender Barbarisierung zu widerstehen, ist analytische Kompetenz unverzichtbar. Sie kann am ehesten gegen die Fallen immunisieren, abstrakte Herrschaft blind zu personalisieren und die Lösung im Kampf gegen Sündenböcke statt in der Überwindung des Kapitalismus und seines zerstörerischen Selbstzwecks zu suchen.

Die Anerkennung des Rechts auf Leben für alle Menschen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben ist nicht verhandelbar. Deshalb kann es auch nicht von den Verwertungsmöglichkeiten bzw. -krisen des Kapitals abhängig gemacht und unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Vielmehr macht die sich dramatisch zuspitzende Krise in ihrem Kern und in ihren verschiedenen Erscheinungsformen deutlich, dass das Leben von Menschen und ihre natürlichen Lebensgrundlagen im Kapitalismus keine Perspektiven haben. Kritik des Kapitalismus wird damit zu einer zentralen Herausforderung im Kampf um das Leben und Überleben. Sie gilt es in die verschiedenen Aktionsfelder einzubringen und darin verortet zu buchstabieren.

Im Krisenzusammenhang des Kapitalismus kann eine auf Systemerhaltung zielende Politik offensichtlich nichts anderes sein als perspektivlose Krisenverwaltung. Politisches Handeln von sozialen Bewegungen darf sich nicht damit zufrieden geben, den Krisenverlauf abmildernd mitzugestalten. Vielmehr müsste im Widerstand gegen eine menschenunwürdige und repressive Krisenverwaltung eine politische Perspektive gesucht werden.

Deshalb ist es wichtig, unabhängig von der Finanzierbarkeit auf Forderungen wie Mindestlohn und Abschaffung von Hartz

IV, Absicherung in Krankheit und Alter zu bestehen, Widerstand zu organisieren gegen immer neue Kürzungen, Schikanen und Zwangsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung, gegen Privatisierung und/oder Stilllegung von lebenswichtigen Infrastrukturen, gegen die Ausrichtung von Bildung und Forschung auf die in die Sackgasse geratenen Bedürfnisse der Kapitalverwertung, gegen Umweltzerstörung, Landgrabbing und Zerstörung der Zweidrittelwelt, gegen Krieg und Rüstungsexporte.

Die angedeuteten Forderungen sind im Rahmen des kapitalistischen Betriebssystems nicht realisierbar, weil sie an die (illusionäre) Voraussetzung ‚gelingender‘ Kapitalverwertung gebunden sind. Genau das aber spricht nicht gegen die genannten Forderungen, sondern gegen das kapitalistische Betriebssystem, das auf menschenwürdiges Leben für alle nicht ‚eingestellt‘ werden kann.

Das heißt aber nicht, dass diese Forderungen generell unerfüllbar wären und eine andere Gesellschaft nicht ‚machbar‘ wäre. Im Gegenteil, gesellschaftlich sind die stofflichen und praktisch-technischen Voraussetzungen dafür vorhanden. Nur können sie im kapitalistischen Rahmen nicht zu diesem Zweck aktiviert werden, weil sie dem Zweck der Kapitalverwertung unterworfen sind.

Die Herausforderung bestände also darin, den weltweiten Fluss stofflicher und sozialer Ressourcen so zu organisieren, dass sie auf die Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet werden, statt die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse von der Kapitalverwertung abhängig und damit immer unmöglicher zu machen. Dabei gibt es gute Gründe, darauf zu vertrauen, dass der reale Mensch als leiblich-sinnliches und soziales Wesen, das trotz aller Deformierung die Unterwerfung unter die Zwänge der Kapitalverwertung sein Leiden darunter in seinem Körper und in seiner Seele spüren und zum Ausdruck bringen kann. Er ist fähig, sich mit anderen über seine Leiden zu verständigen, sie analysierend zu begreifen und Strategien zu entwickeln, sich aus der Zwangsjacke der Kapitalverwertung zu befreien. Dazu braucht es sozialer Orte, reflektierender Milieus, in denen sozialer Widerstand und emanzipatorische Orientierungen als Suche nach Alternativen zum Kapitalismus, d.h. nach einem neuen gesellschaftlichen Zusammenhang jenseits der Wertform wachsen können. Ein solcher Ort ist das Ökumenische Netz bzw. muss es immer mehr werden.

Gleichzeitig bleibt es unverzichtbar, dass sich unterschiedliche Menschen in unterschiedlichen Feldern engagieren. Dabei geht es immer auch darum auszutesten, ob partielle Verbesserungen für menschenwürdiges Leben möglich sind. Rüstungsexporte, die verhindert, Flüchtlinge, die gerettet und menschlich behandelt werden können, sind der Anstrengung wert. Sie sind Aktionen für das Leben, in denen Menschlichkeit bewahrt wird.

Die Erfahrungen aus diesen Zusammenhängen wären wiederum einzubringen in einen gemeinsamen Reflexionsprozess der inneren Schranke des kapitalistischen Verwertungsprozesses, die einer menschlichen Gesellschaft entgegensteht. Der Spagat zwischen Aktions- und Theorieorientierung ist nicht

ohne Spannungen und Widersprüche ‚zu haben‘. Sie sollten weder gegeneinander ausgespielt noch ‚gleich gültig‘ nebeneinander gestellt werden, sondern ‚im Streit miteinander‘ angemessene Wege in der Krise des Kapitalismus finden. Dabei wäre zu wünschen, dass auch im Umgang miteinander etwas von der Menschlichkeit lebendig werden kann, für die wir uns in der Kritik des Kapitalismus und der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus einsetzen.

**Herbert Böttcher**

Pastoralreferent, Vorsitzender des Ökumenischen Netzes

## Anmerkungen

- 1) Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Band I, Berlin 1984, 779-781.
- 2) Ulrich Duchrow, Gert Eisenbürger, Jochen Hippler (Hg.): Totaler Krieg gegen die Armen. Geheime Strategiepapiere des amerikanischen Militärs, München 1989.
- 3) Ebd.
- 4) Franz J. Hinkelammert: Du sollst keinen Gott neben ihm haben. Chicago-Schule: Der Markt und das transnationale Kapital in mesianischer Schlacht für die Befreiung der Völker, in: epd-Entwicklungs-politik 2/3/82.
- 5) Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Leipzig 1994, 220.
- 6) Vgl. Ebd.
- 7) Vgl. Ebd., 31ff.
- 8) Vgl. Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995.
- 9) Das „Ganze“ verändern! Wenn es im Kapitalismus keine Alternativen gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus. In: Transparent-Extra 79.2005 (Sonderdruck).
- 10) Ebd., 3.
- 11) Ebd.
- 12) Ebd.
- 13) Ebd., 1.
- 14) Ebd., 3.
- 15) Vgl. Karl Marx: Ökonomische Manuskripte, MEW, 42, 601f; ders., Das Kapital, 530.
- 16) Vgl. Herbert Böttcher: Die Krise verstehen, in Netz-Telegramm 2/2009, <http://www.oekumenisches-netz.de/NT09-02a.pdf>. Vieles, was in unser Nachdenken eingegangen ist, verdankt sich dem wert- absaltungskritischen Ansatz der Kapitalismuskritik. Er wurde wesent-

lich von Robert Kurz und Roswitha Scholz entwickelt und hat in der Theoriezeitschrift Exit ein Form der Reflexion gefunden. Aus der Fülle der Texte und Veröffentlichungen seien nur genannt: Marx lesen. Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt am Main 2001; Robert Kurz: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003; ders.: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Berlin 2005; ders.: Geld ohne Wert. Grundrisse einer Transformation der politischen Ökonomie, Berlin 2012; Roswitha Scholz: Das Geschlecht des Kapitalismus, Bad Honnef 2000 (Neuaufgabe 2009).

- 17) Vgl. Scholz: Das Geschlecht des Kapitalismus.
- 18) Marx: Kapital, Band I, 169.
- 19) Der Begriff ‚Fetisch‘ kann von einem biblischen Zusammenhang her deutlich werden. Jesaja spottet darüber, wie Menschen so naiv sein können, mit ihren eigenen Händen Götterbilder herzustellen und sich dann ihren eigenen Produkten zu unterwerfen (Jes 44, 9ff). Ähnlich unterwirft sich die bürgerliche Gesellschaft einem geschichtlichen ‚Produkt‘, das aus einem blinden Prozess entstanden ist. Obwohl geschichtlich entstanden, hält sie es für ‚alternativlos‘. Wie erst hätte Jesaja über die sich für ‚aufgeklärt‘ und ‚mündig‘ haltende bürgerliche Gesellschaft gespottet.
- 20) Kurz: Geld ohne Wert, 162.
- 21) Kurz: Marx lesen, 57.
- 22) Kurz: Geld ohne Wert, 248.
- 23) Ebd., 248ff.
- 24) Claus Peter Ortlieb: Ein Widerspruch von Stoff und Form. Zur Bedeutung der Produktion des relativen Mehrwerts für die finale Krisendynamik, in: Exit 6, 23 – 53, 30; vgl. auch Moishe Postone: Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft, Freiburg 2003, 345ff.
- 25) Tomasz Koniecz: Renaissance der Chauvinismus, in junge welt, 28. u. 29. 8. 2012.
- 26) Ebd.
- 27) Zitiert nach Koniecz, ebd.
- 28) Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, 210.
- 29) Kölner Stadt-Anzeiger vom 16.6.2010.
- 30) Gruppe Krisis: Manifest gegen die Arbeit, Leverkusen 1999
- 31) Kurz: Weltordnungskrieg, 227.
- 32) Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin 2012.
- 33) Vgl. Kurz: Geld ohne Wert, 127.
- 34) Vgl. hierzu auch Herbert Böttcher: Wenn der Kapitalismus zur Religion und die Religion marktkonform wird, 2011, <http://www.oekumenisches-netz.de/11-07-boettcher.pdf>.



„Die drohende Abschiebung der Familie Yildirim hielt uns 2006 in Atem, donnerstags wurde demonstriert. Wir setzten dem damaligen OB Schulte-Wissermann kräftig zu. Unter anderem auf dem Jesuitenplatz mit Megafon zur Rathaussitzung hinauf: „Schuld an Abschiebung ist Schulte-Wissermann, der Beck und auch der Bruch.“ Die Kirchengemeinde in Neuen- dorf versuchte noch die Abschiebung durch ein Kirchenasyl zu verhindern, aber am 2. November wurde früh morgens brutal abgeschoben.

Babs band sich noch mit einem Schal an einem Deportations- fahrzeug fest, aber auch das half nicht mehr, im Gegenteil, dies hatte noch ein gerichtliches Nachspiel.“





# Dämonen unter uns!

## Über die Geister des Kapitalismus und ihre Vertreibung

Die folgenden Gedanken wurden im Rahmen der Netzversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar am 23.6.12 in Koblenz diskutiert. Sie sind eine Auslegung der Dämonenaustreibung durch Jesus am See Genezareth (Mk 5,1-20, siehe unten) und stehen unter dem Eindruck unseres Gesamthemas: „Im Kapitalismus gegen den Kapitalismus - geht die Quadratur des Kreises?“.

Als evangelischer Christ würze ich diese Auslegung mit einigen beispielhaften evangelischen Verlautbarungen zum Kapitalismus, seinen Auswirkungen und seiner Krise. Um dies vorweg zu nehmen: Die deutschen evangelischen Kirchen geben kein gutes Bild ab.

### Dämonen unter uns?

Ein fremder Gedanke, der in die Zeit des hemmungslosen Geisterglaubens zur Zeit Jesu passt. Aufgeklärte Menschen können damit nichts anfangen. Die vielfach beschriebenen Dämonenaustreibungen Jesu werden dann entweder vornehm übersehen oder psychologisierend vom düsteren Mythos befreit. Leider verkennt diese Haltung, die lange Zeit auch meine war, dass Jesus die Einstellung zu den bösen Geistern sehr ernst nimmt: Wer böse Geister bekämpft, ist auf seiner Seite (Lk 9,50). Wer diesen Kampf relativiert und in Frage stellt, ist gegen ihn (Lk 11,23). Die Austreibung der bösen Geister steht im Zeichen des Anbruches des Gottesreiches (Lk 11,20).

Es muss um mehr gehen als um die mythologisierende Beschreibung dieser oder jener Krankheit. Eine alte Sicht, die Weisheit für uns enthält. Die Dinge, die uns bedrängen, lassen sich nicht nur über die Bosheit einzelner Menschen erklären. Es gibt tiefere Zusammenhänge, verderbliche Einwirkungen, die jeden von uns betreffen. Es geht darum, dass unsere Welt von Mechanismen beherrscht ist, die Menschen zerstören und töten.

### Selbstverletzung

Der „Mensch“ in der Heilungsgeschichte mit Jesus „schlug sich mit Steinen“. Er verletzte sich selbst. Menschen, die von zer-

störerischen Einflüssen besessen sind, verletzen sich selbst. Heute kennen wir es als massenhafte Erscheinung unter Jugendlichen oder in unterschiedlichen Ausprägungen als einen typischen Ausdruck einer psychischen Erkrankung.

Ich sehe eine Vielzahl von Selbstverletzungen darüber hinaus: Menschen, die in eine Vermarktungsfalle geraten sind und dreihundert virtuelle FreundInnen als ihre Freundschaftsgruppe missverstehen. Menschen haben tausend soziale Kontakte am Tag ohne jede Berührung. Eine Gruppe sitzt stumm um einen Tisch, alle einsam mit kleinen Maschinen beschäftigt.

Wir verletzen uns selbst, wenn wir Tätigkeiten für andere nicht mehr als Zuwendung verstehen können, sondern nur noch als bezahlte Arbeit: Die Frau zahlt für die Einkaufsdienste ihrer Enkel, der Mann zahlt für die Unterstützung beim Umzug durch seine Freunde, der Ehrenamtler erwartet materielle Anerkennung.

### Die Notwendigkeit der Analyse

In der Geschichte fragt Jesus den bösen, Gott widersprechenden, unreinen Geist: „Wie heißt du?“ Erstaunlich, dass Jesus, der sonst vieles auf Anhieb erkennt, hier genauer hinschauen muss. Die Wirkungen, die Herkunft, der Name des Dämonen lässt sich nicht von alleine erkennen. Er muss erfragt werden. Er muss analysiert werden.

Der Dämon verrät seinen Namen: Er heißt „Legion“. Es ist also nicht nur einer. Viele Mächte, miteinander in Verbindung, im Gleichschritt, beherrschen diesen Menschen. Sie heißen Legion und sind das (militärische) Machtinstrument des römischen Herrschaftsapparates. Die bösen Geister sind die Einflüsse der Weltmacht Rom, die auch das Land Israel besetzt hält, so wie diese Mächte den Menschen besetzt haben.

Auch für uns ist es Notwendig, genau hinzusehen und nach den Hintergründen und Ursachen von Herrschaft und Ausbeutung, von Besessenheit zu fragen. Nach unseren Erkenntnissen sind es heute wirtschaftliche Mechanismen, die alles und jeden beherr-

schen und knechten. Es ist die Warengesellschaft, der Kapitalismus. Dinge werden produziert, um aus Geld mehr Geld zu machen. Schließlich wird alles, was Menschen machen, und alles, was sie umgibt, zu Medien der Geldvermehrung, zu Waren.

Die Analyse der EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ von 2009 ist erschreckend oberflächlich und ihre Handlungsaufforderungen erstaunlich platt und naiv. Nach dieser Denkschrift ist unternehmerisches Handeln auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtet. Es ist eine erhaltende Tätigkeit, die zur langfristigen Schonung von natürlichen wie auch sozialen Ressourcen führt. Die eigentliche Verantwortung haben die VerbraucherInnen. Sie müssen ihre Kaufentscheidungen bewusst wertorientiert vollziehen und tragen so dazu bei, dass sich Märkte stärker an moralischen Orientierungen ausrichten.

## Die Bitte um Koexistenz

Der böse Geist, die vielen Dämonen erkennen die Kraft Jesu, sie zu vertreiben. Sie machen ein Angebot: Sie wollen das Werk der Zerstörung beenden. Sie wollen diesen Menschen loslassen. Aber Jesus soll sie nicht verjagen. Sie wollen in der Gegend bleiben. Sie wissen: Mit Jesus fängt etwas Neues an, das Gottesreich. Eine Gesellschaft wird erkennbar, in der Menschen aufgerichtet werden und nicht klein gemacht, in der jede und jeder bekommt, was sie und er braucht. Und die Geister wollen da irgendwie mit dabei sein.

Schon seit Jahrzehnten geht das Märchen vom menschlichen Antlitz des Kapitalismus um. Man müsse ihn nur richtig zähmen, dann wäre er das Heilmittel, die Methode, Wohlstand und Wohlergehen für alle zu garantieren. Eigentlich ist dies kein Märchen, denn Märchen sind hilfreiche Erzählungen. Es ist eine Fehleinschätzung. Oder es ist eine Lüge derjenigen, die profitieren.

Die großen evangelischen Zusammenschlüsse, der reformierte und der lutherische Weltbund, haben in ihren Vollversammlungen 1997 bzw. 2003 in der gegenwärtigen Art zu wirtschaften eine Gott widersprechende Macht gesehen. Der christliche Glauben selbst stehe hier auf dem Spiel. Wer auf Dauer nicht widerspricht, handelt gegen Gott.

Die Landessynode 2008 der Evangelischen Kirche im Rheinland dagegen trifft den Beschluss „Wirtschaften für das Leben“, in dem sie auf 130 Seiten ein kräftiges JEIN zum Widerstand gegen den Kapitalismus ausspricht. Der Beschluss spricht beiden Positionen, dem des Widerstandes gegen den Kapitalismus und dem der friedlichen Koexistenz zwischen Kirche und Kapitalismus Berechtigung zu. In der scheinbar faszinierenden Konkretisierung des notwendigen kirchlichen politischen Handelns in sieben Handlungsfeldern wird jede deutliche Position in vielen Sätzen verwischt.

## Die Selbstvernichtung des Bösen

In der Geschichte wird erzählt: „Die unreinen Geister baten ihn und sprachen: Lass uns in die Säue fahren! Und er erlaubte

es ihnen. Da fuhren die unreinen Geister aus und fuhren in die Säue und die Herde stürmte den Abhang hinunter in den See, etwa zweitausend, und sie ersoffen im See.“ Die unreinen Geister in den unreinen Tieren vernichteten sich selbst.

Die sich immer mehr beschleunigende Dynamik der Verwertung führt von einer Krise zur nächsten, noch größeren. Uns und vielen anderen scheint die endgültige Krise der Warengesellschaft und ihr Zusammenbruch erkennbar zu werden. Die Warengesellschaft vernichtet sich selbst.

## Was tun?

Der Messias Jesus vertreibt nicht die Römer aus dem Land Israel. Erst recht hat er nicht im Sinn, die Weltmacht Rom militärisch und wirtschaftlich zu besiegen. Vielleicht ist er zu schwach. Vielleicht würde dieser Sieg nicht zum Guten führen. Aber er widerspricht und bekämpft die Geister der Herrschenden und zeigt ihren Untergang. Er fängt etwas Neues an. In seinem Wort, mit seinem befreienden Handeln fängt das gute Reich Gottes an. Und das Gleiche traut er auch seinen Freundinnen und Freunden zu.

Und warum sollten wir das nicht auch können?

**Ingo Schrooten**

Pfarrer in der Evangelischen Kirchengemeinde Maifeld  
und Vorstandsmitglied des Ökumenischen Netzes

## Der Bibeltext: Die Heilung des besessenen

### Geraseners (Mk 5,1-20)

Und sie kamen ans andre Ufer des Sees in die Gegend der Gerasener. Und als er aus dem Boot trat, lief ihm alsbald von den Gräbern her ein Mensch entgegen mit einem unreinen Geist, der hatte seine Wohnung in den Grabhöhlen. Und niemand konnte ihn mehr binden, auch nicht mit Ketten; denn er war oft mit Fesseln und Ketten gebunden gewesen und hatte die Ketten zerrissen und die Fesseln zerrieben; und niemand konnte ihn bändigen. Und er war allezeit, Tag und Nacht, in den Grabhöhlen und auf den Bergen, schrie und schlug sich mit Steinen.

Als er aber Jesus sah von ferne, lief er hinzu und fiel vor ihm nieder und schrie laut: Was willst du von mir, Jesus, du Sohn Gottes, des Allerhöchsten? Ich beschwöre dich bei Gott: Quäle mich nicht! Denn er hatte zu ihm gesagt: Fahre aus, du unreiner Geist, von dem Menschen! Und er fragte ihn: Wie heißt du? Und er sprach: Legion heiße ich; denn wir sind viele.

Und er bat Jesus sehr, dass er sie nicht aus der Gegend vertreibe.

Es war aber dort an den Bergen eine große Herde Säue auf der Weide. Und die unreinen Geister baten ihn und sprachen: Lass uns in die Säue fahren! Und er erlaubte es ihnen. Da fuhren die unreinen Geister aus und fuhren in die Säue, und die Herde stürmte den Abhang hinunter in den See, etwa zweitausend, und sie ersoffen im See.

Und die Sauhirten flohen und verkündeten das in der Stadt und auf dem Lande. Und die Leute gingen hinaus, um zu sehen, was geschehen war, und kamen zu Jesus und sahen den Besessenen, wie er dasaß, bekleidet und vernünftig, den, der die Legion unreiner Geister gehabt hatte; und sie fürchteten sich. Und die es gesehen hatten, erzählten ihnen, was mit dem Besessenen geschehen war und das von den Säuen. Und sie fingen an und baten Jesus, aus ihrem Gebiet fortzugehen.

Und als er in das Boot trat, bat ihn der Besessene, dass er bei ihm bleiben dürfe. Aber er ließ es ihm nicht zu, sondern sprach zu ihm: Geh hin in dein Haus zu den Deinen und verkünde ihnen, welch große Wohltat dir der Herr getan und wie er sich deiner erbarmt hat. Und er ging hin und fing an, in den Zehn Städten auszurufen, welch große Wohltat ihm Jesus getan hatte; und jedermann verwunderte sich.



# Reflexionen zum Platz der Kirche in der Krise des Kapitalismus

## Bleiben oder Gehen?

Gehen wir ruhig einmal davon aus, dass es bei dem Platz, den Jesus für seine Jüngerinnen und Jünger vorbereiten will, nicht um einen Platz ‚im Jenseits‘ geht. Das ginge an der Problematik der Johannesgemeinde vorbei. Sie fragt nach einer irdischen ‚Bleibe‘; denn sie weiß nicht, wo sie angesichts der Verfolgung durch das römische Imperium und des Ausschlusses der Anhänger des Messias aus der Gemeinde der Synagoge ‚bleiben‘ soll. Vor allem aber: Die messianischen Hoffnungen auf eine neue Zeit, die sie mit dem Messias Jesus verbunden hatten, scheinen widerlegt. Statt der messianischen Welt kommt die Katastrophe des Krieges der Römer gegen die Juden mit dem Sieg Roms und der Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 n. Chr. Messianismus als Ausdruck von Hoffnungen, die sich mit der Welt, wie sie ist, mit der scheinbar verewigten Herrschaft Roms nicht abfinden, erscheinen gefährlich. Im Kampf um das Überleben der jüdischen Tradition sucht das rabbinische Judentum den ‚Frieden‘ mit Rom und grenzt Messianer aus. Diese verlieren den Schutz durch den Synagogenverband und sind schutzlos ihren Verfolgern ausgeliefert. Wo sollen sie also ‚bleiben‘? In der Frage Jesu an Petrus: „Wollt auch ihr weggehen?“ (Joh 6,67) kommt die zentrale Problematik der Gemeinde zum Ausdruck: Bleiben oder Gehen, Standhalten oder Aufgeben?

## Der Messias geht weg...

In der Erzählung des Johannesevangeliums kündigt der Messias seinen Abschied an. Er bereitet die Gemeinde auf ein Leben ohne Messias vor. Schutz- und hoffnungslos, ohne ‚Bleibe‘ scheint sie der ‚Welt‘, d.h. bei Johannes der Weltordnung des römischen Imperiums, ausgeliefert. Dagegen setzt der Messias seinen Weg zum Vater. Er geht weg, aber er geht, so heißt es in seiner Abschiedsrede – „um einen Platz für euch vorzubereiten“ (Joh 14,2). Thomas spricht das Problem der Gemeinde aus: Er weiß nicht, was das zu bedeuten hat, wohin der Weg des Messias führt. Und so kann er auch nicht diesen Weg kennen.

Wohin der Weg des Messias führt, wird Johannes noch erzählen. Er führt ihn an das Kreuz der Römer. An ihm stirbt er mit dem Wort: „Es ist vollbracht“ (Joh 19,29). Genauer wäre zu übersetzen: Es ist vollendet. Vollendet, am Ziel ist der Weg des Messias. Johannes hat ihn als Weg der Solidarität mit den Seinen im messianischen Widerstand gegen die Macht und die Herrschaftsansprüche des Imperiums erzählt. Genau darin ist der Messias ‚eins‘, solidarisch, mit dem Gott Israels, der aus Unterdrückung und Gewalt befreit, dessen Name verspricht, auch in Zukunft als Retter und Befreier zu ‚geschehen‘ (Ex 3). Dann aber kommt im Tod des Messias die Solidarität des Messias mit den Seinen und mit Israels Gott zum Ziel. Und so neigte er „das Haupt und gab seinen Geist auf“ (Joh 19,30). Und auch hier macht eine wörtlichere Übersetzung deutlicher, um was es geht: Er ‚übergab seinen Geist‘. In der Stunde, in der der Geist der Solidarität mit den Seinen und Israels Gott zum Ziel kommt, kann er den Geist ‚übergeben‘, der in seinem widerständigen Leben ‚geschehen‘ ist und so wirksam wurde.

Deshalb ist für Johannes die ‚Stunde‘, in der der Messias am Kreuz Roms hingerichtet wird, zugleich die ‚Stunde‘ der Verherrlichung des Gottesnamens (Joh 12,28). Durch seine solidarische Treue verherrlicht der Messias den Vater. Auch angesichts der drohenden Vernichtung ist er im und beim Vater, bei Israels Gott der Befreiung, ‚geblieben‘. In ihm ist der Weg, die Wahrheit des Gottes Israels und das Leben, das er vor allem für die Versklavten verspricht, lebendig. Und umgekehrt: Israels Gott ist bei seinem Messias ‚geblieben‘. Er hat ihm die Treue gehalten und ihn ‚verherrlicht‘. Auch in seinem Tod ist er ‚geschehen‘; denn er hat ihn auferweckt. Damit hat er dem Messias ‚Recht‘ gegeben und das Imperium ins Unrecht gesetzt. In diesem ‚Geschehen‘ sieht Johannes das ‚Gericht‘ über die Weltordnung: „Jetzt wird Gericht gehalten über diese Welt(ordnung)“ (Joh 12,31). Dann aber können diejenigen, die von der Weltordnung verfolgt sind, Mut fassen; denn es gilt: „Ich habe die Welt(ordnung) besiegt“ (Joh 16,33).

Es ist kein Zufall, dass in dem Wort Verherrlichung das Wort ‚Herr‘ steckt, geht es doch bei der Frage der Verherrlichung darum, wer der ‚Herr‘ ist: der Kaiser oder der von ihm gekreuzigte Messias. Die unterschiedlichen Arten der ‚Verherrlichung‘ kommen in unterschiedlichen ‚Kulten‘ zum Ausdruck. Im Kaiserkult werden der Kaiser und sein Imperium, in der messianischen Praxis und Liturgie wird der gekreuzigte Messias ‚verHERRlicht‘. ‚Aut Caesar aut Christus‘, entweder der Kaiser oder der Messias, vor diese Alternative sieht Johannes seine Gemeinde gestellt.

Die positive Antwort gibt ausgerechnet der zweifelnde Skeptiker Thomas. Nachdem er den Auferstandenen an seinen Wunden und damit den Auferstandenen als den Gekreuzigten erkannt hat (Joh 20,24ff), erkennt er auch seinen Weg. Jesu Hinrichtung am Kreuz der Römer, ist Ausdruck seiner Solidarität und Treue bis ‚zum Letzten‘, ist der Weg zum Leben. Nicht der Kaiser – als Personifizierung des Imperiums – sondern dieses Opfer imperialer Macht ist ‚Herr und Gott‘ (Joh 20,28) der messianischen Gemeinde.

### Und wo ‚bleibt‘ die messianische Gemeinde?

Auf seinem Weg ans Kreuz der Römer hat der Messias seiner Gemeinde einen Platz bereitet, an dem sie im und gegen das Imperium ‚bleiben‘ kann? Es ist die ‚Bleibe‘ in der Solidarität des Messias mit denen, die unter der Herrschaft des Imperiums leiden und darin mit seinem Gott. Es ist die ‚Bleibe‘ Gottes bei seinem Messias, die in der Auferweckung des Gekreuzigten ‚geschieht‘. Für diejenigen, die auch angesichts von Gefahr und drohender Vernichtung bei Gott und seinem Messias ‚bleiben‘, heißt das Gebot der Stunde, das „neue Gebot“: „Wie ich euch geliebt hab, so sollt auch ihr einander lieben“ (Joh 13,34, ähnlich 15,16). ‚Lieben‘ – wie meist übersetzt wird – klingt nett und unverbindlich. Dem Wortlaut und dem Kontext gemäß wäre ‚Liebe‘ (gr. agape) besser mit ‚Solidarität‘ zu übersetzen. Dann wird deutlich: Eine ‚Bleibe‘ hat die Gemeinde, wenn sie untereinander so solidarisch ‚bleibt‘, wie der Messias Jesus sein Leben vollendet und darin seinen Geist dem Vater ‚übergeben‘ hat.

Dieser Geist ist es, den der Auferstandene, der durch seine Verwundungen durch die Macht des Imperiums gezeichnet bleibt, seiner Gemeinde übergibt: „Empfangt den Heiligen Geist!“ (Joh 20,22). In diesem Geist können sie beim Messias und seinem Vater ‚bleiben‘ und sich in die Weltordnung senden lassen, wie der Vater den Messias in die Weltordnung gesandt hatte (Joh 20,21).

Das wäre die ‚Platzanweisung‘ oder besser die Bereitung des Platzes für die messianische Gemeinde: in, aber nicht unter der

Weltordnung, d.h. in der Weltordnung im Widerstand gegen die Weltordnung...

### Ein weites Feld für Reflexion und Praxis der Kirchen

Würden die Kirchen solcher ‚Platzanweisung‘ folgen, täte sich ein weites Feld des Nachdenkens und praktischer Veränderungen auf. Es ginge um nicht weniger als einen Ortswechsel. Bereits zur Jahrtausendwende hatte Carl Amery einen kirchlichen Kleiderwechsel gefordert. Die Kirche müsse die Kleiderordnung des römischen Imperiums ablegen und sich von der Reichsreligion des Imperiums verabschieden. Die aktuelle Herausforderung sah Amery im kirchlichen Abschied von der „Reichsreligion des Totalen Marktes“<sup>1</sup>. Vor dem Hintergrund unserer Analysen müssten wir sagen: Es geht um den Abschied von einem System, das alles Leben dem abstrakten und irrationalen Selbstzweck der Verwertung des Werts unterwirft, und das abspaltet, was der Reproduktion des Lebens dient.

Zu welchen Zerstörungen dies führt, zeigt sich in den alltäglichen Krisenerscheinungen des Kapitalismus – von den Überlebenskrisen in der Zweidrittelwelt, den an den Grenzen abgewehrten und im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlingen, über die ökologischen Krisen bis hin zu den bekannten Staats-, Verschuldungs- und Finanzkrisen. Die Krise des Kapitalismus, die sich vor unseren Augen immer schärfer ausagiert, treibt Menschen in einen gnadenlosen Kampf um Selbstbehauptung in der Konkurrenz, letztlich in einen Kampf aller gegen alle um die schwindenden Verwertungsmöglichkeiten der Arbeitskraft. Menschen stehen unter dem Druck, sich permanent selbst zu verwerten oder als Nicht-Verwertbare ausgegrenzt und dennoch unter der Herrschaft der Arbeit eingeschlossen zu sein. Barbarische Strategien der Krisenbewältigung drohen bzw. sind in einigen Zerfallsregionen des Globus bereits Wirklichkeit geworden. Unter dem Diktat der Verwertung drohen alle Inhalte – auch der Mensch und seine Welt – zu abstrakten Quantitäten der Verwertung zu werden. Genau dies macht den Verwertungsprozess inhaltsleer und verbindet ihn mit einem doppelten Gewaltpotential: Er zielt auf die Vernichtung des anderen zwecks Selbstbehauptung um jeden Preis und letztlich auf die Selbstvernichtung zwecks Exekution der eigenen inhaltsleeren Existenz.

Der Platz der Kirche wäre in der Nähe derer, die in der Krise umkommen und an der Krise scheitern. Aus der Erfahrung dessen, was Menschen zu erleiden haben, müsste ein Reflexionsprozess in Gang kommen. Das, was Menschen erleiden, müsste einer Kirche ‚zu denken geben‘, die ihren Platz an der Seite eines gekreuzigten Messias hat.

# 1998

## „Für Abschiebestopp in die Türkei und Neuorientierung der Politik für Flüchtlinge“

## Ein vermeintlich sicherer Platz im Kapitalismus

Weit davon entfernt, sich an solche Orte zu begeben, scheinen die Kirchen vor allem mit der Sorge um ihr eigenes ‚Überleben‘ beschäftigt. Statt Wechsel der Kleiderordnung suchen sie einen sicheren Platz genau in dem System, das Menschen und den Globus in den Ruin treibt. Die Sozialethik wird den Notwendigkeiten kapitalistischer Krisenverwaltung angepasst. Jenseits der Erkenntnis zusehends schwindender Handlungsspielräume soll nach der EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“<sup>42</sup> die private Ethik des ‚Ehrbaren Unternehmers‘ einen Ausweg aus der Krise weisen. Das „Soziale neu denken“<sup>43</sup> aus der katholischen Kirche definiert – ganz in der Logik des neoliberalen Zeitgeistes – den Sozialstaat als Problem und singt das Loblied der Eigenverantwortung. Nach dem Text „Chancengerechte Gesellschaft“<sup>44</sup> sollen Katholiken gar Freiheit, Fortschritt und Reformen entdecken. Natürlich geht es um die ‚Freiheit‘, die in Gestalt von Bildung als Training in Flexibilität und Mobilität angebotenen Chancen zu nutzen. Reform und Fortschritt ist die Verabschiedung von der Verteilungsgerechtigkeit und dem Versprechen von ‚Wohlstand für alle‘. Wenn der Kapitalismus das nicht mehr hergibt, müssen wir darauf verzichten und uns – frei und reformfreudig – den Rahmenbedingungen der Krise anpassen. Dafür, dass Menschen immer wieder an der frei zu leistenden Anpassung scheitern, stehen eine „Kultur des Scheiterns“ und Kirchen mit ihren Kompetenzen bereit. Denn: „Gerade der christliche Glaube weiß um die Vielfalt menschlichen Versagens, aber ebenso um die immer wieder gegebene Möglichkeit des Neubeginns.“<sup>45</sup> Wenn damit auf die Botschaft von Kreuz und Auferstehung angespielt sein sollte, wäre das Kreuz mit der Erfahrung des Scheiterns und Auferstehung mit der Forderung immer wieder – und zwar eigenverantwortlich – neu aufstehen zu müssen, kurz geschlossen.

Auch die Verkündigung findet ihren Platz in marktkonformen Angeboten. Religiöse KundInnen – gestresst von der immer neu zu erbringenden Anpassungsleistungen an die vermeintlichen Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes, von immer neuen eigenverantwortlich zu leistenden Aufgaben, von immer neuen Krisenbewältigungen – suchen nach Entlastung und Entspannung. Sie sind zu haben in diversen religiösen Wellness-, Event- und Erlebnisangeboten. Kulturindustriell produzierte und warenförmig angebotene ‚Religion‘ reduziert sich selbst auf gesellschaftlich-ökonomische Funktionalität. Solche Angebote bedienen die Illusion ich-zentrierter Unmittelbarkeit in der Erfahrung von Entlastungen, verbergen aber konsequent die gesellschaftliche Vermittlung dessen, an dem Menschen leiden. Gefragt wird nicht nach Inhalten bzw. Wahrheiten, sondern nach Funktionalitäten. Wichtig ist nicht, ob das was angeboten ‚wahr‘ ist, sondern ob das Angebot dem nachfragenden Kunden ‚etwas bringt‘. Die Frage nach dem Wahrheitsgehalt einer religiösen Aussage oder Ausdrucksform ist durch die Frage nach ihrer Erfahrungs- und Erlebnisintensität ersetzt. Religiöse Angebote, die so ‚funktionieren‘, müssen konsequent reflexions- und theorie-/theologiefreudig sein; denn kritische Reflexion würde die gesellschaftliche Vermittlung solcher ‚Religion‘ erkennbar und das vermeintliche unmittelbare Erleben als illusionäre Mythologie erkennbar machen.

## Ist das der Platz, den der Messias seiner Kirche bereitet hat?

Dem Messias Jesus ging es um die Trennung von Ägypten bzw. von Rom, um Befreiung aus dem Sklavenhaus, nicht um etwas Entlastung im Sklavenhaus. Er war so solidarisch mit denen, die unter versklavender Herrschaft zu leiden hatten, dass er sich nicht mit etwas ‚Entlastung‘ zufrieden geben konnte. Weil er die Menschen in ihrem Leiden ernst nahm, statt sie nur zu beschwichtigen, ging er den Weg in die Konfrontation mit Herrschaft und Macht. Seelsorge, die Menschen in ihrer verzweifelten Suche nach Entlastung ernst nimmt, muss nach dem fragen, woran Menschen leiden und was sie nach ‚Entlastung‘ schreien lässt. Kirchen, die darauf verzichten, dienen nicht den Menschen, sondern ihrer eigenen Selbstbehauptung auf den religiös-esoterischen Märkten.

Dabei machen die Kirchen den ebenso lächerlichen wie verzweifelten Versuch mit der Wellness- und Eventindustrie eines Kapitalismus zu konkurrieren, der selbst zur Religion wird. Wenn der Kapitalismus zur Religion wird, verschmelzen in ihm Transzendenz und Immanenz. Transzendenz kann nicht instrumentell ‚produziert‘ und gleichsam als ‚Ware‘ für auf den Märkten der Esoterik nachfragenden Kunden angeboten werden.

Der Gott, bei dem der Messias Jesus ‚bleibt‘ und der bei ihm ‚bleibt‘, taugt nicht für den kleinen religiösen Hunger zwischendurch. Mit Gott und seinem Messias lassen sich nicht leichte und seichte Glücksangebote produzieren. Auf ihnen lastet eine Menschheit, die nach Befreiung aus dem Sklavenhaus schreit. Gottes geheimnisvoller Name – Ich werde ‚geschehen‘ als Retter und Befreier – enthält nicht weniger als die Verheißung, mitzugehen auf Wegen der Befreiung. Diese Wege markieren Trennungen von den Sklavenhäusern Ägyptens, Babylons, Griechenlands, Roms und auch von der heutigen durch die Verwertungszwänge des Kapitals konstituierten Herrschaft, unter der wir leiden.

Nur in der Differenz zwischen der Welt, wie sie ist, können die Kirchen bei Gott und seinem Messias ‚bleiben‘. Wenn im Kapitalismus Transzendenz und Immanenz verschmelzen, dann wird letztlich der Kapitalismus nicht zur Religion, sondern markiert das „Ende der Religion“. Kirchen, die auf kapitalismuskonforme soziale und religiöse Strategien der Selbstbehauptung setzen, bereiten letztlich ihrem eigenen Ende den Weg.

## Der Platz, den der Messias bereitet...

Da wäre es klüger und zugleich wahrhaftiger, bei dem Platz zu bleiben, den der Messias seiner Kirche bereitet hat: dem Platz an der Seite derer, die gekreuzigt und verwundet werden, die nach Rettung und Befreiung Schreien. Die nicht instrumentalisierbare Transzendenz seines Gottes wird erahnbar im Überschreiten von Grenzen, von den Grenzen Ägyptens, über Rom bis hin zu dem Überschreiten der Grenzen, die eine abstrakte Herrschaft der Kapitalverwertung setzt. Im Überschreiten der

immanenten Grenzen, also der Grenzen ‚im Diesseits‘, bricht die Frage nach Gerechtigkeit für die Opfer von Unrecht und Gewalt als Frage nach Transzendenz auf und damit als eine Frage, die über die immanenten Grenzen der Geschichte hinaustreibt. Angesichts des unumkehrbaren Schicksals der Opfer wird die Frage unausweichlich, ob denn das der ‚Gang der Geschichte‘ sei, dass Unterdrückung und Gewalt über das Leben so vieler und letztlich der Tod über alle triumphiert. Nur eine unverfügbare Hoffnung, die sich nicht ‚marktkonform‘ produzieren und anbieten lässt, kann so tief und so weit reichen, dass sie Möglichkeiten einer Rettung entdeckt, die Grenzen geschichtlicher Herrschaft, aber auch die Grenzen von Natur, von Raum und Zeit überwindet.

Der Platz, den der von Gott auferweckte Gekreuzigte seiner Kirche bereitet und angewiesen hat, verhindert, dass das, was die Kirche ausmacht – die entschiedene Solidarität mit den Opfern der Herrschaft, die Treue zum Mysterium Gottes und seinem Messias, die daraus erwachsende Widerstandskraft und die Größe der Hoffnung – in blindem Konformismus und religiöser Banalität erstickt werden. Was als erfolgreiche Selbstbehauptung in der religiösen Konkurrenz erscheint, wäre daran gemessen Selbstentleerung und Selbstaufgabe.

### Was wir an den Kirchen haben ...

Bei aller Kritik am Anpassungskurs der Kirchen wissen wir im Netz durchaus, was wir an den Kirchen ‚haben‘. Ohne sie hätten wir keine Ahnung von Gott und seinem Messias. Wir verdanken ihnen die ‚Übergabe‘ der ‚Großen Erzählung‘ von der Befreiung, voll Widerstandskraft und Hoffnung. Ohne die Kirchen würde ein Platz fehlen, an dem diese Erinnerung – trotz und in aller Widersprüchlichkeit – lebendig ist. Es würde ein Raum fehlen, an dem wir uns unterbrechen lassen können von der unsere Gesellschaft beherrschenden Logik der Verwertung, wo wenigstens noch eine Ahnung davon spürbar ist, dass Menschen nicht zu ‚verwerten‘ sind. Für eine solche Ahnung stehen Worte wie Gnade und Barmherzigkeit, Nächstenliebe und Gerechtigkeit, Recht auf Leben und Anerkennung für alle Menschenschwestern ... – selbst dann, wenn sie sich nicht mit kritischer Reflexion verbinden. Mit ihrer Tradition schaffen die Kirchen eine Verbindung zu den Menschen, die vor uns gelebt haben, zu ihren Schreien, zu ihren unerfüllten Sehnsüchten

und Hoffnungen, zu ihren Gebeten und Liedern, zu einer Geschichte, in der niemand allein ist und die Toten nicht aus dem Gedächtnis verbannt sind. In ihr ist die Hoffnung lebendig, dass auch für die Toten das ‚letzte Wort‘ noch nicht gesprochen ist. Wo ernsthaft von Gott und seinem Reich gesprochen und die Sehnsucht danach wach gehalten wird, wird die Geschichte offen gehalten und ein Horizont eröffnet, der erahnen lässt, dass Menschen dem Zugriff von Macht und ihrer Instrumentalisierung entzogen sind. Dies ist ein Ort, an dem unterschieden werden kann zwischen dem, was ist, und dem, was sein könnte.

Die Kirchen sind auf dem Weg, sich der Logik des Kapitalismus anzupassen, aber sie gehen nicht darin auf. Genau dies verhindert das Evangelium, das sie überliefern und von dem sie nicht lassen können. Damit überliefern sie das Pulverfass einer Kritik, die sie selbst in Frage stellt und herausfordert, und zugleich die Wurzel und den Horizont einer Hoffnung, die widerständig und rebellisch macht, die dazu ermutigt, mit der Auferweckung des gekreuzigten Messias als Zeichen für Gottes Aufstand für das Leben und gegen die Vernichtungsdynamik des Kapitalismus aufzustehen. **Herbert Böttcher**

### Anmerkungen

- 1) Carl Amery: Global Exit. Die Kirchen und der Totale Markt, München 2002.
- 2) Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, München 2/2008. Kommentar hierzu: Ökumenisches Netz: Eine parteiliche Stellungnahme des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar e.V. im ökumenischen Globalisierungsdiskurs, 2009, [http://www.oekumenisches-netz.de/OekuNetz\\_zu\\_EKD\\_Denkschrift\\_Unternehmer.pdf](http://www.oekumenisches-netz.de/OekuNetz_zu_EKD_Denkschrift_Unternehmer.pdf).
- 3) Die deutschen Bischöfe: Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik, Bonn 2003. Kommentar hierzu: Herbert Böttcher: Katholische Bischöfe auf Reformkurs. Das ‚Soziale‘ wird neu gedacht und der neoliberale Kapitalismus erhält den Segen. Ein Kirchenpapier mit gewünschter Eindeutigkeit, in: Netz-Telegramm 1/2004, 5-6, <http://www.oekumenisches-netz.de/netztelegramm.html>.
- 4) Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen: Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung, Bonn 2011. Kommentar hierzu: Herbert Böttcher: Chancengerechte Gesellschaft. Eine der Krise des Kapitalismus angepasste Katholische Soziallehre, in: Netz-Telegramm 2/2011, 3-4, <http://www.oekumenisches-netz.de/NT11-02.pdf>.
- 5) Ebd., 23.

# 1998

„Politische Gestaltung muss Vorrang vor ökonomischen Einzelinteressen bekommen!“

Erklärung des Ökumenischen Netzes

„Für einen wirtschaftlichen und politischen Neuanfang“

Leitartikel Netztelegramm



# Die Kapitalismuskritik des Netzes ist ergänzungsbedürftig!

## Kritische Anmerkungen aus feministischer Perspektive

Das Ökumenische Netz denkt und handelt aus der Empfindsamkeit für das Leiden von Menschen. Dies treibt zu einer radikalen Kapitalismuskritik. Sie lässt das Leiden von Menschen als gesellschaftliches Leiden sichtbar werden, mit dem Ziel, diesem Leiden im und am Kapitalismus ein Ende zu bereiten. Diese Orientierung hat zu einer Entwicklung von der Marktkritik hin zur Wertkritik geführt.

Die Dynamik des Kapitalismus ist allein aus der Logik des Werts nicht verstehbar. Denn auch im Kapitalismus müssen Kinder erzogen, Haushaltstätigkeiten und Pflegetätigkeiten verrichtet werden. Der Bereich der Produktion ist nicht ohne den Bereich der Reproduktion zu haben. Es findet „eine geschlechtsspezifische Abspaltung“ (Scholz 2000, 18) statt, „die mit dem Wert dialektisch vermittelt ist. Das Abgespaltene ist kein bloßes ‚Subsystem‘ dieser Form [...], sondern wesentlich und konstitutiv für das gesellschaftliche Gesamtverhältnis. [...] Die Abspaltung ist der Wert und der Wert ist die Abspaltung“ (ebd.). Das Verhältnis von Wert und Abspaltung ist zugleich der verschwiegene Hintergrund der Werbewegung. Das Abgespaltene „stellt das Verschwiegene der Theorie selbst dar und kann deswegen nicht mit dem Instrumentarium der Wertkritik erfasst werden“ (ebd.).

Der abgespaltene Bereich erfährt zudem eine Abwertung, die mit einer strukturellen Abwertung der Frau einhergeht, da sie mit den abgespaltenen, abgewerteten Tätigkeiten in Verbindung gesetzt wird. Der Frau werden aber nicht nur die abgespaltenen Tätigkeiten zugeschrieben, sondern auch Gefühle und Eigenschaften wie Sinnlichkeit, Emotionalität, aber auch Verstandes- und Charakterschwäche.

Das männliche Aufklärungssubjekt ist dagegen geprägt von (Durchsetzungs-)Kraft, Intellekt und Charakterstärke. Der Mann ist dazu aufgefordert, die Natur zu beherrschen, indem er sie in Kultur umwandelt. Die Frau dagegen wird mit Natur kurzgeschlossen. Naturbeherrschung und die Beherrschung des Weiblichen bedingen sich gegenseitig (vgl. Scheich 1993). Frauenunterdrückung, die Marginalisierung des Weiblichen und die damit einhergehende Vernachlässigung des Sozialen und der Natur gehört somit zum verschwiegenen Hintergrund des warenproduzierenden Patriarchats (vgl. Scholz 2000, 110f).

## Zur ‚Verinnerlichung‘ von Wert und Abspaltung

Das Verschweigen, Verleugnen und Verdrängen des Zusammenhangs von Wert und Abspaltung verweist darauf, dass dieser sich in Tiefenschichten abgelagert hat und als ‚androzentrisches‘ gesellschaftliches Unbewusstes<sup>1</sup> (vgl. ebd., 111) wirkt. Der Zwang, der sich aus der Dynamik von Wert und Abspaltung ergibt, bleibt nicht äußerlich. Das Denken, Fühlen und Handeln von Menschen ist zunächst auch von einer für den Kapitalismus spezifischen Geschlechtlichkeit geprägt, ob dies nun den AkteurInnen bewusst ist oder nicht. Die verschiedenen einzunehmenden Rollen bedeuten auch, dass Frauen und Männer unterschiedliche Konflikte auszuhalten und zu bearbeiten haben. Freilich ist immer zu beachten, dass weder Männer noch Frauen in der ihnen zugeschriebenen Form gänzlich aufgehen. Dennoch ist im Kapitalismus von einem Zwang auszugehen, eine bestimmte geschlechtliche Identität ausbilden zu müssen. Und ebenso ist zu beachten, dass Frauen strukturell benachteiligt, ausgegrenzt und diskriminiert werden. Insofern ist diesem Leiden ein besonderer Platz einzuräumen, zumal gerade ‚weibliches Leiden‘ in an-

drozentrisch geprägten Denk- und Handlungsformen kaum Artikulationsmöglichkeiten findet.

Häufig ist zu beobachten, dass gerade in Krisensituationen Frauen als Retterinnen imaginiert werden. Sie sollen gegen soziale Kälte ihre ‚mütterliche Wärme‘ ins Spiel bringen, um so Zusammenhalt zu stiften. Solch männliche Rettungsphantasien stellen nur die eine Seite des in die Frau projizierten Bildes dar. Die andere Seite der ‚Heiligen‘ ist die ‚Hure‘. Das Abgespaltene ist eben gerade die Kehrseite des Werts. Gerade weil das ‚Weibliche‘ als das Abgespaltene, das Marginalisierte im Kapitalismus darstellt, ist es verfehlt, diese Weiblichkeit gegen den Kapitalismus anzurufen. Die „Wert-Abspaltung als Formprinzip im Sinne eines gesellschaftlichen Wesens [...], das die Gesellschaft auf grundlegende Weise als Ganzes strukturiert“, muss „als solche kritisiert und prinzipiell in Frage gestellt werden“ (ebd., 108). Eine radikale Kapitalismuskritik kann damit nur die Aufhebung von Wert-Abspaltung als Formprinzip zum Ziel haben.

## Anfragen an das Netz

Im Ökumenischen Netzes ist die Kritik des Kapitalismus als Kritik an einem patriarchalen System bisher zwar in wenigen Praxisfeldern wie der CCC-Arbeit, nicht aber in den theoretischen Auseinandersetzungen vorgekommen. Hier wäre selbstkritisch zu fragen, warum die Abspaltung des Weiblichen eher ein ‚blinder Fleck‘ geblieben ist. Gerade dann, wenn das für Leiden von Menschen der Ausgangspunkt des Denkens ist, drängt sich doch die Frage auf, warum Frauen trotz aller Bekundungen von Gleichstellung strukturell benachteiligt bleiben, sie in der Postmoderne ‚doppelt vergesellschaftet‘, d.h. sowohl für das Einkommen als auch für die Kindererziehung zuständig sind und alltäglich Opfer von Sexismen und männlichen Übergriffen werden.

Vor diesem Hintergrund müsste auch das männliche Subjekt in den Blick genommen werden. Die Form Subjekt ist strukturell männlich, weiß und westlich. Subjektivität, das heißt die Art und Weise, wie Menschen im Kapitalismus zu fühlen, zu denken und zu handeln gelernt haben, ist geschlechtlich geprägt. Das Fühlen, Denken und Handeln von Menschen ist nicht unabhängig vom Gesellschaftlichen. Und da das Gesellschaftliche von der Wert-Abspaltung als Formprinzip bestimmt ist, kann dieses Fühlen, Denken und Handeln nicht ‚geschlechtsneutral‘ sein, sondern ist immer auch geschlechtsspezifisch geprägt.

Mit der Frage, warum die ‚Abspaltung des Weiblichen‘ im Ökumenischen Netz einen ‚blinden Fleck‘ bildet, müsste ein Schritt auf unsicheres Gelände gewagt werden. Es müsste die eigene Verfasstheit in den Blick genommen und gefragt werden, an welchen Stellen männliche Denk- und Handlungswei-

sen reproduziert werden. Eine solche Auseinandersetzung dürfte nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern in Auseinandersetzung mit der Frage, wie Menschen gelernt haben, eine kapitalistische Gesellschaft zu verarbeiten. Es käme also darauf an, nicht nur das Leiden von Menschen als gesellschaftlich vermitteltes Leiden sichtbar zu machen, sondern auch seine ‚subjektiven‘ Verarbeitungsweisen zu reflektieren und dabei zu berücksichtigen, dass diese zunächst männliche Verarbeitungsweisen sind.

Dabei wäre zu fragen, welche Konflikte Frauen verarbeiten müssen und welche Formen der Verarbeitung ihnen zur Verfügung stehen. Wenn es darum geht, verstehen zu wollen, warum Menschen sich im Kapitalismus rassistisch, sexistisch, antisemitisch und antiziganistisch verhalten oder es eben auch nicht tun, warum Menschen Amok laufen oder eben auch nicht, warum Menschen sich mit dem Kapitalismus als Herrschafts- und Unrechtssystem auseinandersetzen oder warum sie es eben auch nicht tun, ist die Frage nach dem ‚Subjektiven‘ und damit eben auch nach der ‚Abspaltung des Weiblichen‘ zentral. Wenn diese Zusammenhänge ausgeklammert werden, droht Kapitalismuskritik in eine deterministisch-objektivistische ‚Schieflage‘ zu geraten.

Nicht nur im Blick auf das ‚Subjektive‘, also auf Fühlen, Denken und Handeln von Menschen ist die Thematik der ‚Abspaltung des Weiblichen‘ wesentlich. ‚Abspaltung‘ ist zugleich als Form bildendes Moment, eben als Wert-Abspaltung, zu verstehen. Ohne Reflexion der ‚Abspaltung‘ kann die Dynamik des Kapitalismus nicht angemessen erfasst werden. Entsprechend ist auch die immanente Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nicht nur der Wertlogik geschuldet, sondern der Dialektik von Wert und Abspaltung. Abstrakte Arbeit und Hausarbeit bedingen sich gegenseitig. Damit bestimmt sich der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang nicht einfach „aus der fetischistischen Selbstbewegung des Geldes und dem Selbstzweckcharakter der abstrakten Arbeit“ (Scholz 1999), sondern „grundsätzlich gleichursprünglich“ (Scholz 2000, 18) aus Wert und Abspaltung.

**Elisabeth Böttcher**

Redakteurin der Zeitschrift EXIT!

## Anmerkung

1) Androzentrismus ist ein Weltbild, in dem Männer im Zentrum stehen.

## Literatur

Scheich, Elvira: Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Denkformen und Phantasmen der modernen Naturwissenschaften, Pfaffenweiler 1993.

Scholz, Roswitha: Wert und Geschlechterverhältnis, in: Streifzüge 2/1999.

Scholz, Roswitha: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats, Bad Honnef 2000.

# 1998

„Die Verfassung der vereinigten Weltwirtschaft!  
Das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI)“





# Die Entstehung des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Von der „Initiative für eine ökumenische Vernetzung im südlichen Rheinland, Trier – Koblenz“ zum „Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald“

Das Stichwort „Vernetzung“ spielte schon vor 25 Jahren eine große Rolle, auch ohne WorldWideWeb, E-Mail und PC an jedem Arbeitsplatz. Anstöße zur Zusammenarbeit der verschiedensten Gruppen, die zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung arbeiteten, gab es auf Weltversammlungen, Ökumenischen Basisversammlungen in Lateinamerika, Asien und Europa sowie in Deutschland.

Die Bandbreite des Engagements in beiden großen Kirchen ging von der Friedensfrage, im Mittelpunkt bei uns die Stationierung der die Welt bedrohenden atomaren Waffen im Hunsrück, über die Solidaritätsarbeit mit dem Befreiungskampf der südafrikanischen schwarzen Bevölkerung gegen die Apartheid, und das Bestreben mit dem Alternativen Handel in „Dritte-Welt-Läden“ und „Eine-Welt-Läden“, bis zur Bewahrung unserer Schöpfung durch Energiesparmaßnahmen, Müllvermeidung und alternative Landwirtschaft.

Dementsprechend waren dann auch die Themen und Foren auf der Ökumenischen Versammlung „500 Jahre Kolonialismus und WIR zwischen Wohl und Widerstand“ in Bad Kreuznach vom 23. bis 25. Oktober 1992, die man als Geburtsstunde des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar ansehen kann, gesetzt.

300 TeilnehmerInnen arbeiteten in 20 Gruppen

## in den Themenzentren:

- Gerechtigkeit
- Frauen
- Umwelt
- Frieden und Fremde

## und in sechs Foren:

- Konversion – vom militärischen zum zivilen Nutzen
- Ökologiegerechte Landwirtschaft
- Gerechtigkeit den Armen
- Frauen im weltweiten Dialog
- Fremde bei uns
- Leben und Arbeiten in der Region

Vorausgegangen war eine intensive kritische Beschäftigung im Initiativkreis, in dem viele Personen als GruppenvertreterInnen mitgearbeitet haben, die auch heute noch im Netz zusammen geschlossen sind, mit der Kolonialgeschichte anlässlich der weltweit begangenen Feiern zu „500 Jahre Entdeckung Amerikas“. Die kritische Sichtweise der Kolonialgeschichte und Erkenntnis, dass die Ausbeutung der Südhälfte unserer Erde als Basis für unseren „Fortschritt und Wohlstand“ gedient hat und noch heute ausgebeutet wird, standen am Anfang der bereichernden inhaltlichen Arbeit im Netz.

Die Erkenntnis, dass unser bescheidener Widerstand auch eigene Strukturen braucht, führte schließlich zur Vereinsgründung des „Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald“ am 30.10.1993 im Missionshaus in Wittlich Wengerohr. Erster Vorsitzender wurde Wolfgang Meyer, damals Vorsitzender des BDKJ Diözesanverbandes Trier und für mich, wie ein Wink des Himmels, erklärte sich Dietrich Polster, Vertreter des Ausschusses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung des Kirchenkreises An Nahe und Glan, bereit, das Amt des Schatzmeisters des noch auf sehr schmalem Budget stehenden Vereins zu übernehmen.

In den ersten Jahren bildete der Zuschuss des ABP, Förderinstrument der Protestanten für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland, und die Gruppenberatung der Weltläden das finanzielle Rückgrat. Erst langsam kam es durch beharrliches Werben vieler in ihren Institutionen, aber vor allem durch viel Klinkenputzen von Dietrich Polster, zu mehr Mitgliedern und mehr Zuschüssen für unser Netz.

Die Beschäftigung mit und die Unterstützung der Weltladenbewegung führte schließlich auch dazu, dass noch eine weitere Stelle in Trier bei der Arbeitsgemeinschaft Frieden (AGF) eingerichtet werden konnte. Monika Gramse hat hier die Weltläden, Aktionsgruppen und Schulen in der Region um Trier bis ins Saarland zum Fairen Handel betreut und beraten. Sie hat das Ökumenische Netz in den bundesweiten Zusammenschlüssen zur Gruppenberatung und zum Fairen Handel vertreten, Impulse von der Basis an die Fair-Handelsorganisationen getragen, aber auch Anstöße zur Professionalisierung weiter gegeben, die meistens zur Erzielung von mehr Umsatz beitrugen. In diese Zeit fiel auch die Gründung der Siegelorganisation Transfair, die wesentlich zur Ausweitung des Fairen Handels in die Supermärkte beigetragen hat. Die kritische Auseinandersetzung mit diesem Ansatz des Fairen Handels, hier das stichhaltige Argument Alibi- und Promotionsfunktion für die (Kaffee-)Konzerne zu liefern und immer weniger Informationsarbeit und Bewusstseinsänderungen zum Ziel zu haben, führte schließlich später dazu, dass das Netz ganz aus diesem Arbeitsbereich ausstieg.

Neben den lokalen und regionalen Ereignissen, Konversion des Flughafens Hahn, Heilig Rock Wallfahrt, Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kosovo und Serbien, Seminaren und Tagungen zur Wirtschaftsform und Aktionswochen zu Afrika sind mir noch deutlich die gesamtdeutschen Ökumenischen Versammlungen in Erinnerung, die sich im Wesentlichen mit der Frage nach Alternativen für ein ökonomisches System befassen, das weltweite Gerechtigkeit schaffen soll.

Es ging 1991 mit der ersten gesamtdeutschen Ökumenischen Versammlung unter dem Motto „Einheit die WIR meinen“ los. Neben der Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der Versammlung war das Netz an der vorgeschalteten Workshopwoche zum Dialog über die zukünftige Wirtschaftsweise zwischen Basisgruppen Ost- und West-Deutschlands beteiligt. Etliche Impulse aus einer kritischen Gesellschaftsanalyse konnten in Übereinstimmung mit den Menschen aus der Basisbewegung in der ehemaligen DDR gemeinsam entwickelt werden. Später wurden viele Forderungen durch den rasanten wirtschaftlichen Vereinnahmungsprozess durch den Westen zunichte gemacht.

„Vom 21. bis 24. Juni 2007 waren wir auf einer Wallfahrt unterwegs nach Mainz und Frankfurt. [...] Im Dom wollten wir eines unserer aufmüpfigen Lieder singen, kamen auch bis rein, rollten auch noch unsere Transparente unter den strengen Augen einiger Besucher auseinander ... aber als wir unsere Stimmen gefunden und so richtig ans Singen kamen, entriss uns der „Domschweizer“ unsere Transparente und schmiss uns aus den heiligen Hallen.“

„Unser Wirtschaftssystem wider Gottes Geist? Versöhnung braucht eine radikal veränderte Wirtschaftsweise“ war die Überschrift für die Basisversammlung im Augustinerkloster 1996, die zur Vorbereitung der 2. Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz diente. Die Versammlung forderte eine Umverteilung von Macht, Arbeit und Eigentum und die volle Partizipation und Kontrolle an wirtschaftlichen Prozessen durch die Basis. Leider sind diese Positionen auf dem Weg nach Graz auf der Strecke geblieben.

Wir führten auch die Auseinandersetzung, den Diskurs mit kirchenleitenden Menschen aus der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) in mehreren Konsultationen: 1994 in Bonn, 1998 in Koblenz und 2002 in Bendorf. Das erste Treffen war sehr beschwerlich, zur Festlegung der Tagesordnung und des Tagungsortes wurden alleine sechs Treffen eines kleinen Vorbereitungskreises benötigt und dabei hatten die inhaltlichen Kontroversen noch gar nicht im Mittelpunkt gestanden. Es ging um die Stellungnahme zum Militärseelsorgevertrag, die Geldanlagen der Landeskirche, das Umwelthandeln im ‚Unternehmen‘ Kirche und die Unterstützung ziviler Friedensdienste.

Auch wenn das Eintreten für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in die Kirchenordnung der EKiR übernommen worden ist, würde ich der Einschätzung von Präses Schneider, die er anlässlich der 33. Friedenskonsultation in Königswinter 2012 gegeben hat, dass nämlich der „Konziliare Prozess“ in der Kirche angekommen ist und durch die personelle Besetzung von kirchenleitenden Positionen mit ehemals friedenspolitisch Aktiven auch eine konziliare Kraft in der Institution Kirche gewonnen hat, nicht unwidersprochen zustimmen.

Nach wie vor erwarten und fordern wir klarere Stellungnahmen und eindeutiges Handeln zu den strittigen Fragen von unseren Kirchen, z.B. zur Einflussnahme der Bundeswehr auf die Erziehung unserer Kinder in Schulen, zum Zinssystem und der Kapitalmarktkrise bis hin zum eigenen Geldanlageverhalten oder dem Rüstungsexport sowie dem weltweiten Einsatz der Bundeswehr und der Beteiligung an Kriegen.

**Ulrich Suppus**

Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche im Rheinland





# Das Ganze verändern. 15 Jahre im und mit dem Ökumenischen Netz

Als ich im März 1996 als Nachfolgerin von Uli Suppus zum Ökumenischen Netz kam, waren die grundlegenden Strukturen für die weitere Arbeit bereits geklärt: Neben den etwas mehr als 100 Mitgliedern (Organisationen und Einzelpersonen) bestanden diese Strukturen aus dem Vorstand, jährlichen Netz- und Mitgliederversammlungen, aus dem 2-4 mal pro Jahr erscheinenden Netz-Telegramm sowie aus dem alle 4-6 Wochen stattfindenden Arbeitskreis „Theologie und Kolonialismus“ (später „Theologie und Politik“).

Das Netz war noch sehr jung, doch die ökumenische Bewegung insgesamt schien allmählich an Schwung zu verlieren. Wie lange das Netz als lebendige Initiative mit einer stabilen Mitgliederzahl und ausreichender Finanzierung existieren würde, war nicht ausgemacht. Doch während andere Vernetzungen starke Schwankungen in ihren Aktivitäten erlebten und sich zum Teil auflösten, blieb das Netz ein stabiler Zusammenschluss, der die politische und ökumenische Arbeit nach wie vor bereichert. Dass das Netz nun schon 20 Jahre existiert, ist eine Erfolgsgeschichte, für die ich vor allem drei Gründe, die zugleich auch Gratwanderungen sind, sehe: Ein klares inhaltliches Profil, viele Menschen, die sich auf vielfältige, nicht immer sichtbare Weise in das Netz einbringen, und der Versuch des Spagats zwischen radikaler Kritik und konkreten Kampagnen und Aktionen.

## Die Entwicklung der inhaltlichen Debatte

Trotz allen Engagements für eine menschenwürdige Welt machte sich im Laufe der 1990er Jahre bei vielen im Netz Ernüchterung breit: Abgesehen von punktuellen Erfolgen konnten humane und ökologische Perspektiven nicht nur nicht durchgesetzt werden. Im Gegenteil: Die „erfolgreiche“ Gründung der Welthandelsorganisation im Jahr 1995 machte augenfällig, dass das Projekt der neoliberalen Globalisierung eine zuvor kaum vorstellbare Durchsetzungsmacht entfaltete. Jeder kleine Schritt, der „unten“ in eine menschenwürdigere Welt getan wurde, wurde durch viele große Schritte von „oben“ in Richtung soziale Spaltung, globale Herrschaft und ökologische Zerstörung konterkariert. Die zunehmende Verarmung in den

klassischen Industrienationen, die Globalisierung des sozialen Wettlaufs nach unten, der wachsende Druck auf Flüchtlinge und Arbeitslose, das zeitgleiche Anwachsen des Reichtums in den Händen Weniger – diese Entwicklungen zeigten, dass längst nicht mehr der „reiche Norden“ das Entwicklungsmodell des Südens war, sondern umgekehrt die Gesellschaften des Nordens Stück für Stück nach dem Leitbild des armen Südens umstrukturiert wurden. Dieses umgekehrte Entwicklungsparadigma forderte das Netz heraus, intensiver über die strukturellen Zusammenhänge von Armut und Reichtum in Nord und Süd nachzudenken.

Dieses Nachdenken fand im AK Theologie und Politik sowie im Netzvorstand statt. Beide Gremien trugen entscheidend dazu bei, die Analysen und Diskussionen für die Netzversammlungen aufzubereiten, im Netz-Telegramm für eine breitere Leserschaft zugänglich zu machen und schließlich die Erklärungen vorzubereiten, die den jeweiligen Diskussionsstand festhielten und zur politischen Positionierung beitrugen.

Das zehnjährige Netzjubiläum Ende 2002 schließlich stand unter dem Titel „Jenseits von Markt und Staat – Perspektiven von Solidaritätsarbeit in Zeiten der Globalisierung“. Eine wirkliche Perspektive für Solidaritätsarbeit, so die Erkenntnis im Netz, entsteht mit der Überwindung der Vereinzelung von Kampagnenarbeit und des mit Kampagnenarbeit verbundenen verzweifelten Bemühens um „Anschluss- und Politikfähigkeit“ und der Hinwendung zu einer „Gesamt- bzw. Systemkritik“.

Diese Hinwendung zu einer Kritik am „Ganzen“ bedeutete jedoch nicht das Ende konkreter Kampagnenarbeit, denn auch weiterhin war und ist das Ökumenische Netz aktiv z.B. in der Kampagne für Saubere Kleidung und unterstützte die Kampagne Erlassjahr 2000. Aber diese „neue“ Perspektive bettete die konkrete Kampagnenarbeit in eine größere Analyse ein, die in einem über fast zwei Jahre laufenden Diskussionsprozess unter Einbindung zahlreicher Mitglieder in der Erklärung „Das Ganze verändern“ mündete. Als Perspektive für die weitere Netzarbeit formulierte das Papier zum einen den Einsatz für Veränderungen in Richtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, die jetzt schon möglich sind, zum anderen aber auch die Arbeit an einer Welt „jenseits“ der Unterwerfung unter die Verwertungslogik des Kapitals. Wichtig für diesen Diskussionsprozess war die Initiierung lokaler Sozialforum-Prozesse in unserer Region (Koblenz und Saarbrücken, phasenweise auch Trier) durch das Netz und die Beteiligung am Europäischen Sozialforum in Paris im Jahr 2003 und an verschiedenen Sozialforen in Deutschland.

### Menschen, die sich einbringen

Viele Menschen haben in den vergangenen Jahren das Netz mitgestaltet und geprägt: Zu den stärker sichtbaren gehören die Vorstandsmitglieder, die Mitglieder des AK Theologie und Politik oder die Hauptamtlichen. Im Hintergrund oder als Brückenbauende zu anderen Organisationen und Handlungsfeldern machen aber viel mehr Menschen das Netz aus:

Die Website des Netzes, das Layout des Netz-Telegramms, die Unterstützung bei der Einrichtung der Telefonanlage oder der Bürorenovierung – in all diesen Dingen erfuhr das Netzbüro Unterstützung durch Ehrenamtliche.

Die Menschen, die mit ihrem Engagement das Netz mit anderen ökumenischen Gruppen und Verbänden verbinden oder das Engagement vieler Menschen im Fairen Handel oder anderen Handlungsfeldern, die sich mit ihren Fragen und Erfahrungen in das Netz einbringen – sie tragen dazu bei, dass sich die Analyse im Netz immer wieder mit realpolitischen Fragen und Reformvorschlägen auseinandersetzt. Durch ihre Verbundenheit mit dem Netz und ihr Engagement in anderen Gruppen tragen sie die inhaltlichen Debatten des Netzes weit über die eigentliche Vereinsstruktur hinaus.

Dass das Netz in den letzten Jahren sehr unterschiedliche Menschen und Gruppen erreichen und vernetzen konnte, hat eine wichtige Voraussetzung: den achtungsvollen Umgang miteinander. Dieser gelingt leider nicht immer (womit das Netz aber nicht alleine steht) und ist deshalb eine bleibende Herausforderung.

### Der Spagat zwischen Realpolitik und radikaler Kritik

In der Entwicklung der Themen von Erklärungen, Netzversammlungen und den Leitartikeln im Netz-Telegramm wird augenfällig, dass sich die Diskussionen im Netz in den letzten Jahren zunehmend auf die Kritik des kapitalistischen Verwertungsprozesses konzentriert haben. Im Licht dieses Prozesses werden die verschiedenen Phänomene wie Rüstungswettläufe, Agieren und Rolle des Staates, Migration und Flucht etc. interpretiert. Zugleich arbeitet das Netz in realpolitischen Zusammenhängen wie dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Rheinland-Pfalz (ELAN), dessen Gründungsmitglied das Netz ist, oder dem Bündnis zur rheinland-pfälzischen Chinapartnerschaft „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards“ (AK) mit. Viele Netzmitglieder unterstützen auch die Idee eines Grundeinkommens oder beteiligen sich, unterstützt durch das Netzbüro, an Petitionen oder Unterschriftenaktionen, aber auch an Formen zivilen Ungehorsams – sei es in Büchel, an der US-Airbase in Frankfurt oder im Protest gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm. Diese Verquickung von „großer Kritik“ und „kleinen Schritten“ bedeutet eine permanente Spannung, die auch zu zum Teil heftigen Disputen führen kann. Die Rolle des Netzbüros sehe ich dabei in einer vermittelnden Funktion: Die inhaltliche Debatte mit vorantreiben und zugleich in Alltagssprache übersetzen und für möglichst viele Menschen und Gruppen im Netz und übers Netz hinaus zugänglich zu machen auf der einen Seite – die gewonnenen Erkenntnisse in das Klein-Klein politischer Arbeit und Bündnisse einbringen auf der anderen Seite.

Es bleibt die Herausforderung für uns alle, die Kritik am kapitalistischen Verwertungsprozess nicht nur zu vermitteln, sondern diesen durch intensive Arbeit an systemüberschreitenden Alternativen zu überwinden helfen.

**Dr. Sabine Ferenschild**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts SÜDWIND

# 1998

„Kampagne Erlassjahr 2000:  
Entwicklung braucht Entschuldung“

„Die weiße Rasse unter Waffen“ –  
Kernpunkte des neuen strategischen NATO-  
Grundsatzdokuments

Leitartikel Netztelegramme

„Alte Schulden rosten nicht“

Kampagnenpapier

„Erlaßjahr 2000“

Netzversammlung



# Steg – Sozialtherapeutische Einrichtung für Suchtkranke

Im Ökumenischen Netz ist auch der Verein Steg sowie einige Vorstandsmitglieder dieses Vereins sehr aktiv. Sie setzen sich täglich mit menschlichen Schicksalen und den sozialen Problemen in Koblenz auseinander und finden im Netz einen Ort, um sich einerseits mit Gleichgesinnten zu vernetzen und andererseits diese Erfahrungen gemeinsam zu reflektieren. An dieser Stelle sind Ereignisse aus Koblenz und dem Vereinsleben des Stegs in chronologischer Form von Annemarie Stubbe und Peter Weinowski (Vorsitzende des Stegs und Vorstandsmitglieder im Netz) aufgelistet.

Gründung am 5. März 1990 mit 18 Mitgliedern.

## Unser Antrieb:

Wir erfuhren als Angehörige oder selbst Betroffene Hilfe durch den Leiter der PSBB (Psychosoziale Beratungs- und Behandlungsstelle), Herrn Egbert Wisser, und wir wollten die erfahrene Solidarität an Menschen weitergeben, die auch von dieser Krankheit betroffen waren.

Der Steg stellt zurzeit Wohnplätze für 18 suchtkranke Menschen zur Verfügung und beschäftigt einen Sozialarbeiter mit einer Vollzeitstelle. Die halbe Stelle für das Ottmar-Bernauer-Haus und die 6 Wohnplätze dort wurden bisher nicht anerkannt und müssen aus eigenen Mitteln finanziert werden!

## Blitzlichter:

*Rhein-Zeitung vom 9. August 1990*

### Alkoholkranken beim „Trockenbleiben“ helfen

Der Förderverein besteht seit dem 5. März. Schon jetzt hat er 50 Mitglieder.

*Rhein-Zeitung vom 19. April 1994*

### Nach Sieg über Sucht ohne Arbeit und Bude

Schätzungsweise 4.000 Menschen in Koblenz und 5.000 in der Region seien suchtkrank, so PSBB-Leiter Egbert Wisser.

*Rhein-Zeitung vom 21. April 1998*

### Schlechte Perspektiven für Suchtkranke

Möglichkeiten der Wiedereingliederung sind geringer geworden. Den Sozialschwachen bläst ein kalter Wind ins Gesicht. In Koblenz gibt es zehn Prozent arme Menschen.

8. Januar 1999 – Einweihung des „Ottmar-Bernauer-Hauses“.

*Rhein-Zeitung vom 12. Januar 1999*

### Dieses Haus ist ein Rettungsanker

Fünf – später sechs – Wohnplätze für Suchtkranke wurden im Ottmar-Bernauer-Haus in Metternich geschaffen. Bernauers Witwe Anneliese freute sich darüber, dass ihr verstorbener Mann Namensgeber für den „Rettungsanker“ ist.

Herr Bernauer war Arbeitstherapeut im Brüderkrankenhaus Saffig. Von dort kamen nach 6-wöchiger Entgiftung einige unserer WohnplatzbewohnerInnen.

12. Februar 1999 – Wir stellten fest, dass einige der BewohnerInnen, die zu uns kamen, in Verschuldung geraten waren. Um hier Hilfe leisten zu können, gründeten wir auf Vorschlag unseres Mentors Egbert Wisser einen Entschuldungsfonds. Hiermit konnten wir schon einigen Menschen aus der Patsche helfen.

14. Mai 2000 – Gedenkfeier und Einweihung der Grab-Patenschaftsstätte auf dem Zentralfriedhof in Koblenz.

Wir suchten ganz einfach nach einem Ort, wo wir verstorbener Suchtkranker oder auch anonym beerdigter Menschen gedenken konnten. Für uns ist nicht das Vergessen, sondern die Erinnerung ein „Weg ins Leben“. Mit unseren Überlegungen trafen wir bei einer neuen Werksleiterin des Friedhofsamtes auf offene Ohren. So wurden wir per „Patenschaftsurkunde“ zur Pflege einer wunderschönen alten Grabstätte im Eingangsbereich des Friedhofes in der Beatusstraße angehalten. Es ist aber auch Platz für zwei Erdgräber und acht Urnen. Dass der Tod „zum Leben gehört“ wurde uns durch den plötzlichen Tod eines Bewohners des Ottmar-Bernauer-Hauses bewusst. Dietmar Kohnhäuser wurde der erste „Bewohner“ unserer Grabstätte. Inzwischen ist sie mit sieben Urnen schon sehr „bevölkert“. In jedem Jahr am Totensonntag im November erinnern wir uns dieser und aller ausgegrenzten Menschen in einer Gedenkfeier.

Das Cafe „Ohne“ (Alkoholfreie Begegnungsstätte e.V.) wurde von ehemaligen Abhängigen und auch BewohnerInnen des „Betreuten Wohnens“ im September 1996 mit Hilfe von SozialarbeiterInnen der Beratungsstelle gegründet. Es wurde ein alkohol- und suchtmittelfreier Treff, in dem die Begegnung zwischen Suchtkranken, Angehörigen, Freunden, Interessierten, Jungen und Alten ermöglicht und gefördert wurde.

### **„Wenn viele kleine Leute in vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können sie das Gesicht der Welt verändern“!**

*Rhein-Zeitung vom 2. Mai 2002*

#### **Stadt soll sauberer werden**

Kriminalpräventiver Rat tagte – Ordnungsamt geht gegen Alkoholabhängige vor. Berichte über laufende Projekte, die sich mit den Problemen durch „Nichtsesshafte und öffentlich auftretende Alkoholabhängige“ befassen. Wir waren auch da und wunderten uns über die Inkompetenz mancher Leute in Suchtfragen.

*Leserbrief am 15. Mai 2002 zum RZ-Artikel „Stadt soll sauberer werden“*

(...) Der Skandal ist, dass Menschen vom Artikelschreiber zum Dreck in dieser Stadt gemacht werden. (...) Alkohol als „Grundnahrungsmittel“ dieser Menschen zu bezeichnen, zeugt von Unkenntnis. (...)

*Rhein-Zeitung vom 16. Dezember 2002*

#### **Kabarett als Anti-Idiotikum – Volker Pispers in der KuFa**

Bis neulich? Am liebsten hätte man Volker Pispers „bis gleich“ zugerufen.

Volker hat den Vorstand des Steg von den jährlichen „Betteltouren“ entbunden. Wegen fehlender Zuschüsse standen wir mehr als einmal mit dem Rücken zur Wand. Wir waren ja sehr kreativ im „Hereinholen“ fehlender Gelder. Die schwierige Gratwanderung bestand darin, dass wir bei denen bettelten, die wir wegen des fortschreitenden menschenverachtenden Kapitalismus kritisierten und anprangerten. Wir haben Bauchweh gehabt, weil das was wir dachten nicht immer mit dem Tun übereinstimmte.

Volker Pispers hat nun am 23. Februar 2013 in der Stadthalle Lahnstein schon den dritten Auftritt. Dorthin kommt er alle zwei Jahre und in dem Jahr ohne Volker unterstützt er uns durch eine großzügige Spende!

*Rhein-Zeitung vom 24. Juli 2004*

#### **Für den Erhalt der Beratungsstelle demonstriert**

Mahnwache des Fördervereins der PSBB aus Anlass der Tagung des Caritas-Rates.

Wir waren der Förderverein für die PSBB der Caritas, die in der Löhrrstraße 53 angesiedelt war. Dort waren auch unsere betreuten Wohnplätze und bildeten somit eine Einheit. Wir fürchteten durch die Zusammenführung der beiden „Beratungsangebote“ zur ZAS, Zentrum für ambulante Suchtberatung, die Zerschlagung unserer fruchtbaren Zusammenarbeit.

*Rhein-Zeitung vom 27. Juli 2004*

#### **Caritas bündelt Kompetenz**

Der Caritasverband Koblenz führt zwei Beratungsangebote für Abhängigkeitserkrankte zusammen.

Durch diese Zusammenlegung waren wir gezwungen, den Verein neu aufzustellen mit neuer Satzung unter dem neuen Namen „Steg e.V.“. Von diesem Zeitpunkt an wurden wir vom Diözesan-Caritasverband in Trier unterstützt.

*Rhein-Zeitung vom 21. Oktober 2004*

#### **„CarMen“ ist rotes Tuch für Firmen**

(CarMen ist eine gemeinnützige GmbH für Menschen in Beschäftigung – 1 Euro-Jobs)

Ob Hausmeistertätigkeiten oder die Pflege von Grünanlagen: Beschäftigte des Trägerverbundes werden in vielen Bereichen tätig – zum Ärger örtlicher Unternehmen. Folgen waren absehbar: CarMen steht für viele Unternehmen in Koblenz längst für entgangene Gewinne.

*Rhein-Zeitung vom 13. Dezember 2004*

#### **Gegen Sozialabbau in Deutschland demonstriert**

# 1999

„Zum Krieg gegen Jugoslawien“

Erklärung des Ökumenischen Netzes

„Erlassjahr 2000“

Leitartikel Netztelegramm

Auch Steg e.V. hat gegen das Gesetz Hartz IV und den Abbau sozialere Leistungen demonstriert.

*Rhein-Zeitung vom 22. April 2005*

### **Angst vor CarMen unbegründet**

Caritasdirektor Kues: Wir sind keine Konkurrenz am Arbeitsmarkt.

*Rhein-Zeitung vom 23. Juni 2005*

### **Schlossstraße: Wut auf die Obdachlosen**

Billigbier verboten – Dennoch bleibt das Alkohol- und Drogenproblem.

*Leserbrief des Vorstandes des Steg e.V. in der Rhein-Zeitung vom 8. Juli 2005*

(...) Wir schämen uns für eine Gesellschaft, die durch sogenannte Sozialreformen ausgegrenzte Menschen schafft und sie dann durch eine städtische „Gefahrenabwehrverordnung“ aus dem Blick schaffen will. (...)

*Menschen vom Verein „Die Schachtel“ schreiben:*

(...) Dass aber nun in einer unsachlichen, polemischen und Menschen verachtenden Weise bestimmte Mitglieder unserer Gesellschaft, obdachlose Menschen im Besonderen, dafür verantwortlich gemacht werden, erinnert uns an unsägliche Hetzkampagnen, die es vor langer Zeit schon mal gab. (...)

*25. November 2005 Mitgliederversammlung der Caritas Koblenz.*

Der „Steg“ hatte eine Tischvorlage als Kritik wegen der Trägerschaft der Caritas für Ein-Euro-Jobs mit der „CarMen“ erstellt, hier ein Auszug daraus:

Steg ist nicht froh, dass Caritas mit CarMen, in Zusammenarbeit mit der ARGE, einer Politik des massiven Sozialabbaues zuarbeitet. Unserer Meinung nach kann Caritas nicht durch Ein-Euro-Jobs billige Zwangsarbeit schaffen und damit den Abstieg in Billiglohn-Jobs beschleunigen.

### **Caritasdirektor Herr Dr. Kues war sehr erbost. Er zitierte uns zu einer Aussprache.**

16. Januar 2006. Aussprache und Klage über unsere Tischvorlage. Herr Dr. Kues, Herr Barth (Suchtexperte des Diözesan-Caritasverbandes Trier), Herr Maas (Vorsitzender des Caritasrates), Frau Stubbe (1. Vorsitzende des Steg) und Herr Weinowski (2. Vorsitzender) nahmen an der Sitzung teil. Wir verteidigten unsere Tischvorlage. Herr Dr. Kues forderte uns

auf, in Zukunft solches zu unterlassen, sonst könnten wir nicht mehr als Mitglied zur Caritas gehören.

Wir erkannten, dass gute Arbeit im Sinne christlicher Caritas nur mit dem Diözesan-Caritasverband Trier für uns möglich ist.

*20. Juli 2006*

## **Das Sozialprotokoll der Obdachlosen am Koblenzer Schloss:**

### **Vorbemerkung:**

Nachdem der Vorstand des Steg von Herrn Schaan (Sozialarbeiter bei Steg e.V.) erfahren hatte, dass Menschen aus ihrer selbst gefertigten Behausung am Schloss vertrieben werden sollten, stellten wir uns gegen dieses Ansinnen, wir taten dies aber nicht im Namen des Steg, sondern im Namen des Sozialforums.

### **Die Lage war folgende:**

In dem Graben zwischen der begehbaren Fläche hinter dem Schloss und der alten Befestigungsmauer zur Rheinanlage hin hatten sich Obdachlose angesiedelt, durch dichte Büsche und Bäume ist diese Behausung nicht zu sehen. Seit sechs Jahren wohnten hier bis zu 4 Leute.

Die Bewohner der Hütte Herr Wolfgang Müller, Herr Jörg Zimmermann, Herr Herbert Bax und Herr Harald Dietrich schilderten uns ihre Lage. Sie konnten nicht verstehen, dass nun nach 6 Jahren geräumt werden musste, und dies ohne Nennung von Gründen.

### **Die Stadt Koblenz:**

In einem Schreiben vom 10.11.2005 der Stadtverwaltung Koblenz – Untere Bauaufsichtsbehörde – wurde der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mitgeteilt, dass im Bereich des Koblenzer Schlosses bauliche Anlagen ohne Genehmigung errichtet worden waren. Wegen der Nähe zum Schloss und den Rheinanlagen und im Hinblick auf die Bundesgartenschau 2011 konnte eine Genehmigung nicht in Aussicht gestellt werden.

### **Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben:**

Am 23.11.2005 antwortet die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben der Stadt Koblenz:

„Das Verweilen von Obdachlosen im Schlossgraben ist sowohl der Stadt Koblenz als auch mir seit Jahren bekannt. (...)Jedenfalls

„Der Frieden kommt nicht mit Gewalt, nicht von oben und nicht von selbst!“

„Der Kosovo-/Jugoslawienkrieg muss weiter aufgearbeitet werden.

Serbien darf nicht weiter isoliert und aufgestü-  
ckelt werden“

# 1999

wurde die Angelegenheit bereits im Jahr 2002 vom Ordnungsamt der Stadt Koblenz thematisiert, aber nicht mehr weiter verfolgt. Aus einem Vermerk des Ordnungsamtes vom 18.11.2002 geht hervor, dass den Obdachlosen von der Feuerwehr sogar drei Feuerlöscher zur evtl. Brandbekämpfung zur Verfügung gestellt wurden. (...) Die Obdachlosen verhalten sich unauffällig und halten das gesamte Umfeld sauber. (...) Auch der Drogenumsatz im besagten Gebiet ist laut Aussage der Polizei praktisch auf Null gesunken. Daher duldet die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Anwesenheit der Obdachlosen.“

### **Die Stadt Koblenz:**

In einem Schreiben vom 17.02.2006 wurde die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben aufgefordert, dass die baulichen Anlagen unverzüglich zu beseitigen sind, es wurde mit einem Zwangsgeld von 1000 Euro gedroht.

Zitat: „Die Beseitigungsanordnung ist auch ein geeignetes Mittel, den fortdauernden Baurechtsverstoß zu beenden. Sie ist auch erforderlich, da auf andere Weise kein rechtmäßiger Zustand hergestellt werden kann.“ Die sofortige Vollziehbarkeit wird mit dem besonderen öffentlichen Interesse begründet: (...) „ergibt sich daraus, dass aufgrund vorgenannter Feststellungen eine erhebliche Gefahr für das Leben und die Gesundheit der sich dort aufhaltenden Personen besteht. Gegenüber dem öffentlichen Interesse an der sofortigen Gefahrenabwehr muss Ihr Interesse an einer gerichtlichen Prüfung vor Durchführung der geforderten Maßnahme zurückstehen“.

### **Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben:**

Am 01.03.2006 hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Bewohner der Anlage aufgefordert das Gelände bis zum 09.03.2006 zu räumen.

Das Koblenzer Sozialforum und das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar erklärten sich mit den Forderungen der Bewohner der Hütte im Koblenzer Schlossgraben solidarisch.

### **Wir machten klar,**

dass es unverständlich war, einen Wohnplatz sechs Jahre zu dulden, und nun sollte schnell „entsorgt“ werden, weil die BuGa kam.

### **Wir forderten**

ein Stillhalten bis die Stadt Koblenz für die Bewohner eine andere Bleibe gefunden hatte, wo die Menschen ihr selbst bestimmtes Leben wieder neu einrichten konnten, in Ihrer Art und Weise.



### **Sie sagten:**

„Eine Garage zum Unterbringen der Habseeligkeiten ist vorhanden“. Wir sagten: „Na prima, und wohin mit den Menschen? Man kann doch die Menschen nicht wie eine Sache behandeln und einfach wie Bretter und Balken entsorgen“.

*Rhein-Zeitung vom 16. Dezember 2009*

### **Mehr Jugendliche trinken sich ins Koma**

Die Zahlen sind dramatisch. Noch nie sind so viele Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus gekommen.

*29. Mai 2010*

Das 20jährige Bestehen unseres Vereines feierten wir in der KuFa mit einem Brecht-Tucholsky-Abend, Kammersängerin Claudia Felke, Andre Wittlich, Dorothee Lochner und Carsten Huschke am Klavier reisten mit uns musikalisch „Immer um die Litfaßsäule rum“ und zeigten uns dabei einen Abriss der menschlichen Abgründe.

2006 berichteten, in einer Vorstandssitzung, unsere Mitarbeiter über die Schwierigkeiten der Menschen, die aus dem betreuten Wohnen ausziehen müssen, eine angemessene Wohnung zu finden. In der folgenden Zeit (26. Juni 2006 und 6. Juli 2010) sprachen Leute aus dem Vorstand und unsere Mitarbeiter mit der Koblenzer WohnBau, ob diesem Problem nicht abzuhelfen wäre.

Wir schrieben Briefe und hatten in der Folgezeit bis heute viele Gespräche mit den zuständigen Ämtern der Stadt Koblenz, ohne jeden Erfolg!

Unsere BewohnerInnen fanden nach zweijährigem Aufenthalt im Betreuten Wohnen nach langen Bemühungen nur durch Sozialarbeiter oder Freunde und Bekannte bezahlbaren Wohnraum.

### **Ehrenamt? – Nein Danke!!**

Wir sind keine „EhrenamtlerInnen“ im herkömmlichen Sinne. Was wir mit unserem Verein leisten, müsste die Stadt Koblenz tun. Wir berufen uns mit Forderungen auf keine Gesetze oder Verordnungen der Stadt, sondern sagen:

**Unsere Forderung zur sozialen Gerechtigkeit und der Teilhabe aller Menschen an einer solidarischen Gemeinschaft und somit die Versorgung der Notleidenden mit allem Lebensnotwendigen ist für uns nicht verhandelbar.**

„Im Zeichen unseres nun schon einige Zeit dauernden Kampfes um bezahlbaren Wohnraum in Koblenz standen wir am 11. November 2011 (Humba-Täterä) auf der Niederbergerhöhe mit einigen Mietern, die von dem neuen Investor über den Tisch gezogen wurden. Die in Zeiten der BiMa (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) heruntergekommenen Wohnblocks der ehemaligen Fritsch-Kaserne werden preiswert aufgehübscht und zum Wohnen am Buga-Park umfunktioniert. Da passen einige der prekarierten Mieter nicht mehr rein, „die müssen raus“ meint der neue Investor.“





# Kampagne für Saubere Kleidung und AK Fujian

## Kontinuität der Netz-Arbeit und Transmissionsriemen für Kapitalismuskritik

Schon zum zehnjährigen Jubiläum des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar schrieb Sabine Ferenschild in der Jubiläumsschrift „Vernetzungen“ über die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC – Clean Clothes Campaign) und die Aktivitäten des Netzes im Rahmen der CCC. Seitdem hat sich auf lokaler Ebene nicht sehr viel verändert. Immer noch finden mehrmals pro Jahr Veranstaltungen zum Thema in der Netz-Region statt. Der Fokus liegt auf Bildungs- bzw. Öffentlichkeitsarbeit (s. Webseite und Netztelegramme), ab und an finden auch Straßenaktionen statt.

### Clean Clothes Campaign

Die CCC ist ein seit 1989 von den Niederlanden aus aufgebautes beeindruckendes Netzwerk mit nationalen CCC's in 15 europäischen Ländern. Sie ist mit ähnlichen Kampagnen in den USA, Kanada und Australien vernetzt und arbeitet mit über 200 Organisationen (Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen) in Produktionsländern von Bekleidung zusammen. Sowohl in Deutschland als auch international hat sie auch als institutionalisierte Kampagne und nach über 15 Jahren Arbeit weiterhin die ‚Methode‘ der Skandalisierung von Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen beibehalten.

Allerdings hat sich die politische Stoßrichtung, sprich Zielsetzung, in den letzten 10 Jahren etwas geändert. Lag der Fokus

in den 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre darauf, Unternehmen zur Einführung und Verbesserung von Verhaltenskodizes sowie zur Mitgliedschaft in einer sogenannten Multistakeholder-Initiative<sup>1</sup> zu bewegen – Letzteres gilt weiterhin, da dies international zurzeit die effektivste Kontrolle der Einhaltung von Arbeitsrechten darstellt –, so steht seit Mitte der 2000er die Forderung nach (über-)staatlichen und damit verpflichtenden Regulierungen von Arbeitsrechten im Vordergrund. Hier sind vor allem die Forderungen von CorA (Corporate Accountability = Netzwerk für Unternehmensverantwortung, [www.cora-netz.de](http://www.cora-netz.de)) zu nennen.<sup>2</sup> CorA ist ein Netzwerk aus Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, das von der CCC mit initiiert wurde.

Auch haben in den 2000ern die tatsächlichen oder vermeintlichen Konsumalternativen zugenommen: Die sozial-ökologischen Angebote der ‚grünen‘ oder ‚ethischen Mode‘ werden von der CCC kritisch-würdigend begleitet.<sup>3</sup>

In den Zulieferbetrieben von Handelshäusern und Marken werden i.d.R. keine Löhne für ein menschenwürdiges Leben gezahlt. Deshalb startete die ‚Asia Floor Wage‘ (AFW) – eine Kampagne, die für den asiatischen Kontinent einen ‚Existenzsichernden Lohn (Living Wage)‘ berechnet hat, an dem sich Unternehmen und Politik orientieren können. Diese Kampagne für einen Asiatischen Grundlohn, die Ende 2009 begann,

entwickelt die Forderung nach Mindeststandards in der Bekleidungsindustrie weiter und zeigt Unternehmen und Politik auf, dass die Debatte um Mindeststandards nicht mit der Einführung von Verhaltenskodizes und Multistakeholderinitiativen beendet ist. Die AFW sollte dabei allerdings keine Stellvertreterpolitik gegenüber Gewerkschaften in den verschiedenen asiatischen Ländern vollziehen, sondern mit diesen gemeinsam die Entwicklung eines asiatischen Grundlohns betreiben.

Schließlich wurde vor kurzem ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld auf internationaler CCC-Ebene eröffnet: Eine AG Migration wurde eingerichtet, da in der Bekleidungsindustrie bereits einmal erreichte Standards durch die verstärkte Beschäftigung junger Migrantinnen unterlaufen werden.

Zukünftig sollte es m.E. Ziel der CCC sein, ökologische Aspekte bei der Bekleidungsproduktion in die bestehenden Positionen und Aktivitäten zu integrieren und verstärkt die gesamte Textilkette, d.h. die sogenannte Wertschöpfungskette, von der Baumwollproduktion über die Bearbeitung der Rohmaterialien zu fertigen Stoffen bis zur Konfektionierung, zu berücksichtigen. In der Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zu diesem Themenbereich (z.B. zur Baumwollproduktion) arbeiten, könnte dies dazu beitragen, das gegenseitige ‚Auspielen‘ von ökologischen und sozialen Aspekten zu vermeiden und die (real-)politische ‚Schlagkraft‘ durch eine höhere Zahl beteiligter Organisationen zu stärken.

## AK Fujian

Die CCC erhält durch ihre guten Beziehungen zu PartnerInnen im globalen Süden immer wieder Informationen über die Arbeitsbedingungen vor Ort und versucht gemeinsam mit diesen, die Situation der ausgebeuteten ArbeiterInnen zu verbessern.

Allein 40% der weltweit produzierten Bekleidung kommen aus China, wo auch immer wieder Arbeitsrechtsverletzungen aufgedeckt werden. Und auch nach China gibt es aus unserer Region Kontakte, allerdings bestanden diese bis vor kurzem in erster Linie in der offiziellen Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der boomenden chinesischen Küstenprovinz Fujian.

Diese Partnerschaft existiert seit 1989 und sollte in den 1990ern vor allem ein Türöffner für den hiesigen Mittelstand sein, um in Fujian günstiger produzieren zu lassen und Absatzchancen auf dem wachsenden chinesischen Markt zu erhalten. In den

2000er kamen kultureller und wissenschaftlicher Austausch hinzu. Was aber bei dieser – im Gegensatz zur Ruanda-Partnerschaft – wenig bekannten Partnerschaft gänzlich unter den Tisch fiel, waren die Sozialstandards bei der Produktion für rheinland-pfälzische Unternehmen.

Das Ökumenische Netz mobilisierte daraufhin 2007 einige Organisationen aus der Region,<sup>4</sup> um 2008 den Arbeitskreis Fujian – Rheinland-Pfalz „Keine Wirtschaftspartnerschaft ohne Sozialstandards“ (kurz: AK Fujian) zu gründen und somit die offizielle Partnerschaft kritisch zu begleiten. Dieser Arbeitskreis arbeitet vor allem zu den Themen, die in der CCC behandelt werden, und ist daher der Beitrag des Netzes, das seit 1996 Trägerorganisation der Kampagne ist, zu den CCC-Aktivitäten.

Neben Tagungen und anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Publikationen, Vorträge, Dokumentarfilm) versucht der Arbeitskreis auch Einfluss auf die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz sowie auf VertreterInnen deutscher Städte, die Partnerschaften zu Städten in Fujian unterhalten, zu nehmen, um sich für soziale Belange von ArbeiterInnen hier wie dort einzusetzen.

Im Februar 2012 unternahm der AK eine Informations- und Begegnungsreise nach Fujian. Dadurch konnten viele Informationen, die u.a. in der SÜDWIND-Studie „China in Bewegung“ und in der Zeitung „Solidarität in Rheinland-Pfalz“ verarbeitet wurden, gewonnen und Kontakte geknüpft werden. Für das Gelingen der Reise war die Unterstützung durch das Forum Arbeitswelten China-Deutschland wichtig, das viel Erfahrung in der Begegnung zwischen Beschäftigten aus Deutschland und China hat. Der Dokumentarfilm „Bewegung in China“ (s. [www.ak-rlp-fujian.de](http://www.ak-rlp-fujian.de)) fasst die wichtigsten Erkenntnisse bzw. Probleme vor Ort zusammen und kann samt Begleit-CD mit Zusatzinformationen beim Netz-Büro bestellt werden.

Die neuen Kontakte mit chinesischen Gruppen aus der Zivilgesellschaft und WissenschaftlerInnen in Fujian sind gerade aus sprachlichen Gründen schwierig aufrecht zu halten. Dennoch hofft der AK Fujian, dass er einen regelmäßigen Austausch aufbauen kann: Gegenseitige Aufenthalte, etwa in Form von Praktika oder Begegnungsreisen, sollen zum einen China/Fujian-Interessierte aus Rheinland-Pfalz weiter vernetzen und zum anderen politisch-theoretische Diskussionen über die Entwicklungen in Deutschland und China sowie gemeinsame Projekte auf Augenhöhe ermöglichen. Der globalen Standortkonkurrenz soll eine solidarische Kooperation entgegengesetzt werden.

„Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft“

Erklärung des Ökumenischen Netzes

2000

„Nie wieder Krieg ohne uns?“

Das Ökumenische Netz diskutiert die neue deutsche Politik“

Leitartikel Netztelegramm

## Schlussbemerkung

Die Sorge der Menschen in Fujian über soziale Spaltung und die daraus folgende Frage, welche Perspektiven und Visionen eine Gesellschaft hat, sind ein wichtiger Grund für die Arbeit des AK Fujian. Partnerschaften stellen daher einen ersten konkreten Handlungsansatz für den Austausch zu Perspektiven sozialer Sicherung und solidarischer Verhältnisse dar und können immer wieder Menschen berühren und mobilisieren.

Zudem können gerade ‚Konsumthemen‘ wie Bekleidung, Lebensmittel, Sportartikel, Spielzeug oder IT-Produkte sozusagen Transmissionsriemen, sprich anschauliche Beispiele sein, über die Gesellschaftskritik vermittelt werden kann. Diese Themen werden von immer mehr Menschen registriert. Sie bieten konkrete Handlungsmöglichkeiten zum einen in Form von Ansätzen von Konsumalternativen sowie zum anderen von Unterstützung politischer Forderungen zu mehr gesetzlicher Regulierung unternehmerischen Handelns.

Diese drei Handlungsansätze führen zwar nicht zu Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse, sprich nicht zur Überwindung des Kapitalismus, allerdings können sie für Verbesserungen oder zumindest weniger Verschlechterungen der Lebensumstände einiger Menschen in den Produktionsländern beitragen und können daher als ‚humanitär‘ angesehen werden. Diese Ansätze und ihre Arbeitszusammenhänge (CCC

und AK Fujian) sowie insbesondere der Dialog mit PartnerInnen aus anderen Weltregionen (hier: Fujian) bieten dem Netz die Möglichkeit, über Ursachen gesellschaftlicher Spaltung und über Möglichkeiten der Überwindung dieser Spaltungsprozesse zu diskutieren und eine kapitalismuskritische Analyse einzubringen, um davon ausgehend nach gänzlich anderen, nach menschlicheren Gesellschafts- und Produktionsformen zu suchen.

**Dominic Kloos**

## Anmerkungen

- 1) Multistakeholder-Initiativen sind Einrichtungen, in denen Unternehmen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen mehr oder weniger gleichberechtigt zusammen arbeiten, um Arbeitsbedingungen zu kontrollieren bzw. die Inhalte von Verhaltenskodizes einzuhalten. Vgl. ausführlich dazu: Wick 2006, [http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2006/2006-2\\_Werbegag\\_oder\\_Hebel\\_fuer\\_Beschaeftigte.pdf](http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2006/2006-2_Werbegag_oder_Hebel_fuer_Beschaeftigte.pdf).
- 2) Zu nennen sind hier z.B. Rechenschafts- und Publizitätspflichten für Unternehmen zu Umwelt, Soziales & Menschenrechte, wirksame Sanktionen und Haftungsregeln für Unternehmen etc.
- 3) Vgl. u.a. Kloos 2009, [http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2009/2009-3\\_Sozial-Oekologische\\_Mode\\_Langfassung.pdf](http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2009/2009-3_Sozial-Oekologische_Mode_Langfassung.pdf).
- 4) DGB Koblenz, Eirene, Aktionsbündnis Gerechter Welthandel, KAB, KSJ, GMÖ, Amt für Jugendarbeit der EKIR etc. – hinzu kamen später: AGF Trier, Institut SÜDWIND, IG BCE Neuwied-Wirges.



„Am 12. Mai 2011 zog im Zeichen der Buga die Bundeswehr in die St. Kastor-Basilika ein. Wir standen davor unter dem Schutz von Soldaten. An uns vorbei ging sturen Blickes der Oberbürgermeister Dr. Hofmann-Göttig. Drinnen fand ein ‚Friedensgottesdienst‘ statt.“



# Fairer Handel und Weltläden

Der Faire Handel scheint eine einzige Erfolgsstory zu sein. Etwa 477 Millionen Euro wurden im Jahr 2011 für fair gehandelte Produkte ausgegeben. Das entspricht einer Steigerung von 16% im Vergleich zum Vorjahr und sogar einer Verdoppelung des Umsatzes innerhalb der letzten drei Jahre (Pressemitteilung des Forums Fairer Handel vom 10. August 2012). Das klingt in Zeiten unsicherer Wirtschaftsaussichten gigantisch. Doch die kontroversen Diskussionen um den Fairen Handel verweisen auf Widersprüche, die den Fairen Handel von seinen ersten Tagen an begleiten. Drei aktuelle Kontroversen aus der jüngeren Zeit seien genannt.

## Fair Trade USA tritt aus internationaler Siegelorganisation aus

Im November 2011 kündigte Fair Trade USA an, zum 31. Dezember 2011 seine zwölfjährige Mitgliedschaft beim internationalen Dachverband Fair Trade Labelling Organisation (FLO) zu beenden. Denn Fair Trade USA möchte in Zukunft auch Plantagen – zunächst Kaffee, langfristig auch Zucker und Kakao – zertifizieren. Die FLO zertifiziert bei diesen Rohstoffen nur kleinbäuerliche Landwirtschaft. Kleinbauernverbände haben bereits heftig gegen die Entscheidung protestiert. Sie befürchten, dass sie als schon jetzt benachteiligte ProduzentInnen nun im Wettbewerb mit den großen Plantagen erst recht zu den VerliererInnen gehören werden. Ein zweiter Grund für den Austritt von Trans Fair USA ist die Absicht, die Maßstäbe bei Mischprodukten aufzuweichen. Während FLO erst ab einem Minimum von 20% zertifiziert, soll es nun auch möglich sein, Produkte mit nur 10% Fairhandelsanteil mit einem Siegel zu versehen. Außerdem soll es – entgegen der Praxis von FLO – jetzt möglich sein, faire Zutaten auch dann nicht zu verwenden, wenn sie verfügbar sind. Damit kann man Schokolade zertifizieren, die nur fairen Zucker, aber keinen fairen Kakao enthält. Die Einbeziehung der Plantagenprodukte und die veränderten Standards bei Mischprodukten bedeuten eine massive Absenkung bisheriger Standards im Fairen Handel. Sie haben ein gemeinsames Ziel: der Fairtrade-Absatz in den USA soll bis zum Jahr 2015 verdoppelt werden.

## Transfair verleiht ‚Fairtrade-Award‘ an Lidl

Für „herausragendes Engagement im Fairen Handel“ vergab Transfair im März 2012 in der Kategorie Handel den „Fairtrade-Award“ an Lidl (2. Platz). Der Discounter habe, so die Begründung, mit der Marke „Fairglobe“ eine Vorreiterrolle für die Ausweitung des Fairen Handels übernommen und si-

chere den ProduzentInnen langfristig den Verkauf ihrer Produkte unter Fair Trade Bedingungen. Nicht nur diese Preisvergabe, schon die Kooperation zwischen Transfair und Lidl mit der Einführung von Fairglobe im Jahr 2006 (damals stand der Discounter angesichts seines Umgangs mit Mitarbeiterinnen – „Schwarzbuch Lidl“ – unter massiver Kritik) rief vor allem unter den Weltläden einen Sturm der Entrüstung hervor. Denn gerade der Discounter Lidl steht für ein Geschäftsmodell, das seine Gewinne durch eine besonders aggressive Preispolitik erzielt – zu Lasten der Angestellten (hohe Arbeitsbelastung, niedrige Löhne) und der ProduzentInnen. Transfair rechtfertigt die Preisverleihung damit, dass sie sich nicht als Unternehmens-TÜV, sondern als Siegelorganisation für faire Produkte verstehen. Dann spielt es aber auch keine Rolle mehr, dass ein Discounter wie Lidl in riesigen Mengen Billigkleidung aus Bangladesh oder Bananen von Dole verkauft, die unter menschenunwürdigen Verhältnissen produziert werden. So entsteht der Eindruck, dass die Anerkennung (einiger ganz weniger!) fair gehandelter Produkte einen großen Marketing-Coup für einen Discounter darstellt, der häufig wegen seines Geschäftsgebarens am Pranger steht. Umgekehrt scheint der Faire Handel offensichtlich endgültig in der kapitalistischen Marktlogik angekommen zu sein.

## GEPA verzichtet auf Transfair Siegel

Auf ein sehr geteiltes Echo stieß – ebenfalls im März 2012 – die Entscheidung der GEPA, in Zukunft auf das Transfair Siegel so weit wie möglich zu verzichten. Zwar sollen auch weiterhin die Produkte von FLO zertifiziert werden. Doch statt des Transfair Siegels soll in Zukunft mittels eines neuen Zeichens „Fair+“ die eigene Marke „GEPA“ in den Vordergrund gestellt werden. Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um ein neues Siegel, sondern um eine Zusatzinformation für Kunden. Überraschend war dieser Schritt der GEPA insofern, als

die größte deutsche Importorganisation im Jahr 1992 Transfair mitgegründet hatte. Außerdem will die GEPA auch weiterhin Mitglied im Transfair e.V. sein. Zwar spricht man bei der GEPA nicht von einer Abkehr von TransFair, sondern einer „reinen Marketing- Entscheidung“. Allerdings ist man bei der GEPA der Meinung, dass das Fairtrade Siegel bei weitem nicht mehr dem Standard der GEPA entspricht. Offensichtlich sieht man bei der GEPA sogar das Profil als Fair Handelshaus durch das Fairtrade Siegel in Gefahr. „Man kann sich fragen, welches Image das Siegel bekommt“, sagte etwa GEPA-Geschäftsführer Thomas Speck angesichts der Vergabe des Transfairsiegels an Lidl. Damit wendet sich die GEPA von einem Siegel ab, das immerhin zwei Drittel der VerbraucherInnen in Deutschland kennen. Kritik an der Entscheidung der GEPA kam daher nicht nur von Transfair, sondern auch von Verbraucherschutzorganisationen. Sie befürchten eine zunehmende Verwirrung unter den VerbraucherInnen. Befürwortet wurde der Schritt der GEPA dagegen von den Importorganisationen El Puente und dwp, die wegen der zunehmenden Aufweichung der Transfair Kriterien ebenfalls auf das Siegel verzichten.

## Im Spannungsfeld von politischer Aufklärung und Warenverkauf

Wer nur diese und andere aktuelle Diskussionen im Fairen Handel kennt, kann sich kaum noch vorstellen, dass der Faire Handel in Deutschland einmal als politische Bewegung begann. Denn der Beginn der Weltladenbewegung in den späten 60er Jahren ist ohne die Proteste der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition nicht zu erklären. Ausgehend von der Infragestellung der Machtverhältnisse in der BRD wurden auch ungerechte Machtverhältnisse im internationalen Bereich thematisiert. ‚Erste‘ und ‚Dritte‘ Welt sowie ‚Entwicklung‘ und ‚Unterentwicklung‘ wurden als zwei Seiten einer Medaille begriffen. Die bestehenden Abhängigkeiten zwischen den Zentren und der Peripherie wurden sowohl theoretisch (Dependenztheorie) als auch an konkreten Ländern bearbeitet, vor allem in den zahlreichen Solidaritätsbewegungen (Chile, Argentinien, El Salvador oder Nicaragua).

Eine nicht unerhebliche Rolle in dieser Zeit spielten auch die Kirchen. In Lateinamerika griffen die Bischofskonferenzen von Puebla (1968) und Medellin (1979) im Anschluss an das II. Vatikanische Konzil die Fragen nach Befreiung und Gerechtigkeit am konsequentesten auf. Statt paternalistische Hilfe zu predigen stützte sich die Befreiungstheologie auf eine gründliche Analyse der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Nord und Süd. In Deutschland entstanden in der Folge von Oster- und Hungermärschen viele Dritte-Welt-Initiativen mit ausgeprägt politischem Bewusstsein. Als aus dieser Dritte-Welt-Bewegung die ersten Dritte-Welt-Läden hervorgingen, gehörte es vielerorts zum Selbstverständnis, Produkte aus der ‚Dritten Welt‘ nicht ohne Aufklärungsarbeit über ungerechte Strukturen zu verkaufen. So stand in der Präambel des Kriterienkatalogs der GEPA vom 14.10.1977: „Die GEPA ist Teil einer Bewegung, die im Verkauf von Waren aus Ländern der Dritten Welt und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in der BRD gleichwertige (!) Komponenten ihres Engagements sieht.“ Weiter

wurde betont, der Import und Verkauf von Waren aus der ‚Dritten Welt‘ sei „vor allem eine pädagogische Aufgabe“, u.a. zur „Aufklärung über die ungerechten Strukturen des Welt-handels“ (ebd.). Noch deutlicher hieß es anlässlich der Eröffnung des Dritte-Welt-Ladens in Koblenz im November 1979 auf einem Faltblatt: „Was soll mit dem Laden erreicht werden? Nicht einen möglichst hohen Umsatz zu erzielen – sondern möglichst viel Verständnis für entwicklungspolitische Probleme zu vermitteln.“ Und in einem Protokoll der Koblenzer Laden-gruppe vom 22.10.1979 ist zu lesen: „Der Verkauf ist nicht Selbstzweck, sondern die entwicklungspolitische Bildungsarbeit hat immer Vorrang.“

## Paradigmenwechsel

Der kurze historische Rückblick macht deutlich, dass das Spannungsverhältnis von politischer Bewusstseinsbildung und Produktverkauf den Fairen Handel von Anfang an begleitete. Heute ist dieses Spannungsverhältnis kaum noch wahrnehmbar, weil sich einer der Spannungspole in Auflösung befindet. Vor allem infolge des Siegeszugs des Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 hat sich im Verhältnis von Warenverkauf und Bewusstseinsbildung ein Paradigmenwechsel vollzogen: weg vom „ideologischen Ballast“, hin zur Erhöhung des Umsatzes. Mit der Strategie der Handelsausweitung wurden in den 90er Jahren gezielt über Kataloge und den Lebensmittel-einzelhandel (Bioläden) neue Vertriebskanäle erschlossen. Höhepunkt der Handelsausweitung war die Gründung der Siegelorganisation Transfair (1992). Von Anfang an war es das Ziel von Transfair, „innerhalb der bestehenden Strukturen des Handels Absatzmöglichkeiten für fair gehandelte Produkte zu schaffen“ (Faltblatt des Weltladen Dachverbands, Juli 2006). Leitend wurde dabei eine Erkenntnis der Verbraucherinitiative: „Konsumenten suchen in der reizüberfluteten Mediengesellschaft den schnellen Rat statt komplizierter Informationswege.“ Weil es um die schnelle Kaufentscheidung geht, wirbt die Verbraucherinitiative mit lockeren Sprüchen wie: „Ich brauch’s immer öfter – Konsum gegen Armut!“ oder: „Fairer Handel ist Fairness beim Konsum“. Der Wohlfühlfaktor ist beim Konsum wichtig, politische Diskussion und Gesichter der Ausbeutung dagegen sind absolut kontraproduktiv. Transfair-Geschäftsführer Diether Overath hat daher auch einen guten Rat für die Welt-läden: „Die Eine Welt Läden müssen sich verändern, weil sich auch das Verhalten der Konsumenten verändert hat. Nicht jeder Käufer möchte über die Situation auf dem Weltmarkt belehrt werden. ... Mit Weltbetroffenheit allein verkauft man nichts mehr.“ (SZ 3.3.2008)

Ob die Weltläden mit dieser Empfehlung wirklich gut beraten sind? Wohl kaum. Wenn, dann in einer umgekehrten Richtung: Die Defizite und Widersprüche des Fairen Handels sind die Themen und Aktionsfelder, auf denen sich die Weltläden profilieren können. Einige davon sollen im Folgenden kurz genannt werden.

## Zusammenhänge aufdecken

Der Verwertungsdruck des kapitalistischen Systems reißt immer wieder soziale und ökologische Schranken nieder. Die-

ser Verwertungsdruck kann auch mit einem steigenden Verkauf fairer Produkte nicht gelöst werden. Kleinbauern, die durch den fairen Handel für ihren Kaffee ein paar Cent mehr erhalten, sind nach wie vor den globalen Mechanismen der Weltwirtschaft mehr oder weniger schutzlos ausgesetzt. So setzt die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise mit ihrem starken Wettbewerbsdruck und massiven Preisrisiken gerade kleinbäuerliche Kooperativen unter starken Druck. Die Handelsstrategie der EU bedroht die wirtschaftliche Situation der Menschen im Süden durch den geplanten Abbau von Zöllen bei den Entwicklungsländern von 80 bis 90% gravierend. Ebenfalls dramatische Folgen für die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen haben alle bereits realisierten oder noch geplanten Freihandelsabkommen. Umgekehrt positive Auswirkungen hatte dagegen das frühere Internationale Kaffeeabkommen. Solche und andere globalen Zusammenhänge deutlich zu machen, die beim Verkauf fairer Produkte nicht im Blick sind, aber unter Umständen eine viel größere Bedeutung für die Menschen im Süden haben, sollte eine wichtige Aufgabe von Weltläden sein.

## Widersprüche wahrnehmen

Aber selbst wenn man die größeren Zusammenhänge ausblendet: Auch für sich alleine genommen ist der Faire Handel keine widerspruchsfreie Veranstaltung. So hat eine Studie der Uni Hohenheim (2011) hunderte von Kaffeebauern in Nicaragua über zehn Jahre begleitet und festgestellt, dass Kaffeebauern, die für den Fair Trade Markt produzieren, sich mit höherer Wahrscheinlichkeit unter der Armutsgrenze befinden. Ein Grund: die hohen Zertifizierungskosten für das faire Siegel, die von den Bauern aufgebracht werden müssen. Dieses Beispiel verweist auf die größere Problematik der Machtverhältnisse im Fairen Handel: Wie demokratisch sind die Strukturen des Fairen Handels? Wer bestimmt und kontrolliert die Standards? Wie viel Mitspracherechte haben die Produzenten? Eine noch grundsätzlichere Fragestellung lautet: Wäre eine Stärkung der lokalen Märkte nicht sinnvoller, als durch den Fairen Handel die Abhängigkeit des Südens von den Märkten des Nordens zu verstärken?

Immer offensichtlicher werden die Widersprüche auch dadurch, dass sich die Grenzen zwischen konventionellem und Fairem Handel verwischen. Auch der Faire Handel ist dem Gesetz des ‚immer größer und schneller‘ unterworfen. Daher ist die Kooperation von Transfair mit großen Unternehmen wie z.B. dem Discounter Lidl oder dem Nahrungsmittelkonzern Nestlé eine zwar unschöne, aber letztlich logische Konsequenz. Umgekehrt kann es sich der konventionelle Handel kaum noch leisten, auf die Vorteile des ‚ethischen Konsums‘ zu verzichten – die da sind: Imagegewinn, Erhöhung der Gewinnmargen und Erschließung neuer KäuferInnenschichten. Dass zur Erhöhung des Umsatzes fairer Produkte gegebenenfalls auch Standards abgesenkt werden, zeigt das o.g. Beispiel von Fair Trade USA. Die GEPA hat verständlicherweise mit ihrer Entscheidung, auf das Transfair Siegel zu verzichten, die Notbremse gezogen.

Schließlich dürfen Schlagzeilen wie „Rekordumsätze im Fairen Handel“ nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Umsatz mit fair gehandelten Produkten im Lebensmittelbereich in Deutschland immer noch unter einem Prozent liegt. Selbst beim Klassiker Kaffee sind von jährlich 500.000 Tonnen Kaffee in Deutschland gerade einmal 8.152 Tonnen fair gehandelt. Nach wie vor werden 98% aller Bananen unter mehr oder weniger menschenunwürdigen Bedingungen geerntet.

Angesichts zunehmender Verarmungsprozesse in den Ländern des Nordens wird das Potential der Menschen, die sich den Fairen Handel „leisten“ können, ohnehin immer kleiner. Zu dieser Verarmung tragen wiederum Discounter wie Lidl bei (wenig Personal, niedrige Löhne, Preisdruck auf die Produzenten), wofür sie dann gleichzeitig unter großer öffentlicher Anteilnahme faire Produkte in ihr Sortiment aufnehmen.

Solche Widersprüche zu thematisieren sollte Sache der Weltläden sein. Letztlich geht es darum, die Frage offen zu halten, was Fairer Handel eigentlich soll.

## Herausforderung für Weltläden

Es soll nicht bestritten werden, dass Millionen Menschen ihr Überleben durch den Fairen Handel besser sichern können. Es werden durch den Fairen Handel auch Projekte im Bereich der Kultur und Bildung finanziert. Das ist aber nur die eine Seite. Denn es darf nicht übersehen werden: Das Problem der weltweiten Verarmung lässt sich nicht einfach auf die Frage von Preisen reduzieren. Wer wirkliche Veränderungen will, kommt nicht daran vorbei, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem als Ganzes unter die Lupe zu nehmen. Der Faire Handel jedoch, wie er vor allem von Transfair präsentiert und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, hat seine Marktnische im kapitalistischen System gefunden. Er „ist ein Beispiel für ein besseres Auskommen im durchkapitalisierten Weltmarkt. Ein Beispiel für das Überwinden desselben ist er nicht“ (Wolfgang Johann, *Jungle World* 3.1.2007). Der Faire Handel ist insofern sogar systemstabilisierend, weil er die Illusion vermittelt, als wäre innerhalb des Kapitalismus eine Alternative möglich.

Hieraus erwächst die Aufgabenstellung für die Weltläden. In der Konkurrenz eines ethischen Marktes, der immer härter umkämpft ist, sind die Weltläden ohnehin nur eine kleine Hausnummer. Ein Discounter, der in den fairen Handel einsteigt, macht mit wenigen Produkten mehr Umsatz als alle Weltläden zusammen. Sich auf dem Feld der Umsatzsteigerung profilieren zu wollen, macht für Weltläden also keinen Sinn. Dagegen ist es mehr als notwendig, dass die Weltläden zu Orten des Nachdenkens werden, um Entwicklungen im Fairen Handel kritisch zu begleiten, Wachstum und Konsum zu problematisieren und nicht zuletzt auch über Alternativen zum Kapitalismus nachzudenken. Für KundInnen, die beim schnellen Einkauf mal gerade etwas Gutes tun wollen, gibt es schon genügend andere Angebote.

**Guido Groß**

Katholische Hochschulgemeinde Koblenz



# Fluchtursachen schaffen – Flüchtlinge bekämpfen – Nährboden für rechtsextreme Orientierungen bereiten

## Asyl

Asyl ist hier ein leeres Wort, denn wir  
schicken die Menschen fort  
Asyl das gibt es hier doch nicht, wo  
Menschlichkeit zerbricht.  
Erst beuten wir die Länder aus, dann  
schmeißen wir die Menschen raus  
die hierher kommen in der Not, für sie gibt's  
keinen Gott.

Hier zählt nur Arbeit, Geld und Macht,  
wer keines hat, steht im Verdacht  
als Schmarotzer verhöhnt, verjagt, Asyl  
bleibt ihr versagt.

Krieg sichert Rohstoff, Wirtschaft, Macht,  
an Menschen wird da nicht gedacht  
und wenn sie steh'n vor unsrer Tür, dann  
woll'n wir sie nicht hier.

Ob Hunger, Elend, Krieg ob Tod,  
Gesetze regeln hier die Not,  
Asylbewerber kommt nicht her, wir  
machen's euch nur schwer.

Was kümmert uns denn euer Leid, mit  
Wohlstand wächst hier auch der Neid  
Asylbewerber geht doch fort an einen  
andern Ort.

Asylbewerbern schließen wir am liebsten  
vor der Nas die Tür,  
dann bleibt die Tür für immer zu, wir haben  
unsre Ruh.

*(2006 im Angesicht der Abschiebung der Familie  
Yilderim)*

In Migration und Flucht begegnet uns das Schicksal von Menschen, die unter den Folgen des Kapitalismus und der damit

verbundenen Globalisierung leiden. Sie sind gezwungen ihren Lebensort zu verlassen, weil sie dort keine Überlebensperspektiven haben. An den Grenzen der reichen Länder stoßen sie auf Abschreckungs- und Abschottungsmaßnahmen, die immer schwerer zu überwinden sind. Gelingt es ihnen dennoch diese zu erreichen, droht ihnen ein Leben in der Illegalität oder die Abschiebung. Sie werden diskriminiert, diffamiert, kriminalisiert und stoßen auf eine systemimmanente, legalisierte Unmenschlichkeit.

Im Ökumenischen Netz haben wir uns immer wieder mit dem Kapitalismus, der daraus erwachsenden Globalisierung und ihren Folgen für die Menschen bei uns und in der Zweidrittelwelt auseinandergesetzt. In unserem Positionspapier „Das Ganze verändern“ haben wir Globalisierung als Prozess beschrieben, in dem der Globus den Verwertungsgesetzen des Kapitals unterworfen wird. Dabei werden Menschen immer schärfer in Reiche und Arme, vielmehr aber noch in Nützliche und Überflüssige gespalten. Die Natur und die damit verbundene Lebensgrundlage für Menschen stehen zur Disposition. Menschen, die sich gezwungen sehen ihre Heimat zu verlassen, sind Opfer der mit der Globalisierung verbundenen sozialen, politischen und ökologischen Verwerfungen. Insofern konkretisierten wir mit unseren „Überlegungen zu Migration und Flucht“ den Text „Das Ganze verändern“ auf die Probleme von Menschen, die uns in Flucht und Migration begegnen.

Weltweit sind Millionen und Abermillionen von Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, ethnischer und politischer Verfolgung, vor sexueller und wirtschaftlicher Ausbeutung, Naturkatastrophen, Perspektivlosigkeit und Armut. Die EU, die G-8-Staaten und das globale bedingungslos durchbuchstabierte, menschenverachtende System des Kapitalismus sind maßgeblich verantwortlich dafür und schaffen selbst die Fluchtursachen. Landgrabbing, Strukturanpassungsmaßnah-

men in fast allen Ländern, Agrarsubventionen der EU und der USA, systematische Überfischung der Küstengebiete Afrikas, Errichtung von Freien Produktionszonen, Waffenhandel und Warlordisierung, Nahrungsmittelspekulationen und ‚Teller in den Tank‘-Biosprit stellen nur einige da. Die nähere Betrachtung der Fluchtursachen lässt uns erkennen, dass übliche Kategorien versagen, um MigrantInnen zu erfassen. Der Begriff „Wirtschaftsflüchtlinge“ wäre wohl angemessen, wenn er nicht diskreditierend gemeint wäre und stattdessen zum Ausdruck brächte, dass Menschen aufgrund ihrer, durch die herrschende Wirtschaftsordnung verursachten, zerstörten Lebensgrundlagen fliehen. Es geht ihnen nicht um wirtschaftlichen Gewinn, sondern ums Überleben. Wer überleben will, ist kein Schmarotzer, sondern klagt sein grundlegendstes Recht ein: das Recht auf Leben. Und die Zerstörung der Lebensgrundlagen verschärft sich, je mehr der gesamte Globus den Gesetzen der Vermehrung des Kapitals unterworfen wird.

Die Politik reagiert auf diese weltweit zunehmende Migration und Flucht mit immer schärferen Maßnahmen. Mit der Änderung des Grundgesetzes 1993 steht nicht mehr die Frage nach dem Asylgrund im Vordergrund, sondern die Frage nach dem Fluchtweg. Somit war politisch der Weg bereitet immer schärfere Maßnahmen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen einzuleiten. Frontex ist ein zentrales Instrument der Abwehrmaßnahmen und sichert seit 2004 aktiv die Außengrenzen der Festung Europa ohne Rücksicht auf Menschen- und Flüchtlingsrechte mit einem seit 2009 jährlichen Budget von etwa 90 Mio. Euro. Abschiebegefängnisse und Abschiebelager im Innern sind das Pendant zu den scharf bewachten Außengrenzen Europas. Wenn wir Migration und Flucht im Zusammenhang der globalen Krise des Kapitalismus begreifen, erweisen sich Abschreckung, Abschottung und Abschiebung als Strategien, die die Krise des Kapitalismus zu verwalten statt sich den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen. In dieser Strategie gegen Menschen auf der Flucht spiegelt sich die veränderte Rolle des Staates, der in seiner Macht keineswegs zurückgedrängt wird. Abgebaut wird lediglich der Sozialstaat, während keine Kosten und Mühen gescheut werden den Staat als Sicherheitsstaat mit immer mehr Möglichkeiten der Überwachung sowie polizeilicher und militärischer Intervention hochzurüsten.

Je mehr sich der Sozialstaat verabschiedet, desto hemmungsloser rüstet der Sicherheitsstaat auf: Militarisierung nach Außen und Repressionen nach Innen sind seine Antwort darauf, dass im Kapitalismus immer mehr Menschen für die Verwertung des Kapitals überflüssig gemacht werden. Im ‚Namen des Gesetzes‘ werden Eigentümer vor den ‚Überflüssigen‘ geschützt. Der bürgerliche Rechtsstaat ist eng mit dem Schutz des Eigentums und der Legitimation von Gewalt verbunden. Wer die Rechte des Eigentümers verletzt, versetzt sich gegenüber der Ordnung in den Kriegszustand und dies rechtfertigt den Einsatz von Gewalt, „Despotischer Gewalt“, wie Franz Hinkelammert sie nennt. Max Weber formuliert: „Bei Strafe des ... ökonomischen Untergangs sind diese Eigengesetzlichkeiten zu beachten.“ Dagegen hilft auch keine Ethik. Den Gesetzen der Wirtschaft entspricht der Formalismus des Rechts. Hier ist kein Platz für Forderungen nach „ma-

terieller Gerechtigkeit“, die sich am konkreten Fall und an konkreten Personen orientieren. „Das Gesetz des Despoten“ wird zum „Despotismus der Gesetzlichkeit“, wenn nur die formale Übereinstimmung mit dem Gesetz den Akt legitimiert, ohne dass nach den Konsequenzen für das Leben der konkreten Menschen gefragt wird.

Dies bekam die kurdische Familie Yilderim, Ali, Nafiye, Serhat, Cebrail und Emine aus Koblenz zu spüren. 1996 waren die Eltern aus der Türkei geflohen, hatten in der Hoffnung auf Asyl und baldige Familienzusammenführung drei kleine Kinder in der Obhut der Großmutter zurücklassen müssen. Hier erhielten sie aber nur immerwährende Duldungen, was ihre Pläne vereitelte; drei weitere Kinder kamen hier zur Welt. Als die Abschiebung 2005 drohte, fand sich schnell ein Unterstützerkreis. Gebetsmühlenartig wurde der Familie von Politikern und Medien immer wieder mangelnde Integrationsbemühungen, Missbrauch durch „arglistige Täuschung“ vorgeworfen und Sozialmissbrauch unterstellt. Sozialneid wurde geschürt und Entsolidarisierung systematisch betrieben. Bezeichnend für die Rechtfertigungsstrategien von Politik und Medien ist die Tatsache, dass all das konsequent ausgeblendet wurde, was mit der Gefährdungs- und Lebenslage der Familie, vor allem der Kinder, zu tun hatte und was an politischen und humanitären Fragen zu diskutieren wäre. Am 30. Oktober 2006 wurden Ali und Nafiye Yilderim zusammen mit ihren drei, in Deutschland geborenen Kindern Serhat (9), Cebrail (7) und Emine (4) formaljuristisch korrekt aus dem Kirchenasyl in Koblenz Neuendorf in ein für die Kinder völlig fremdes Land mit fremder Sprache und Kultur und eine ungewisse Zukunft für die gesamte Familie abgeschoben.

Mehr zum Fall der Yildrims ist im Buch „Abschiebung aus der Stadt zum Bleiben“ dargestellt, in der auch die global agierende Firma Züblin, die in Koblenz gerade das neue Kulturzentrum baut, vorgestellt wird, die in Projekte verstrickt ist, die zur Vertreibung von Menschen führen.

In der Politik der Öffnung für nützliche und der Ausgrenzung überflüssiger MigrantInnen und Flüchtlingen, spiegelt sich, was der Mensch im Kapitalismus letztendlich wert ist. Menschen werden reduziert auf ihre ökonomische Nützlichkeit als verwertbares Humankapital. Was für Obdachlose, Langzeitarbeitslose, Hilfebedürftige – also die nicht verwertbaren – der eigenen Nation noch nicht in letzter Konsequenz durchgesetzt werden kann, wird schon einmal in Form von Sozial- und Rechtsabbau an den ‚Ausländern‘ erprobt. Sie werden pauschalen Vorwürfen des Missbrauchs und des Schmarotzertums ausgesetzt. Diese ideologische Begleitmusik tauchte dann bei Hartz IV Empfängern wieder auf. Kapitalismus ist strukturell mit Wettbewerb und Konkurrenz und der damit verbundenen Selektion in Starke und Schwache verbunden. Hier bietet sich Nährboden für Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Orientierungen, die – so zeigt die „Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ von Prof. Heitmeyer 2010 – bis weit in die Mitte der deutschen Gesellschaft reicht.

**Barbara Bernhof-Bentley**  
Vorsitzende des Ökumenischen Netzes





# Militarisierung von Politik und Gesellschaft

Immer mehr politische und gesellschaftliche Bereiche werden militärischem Denken und Handeln unterworfen. Nur an wenige Facetten sei erinnert: Außen- und Entwicklungspolitik werden mit militärischen Interessen vermischt. Minister Niebel will – wie seine Initiative vom Frühsommer 2010 zeigte – ziviles Engagement in Afghanistan vor allem dann finanziell fördern, wenn es zur Befriedung im Bundeswehr-Einsatzbereich dient (s. Netz-Telegramm 2/2010). Umfangreiche Formen von ziviler und militärischer Zusammenarbeit wurden entwickelt. Dazu gehören die enge Kooperation zwischen Polizei und Bundeswehr im Innern. Im August 2012 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass in ‚Extremfällen‘ die Bundeswehr nun auch ganz offiziell militärische Mittel im Innern einsetzen kann. Mit dieser Entscheidung wird auch der Führungsrolle der Bundesrepublik innerhalb der Nato-Strategie „Urban Operations“ entsprochen.<sup>1</sup>

Unter dem Dach von EULEX sind im Kosovo Aufstandsbe-kämpfungspolizei, andere Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte vereinigt. In Frontex werden die Kräfte zur brutalst möglichen Abwehr von Menschen gebündelt, die als Flüchtlinge um ihr Überleben kämpfen. Öffentliche Auftritte der Bundeswehr und Inszenierungen wie Öffentliche Ver-eidigungen, Gedenkrituale, Zapfenstreich, Konzerte bis hin zu Auftritten in Kirchen, Werbekampagnen und schließlich der ‚Angriff‘ auf die Schulen sind Teil einer breiten Strategie, das Militär und mit ihm militärisches Denken und Handeln öffent-lich zu legitimieren, es präsent und plausibel zu machen. Die Offensive des Militärs ist nicht einfach aus dem Ideenhimmel gefallen, sondern folgt durchaus irdischmateriellen Interessen.

## „Aktives Eingreifen – Moderne Verteidigung“

Dies ist der Titel, der über dem strategischen Konzept steht, das die Nato sich im November 2010 gegeben hat. In ihm werden in einem Sammelsurium alle möglichen Bedrohungen aufgelistet: Piraterie, Cyberkriminalität, Terrorismus, Klimawandel, Drogenschmuggel, Umweltkatastrophen, Flüchtlingsströme, Abschmelzen der Polarkappen, Prolifera-tion, Waffenschmuggel, Lebensmittel- und Wasserknappheit.

Diese scheinbar willkürlich und assoziativ zusammengestellte Bedrohungsliste offenbart ihren Sinn, wenn wir die Bedrohungen als Ausdruck der mit dem Kapitalismus verbundenen Zer-störungsdynamik verstehen. In dem neuen Strategiekonzept der Nato laufen die Veränderungen zusammen, die in den letz-ten Jahren ohne große Debatten, sondern gleichsam still-schweigend in einer Salamtaktik durchgesetzt wurden. Sie lassen sich als Umorientierung von der Landesverteidigung zur Interessenverteidigung beschreiben. Zur Salamtaktik, mit der sie durchgesetzt wurde, gehörten die verschiedenen Kriegsein-sätze.

In ihrer Anfangsphase wurden sie noch humanitär bemäntelt. Der grüne Außenminister Josef Fischer ließ nicht einmal die Perversität aus, ‚Auschwitz‘ als Legitimation für den Krieg gegen Jugoslawien zu bemühen, wo doch humanitäre Skrupel nie aufkommen, wenn Diktatoren und ihre Menschenrechts-verletzungen mit westlichen Interessen konform sind. Inzwi-schen sind solche Eiertänze nicht mehr nötig. Den Durchbruch hat der ehemalige Bundespräsident Köhler geschafft – und mit dem Rücktritt bezahlt. Er hat zum ersten Mal deutlich ausge-sprochen, dass es bei den neuen Kriegen um wirtschaftliche In-teressen geht.

Wenige Monate später konnte der ehem. Verteidigungsminister von Guttenberg die Früchte dieses Bauernopfers ernten. Ohne dass sich ein Sturm der Entrüstung bildete, sprach er gelassen die Interessen aus, um die es geht: „Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und geostrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.“ Entsprechend müsse die „deutsche Wirtschaft weltweit militärisch betreut werden“.<sup>2</sup>

## Militarisierung – eine Antwort auf die Krise des Kapitalismus

Die nicht mehr humanitär verblühten Plaudereien des ehem. Verteidigungsministers sind natürlich keine Analyse. Ihr kommen wir einen Schritt näher, wenn wir die neuen Kriege im Zusammenhang der Krise des Kapitalismus begreifen. Sie wird sichtbar in der wachsenden Zahl von Menschen, deren Arbeit für die Verwertung des Kapitals ‚überflüssig‘ ist. Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben aber nur diejenigen, deren Arbeit verwertbar ist. Angesichts der inneren Schranke der Kapitalverwertung – der Entsorgung von Arbeit und dem damit verbundenen Verlust an Vergegenständlichung von Wert in der Ware – sinkt die Zahl der Verwertbaren, während die Zahl der ‚Überflüssigen‘ steigt.

Vor diesem Hintergrund muss die Zwangsintegration in den Weltmarkt durch die bekannten Maßnahmen von Deregulierung und Privatisierung, Öffnung der Märkte und kostengünstige Produktion für den Export – also das ‚Fitmachen‘ für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt – notwendig scheitern.

Die Folgen zeigen sich in wirtschaftlichen und politischen Zusammenbrüchen ganzer Regionen und Staaten. In diesen Zusammenhängen verlieren Staaten Macht über ihr Territorium. Ihre Regulations- und Integrationsmacht bricht zusammen und damit auch ihr Gewaltmonopol. So werden die sog. ‚neuen Kriege‘ auch nicht mehr einfach von Staaten geführt, sondern von Milizen, Warlords oder international agierenden Terrornetzwerken. Wo die Marginalisierung solche Ausmaße erreicht, dass an eine Überlebessicherung durch Lohnarbeit nicht mehr zu denken ist, werden zudem Kriminalität und Bürgerkriege für Tausende von Menschen zu einer perversen Möglichkeit des Überlebens. Sie werden sowohl im Überlebenskampf ‚auf eigene Faust‘ als auch durch den Dienst in der Miliz eines Warlords gesucht. Die von Markt und Staat ‚regulierte‘ Konkurrenz schlägt um in einen verwilderten Konkurrenzkampf um das nackte Überleben.

Darin sieht die kapitalistisch verfasste Weltgemeinschaft kein ‚humanitäres Problem‘. Ein Problem entsteht jedoch dann,

wenn die Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Strukturen bedrohen, also wenn der Zugang zu Ressourcen und Transportwegen nicht mehr sicher ist, wenn politische Instabilitäten oder durch Migration entstehende soziale Unsicherheiten entstehen.

Damit ist der Kapitalismus mit einem neuen strategischen Problem konfrontiert: Es gibt kein außen und deshalb auch keinen ‚äußeren‘ Feind mehr, gegen den ein Land zu verteidigen wäre. Der Feind kommt vielmehr aus dem Inneren des Systems selbst. Das Scheitern des globalen Verwertungsprozesses produziert die Probleme, die dann – systemkonform – militärisch bekämpft werden sollen. Zu bekämpfen sind dann auf der Makroebene staatliche und halbstaatliche Regimes, die sich der ‚Integration‘ in den Weltmarkt entziehen. Auf der Mikroebene werden Terrorgruppen, Mafiabanden, Warlords, Restbestände zerfallender Staatsapparate, Massenkriminalität, Kidnapping-Industrie, Piraterie... zu militärisch-weltpolizeilichen Herausforderungen, jedenfalls dann, wenn solche ‚Störpotentiale‘ zentrale Funktionsstellen des Systems bedrohen. Worum es letztlich geht, ist eine Art militärischer Sicherheitsimperialismus. Gesichert werden sollen funktionierende Zentren und Wohlstandsinseln, d.h. Standorte und deren sicherer Zugang zu Rohstoffen.

## Militär gegen die Klimakrise

Dass es um Sicherheitsimperialismus angesichts der verheerenden Folgen des Kapitalismus geht, bestätigt die ‚Erklärung zur Sicherheit‘ der Nato von 2009. Angesichts der sichtbar werdenden Folgen der Klimakatastrophe – so heißt es – seien Instabilitäten zu erwarten. Genannt werden genau jene ‚Unsicherheiten‘, die als Folge kapitalistischer Zusammenbrüche bekannt sind. Entsprechend wird von Javier Solana und Benita Ferrero Walter in ihrem 2008 veröffentlichten Papier ‚Klimawandel und internationale Sicherheit‘ als wenig überraschende Konsequenz formuliert: „Die Überwindung und die Frühwarnung müssen sich in besonderen Situationen staatlicher Fragilität und politischer Radikalisierung auf Spannungen um Rohstoffe und die Energieversorgung, auf ökologische und sozioökonomische Belastungen, auf Bedrohungen für kritische Infrastrukturen und Wirtschaftsgüter, auf Grenzstreitigkeiten, auf die Auswirkungen hinsichtlich der Menschenrechte und auf potentielle Migrationsbewegungen erstrecken.“

## Kult des Heroismus

Dass es darum geht, angesichts der verschiedenen Krisenerscheinungen die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus militärisch zu sichern, bedarf in weiten Kreisen der Öffentlichkeit

# 2000

„Schwerpunkte unserer Arbeit:

Demokratie und Finanzmärkte“

„Entwicklungspolitisches Netzwerk

Rheinland-Pfalz“

keiner Legitimation mehr. Dies ist inzwischen so selbstverständlich, dass auf jede humanitäre Überhöhung verzichtet werden kann. Es gibt aber sehr wohl Bedarf, die Bereitschaft junger Leute zu fördern, bei solchen Sicherungseinsätzen mitzumachen und der Gesellschaft die nötigen Opfer plausibel zu machen.

Deshalb gilt es, Heroismus zu fördern, der in nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip kalkulierenden Marktgesellschaften bedroht ist. Um dies deutlich zu machen unterscheidet der Politologe Herfried Münkler zwischen heroischen und postheroischen Gesellschaften.<sup>3</sup> Heroische Gesellschaften (z.B. Afghanistan) sind durch Knappheit an physischen und Reichtum an moralischen Ressourcen gekennzeichnet. Umgekehrt verhält es sich bei postheroischen (westlichen) Gesellschaften. Bei ihnen kann die Knappheit an moralischen Ressourcen bei Stresssituationen (z.B. bei ‚zu vielen‘ eigenen Toten bei Kriegseinsätzen) zu einer Legitimationskrise bei Militäreinsätzen führen.

Mangelnder Heroismus ist vor allem vor dem Hintergrund marktwirtschaftlicher Orientierung ein Problem, da die marktwirtschaftliche Währung (Selbstbehauptung in der Konkurrenz, Leistung, Lohn) mit der zivilgesellschaftlichen Währung (Heroismus beim Einsatz des Lebens bis in den Tod) konkurriert. Dem Zweck, solchen Heroismus zu stärken, dienen in der Öffentlichkeit inszenierte Militärriptide von Öffentlichen Verteidigungen über Zapfenstriche bis hin zu unterhaltsamen Auftritten des Heeresmusikkorps.

### **Der Bundespräsident fordert Heroismus der „glückssüchtigen Gesellschaft“**

Auch die Rede von Bundespräsident Gauck im Juni 2012 vor der Führungsakademie der Bundeswehr sollte den Heroismus stärken. An dieser Stelle werden einige Redepassagen – die Bundeswehr, ihre Auslandseinsätze und die „glückssüchtige Gesellschaft“ betreffend – genauer betrachtet.

#### **Auszüge aus der Rede:**

„Liebe Soldatinnen und Soldaten, Sie schützen und verteidigen, was uns am wichtigsten ist, auch über die Grenzen unseres Landes hinaus: Freiheit und Sicherheit, Menschenwürde und das Recht jedes Einzelnen auf Unversehrtheit. Sie handeln im Auftrag einer freiheitlichen Demokratie. (...) Wir denken nicht gern daran, dass es heute in unserer Mitte wieder Kriegsversehrte gibt. Menschen, die ihren Einsatz für Deutschland mit ihrer körperlichen oder seelischen Gesundheit bezahlt haben. Und dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen. (...) Freiheit und Wohlergehen sehen viele als Bringschuld von Staat und Demokratie. Andere sind sehr gut darin, ihre Rechte wahrzunehmen oder gegebenenfalls auch vehement einzufordern. Und vergessen dabei allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz erfordert, Aufmerksamkeit, Mut, und manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben.“

Unsere Demokratie bringt Freiheit, Sicherheit und Unversehrtheit für die Afghanen? Durch einen Befehl des Oberst Georg

Klein starben bei einem Bombenangriff in der nordafghanischen Provinz Kundus am 4. September 2009 137 Menschen. Die meisten von ihnen Zivilpersonen, darunter Kinder und Jugendliche aus den umliegenden Dörfern. Am 6. Juni 2012 sind bei einem Luftangriff auf ein Haus in Afghanistan in dem eine Hochzeitsfeier stattfand, fünf Frauen, sieben Kinder und sechs Männer getötet worden. Der Blutzoll, den die afghanische Bevölkerung zu zahlen hat, bleibt, wie immer, unerwähnt.

Unerwähnt bleibt auch, was Sanktionen und Kriege in den Ländern anrichten: Die US-Außenministerin Madeleine Albright wurde im Mai 1996 zu den Folgen der UN-Sanktionen gegen den Irak befragt. In der Moderation hieß es: „Mehr als 500.000 Kinder seien in der Folge der Sanktionen gestorben, glauben Sie, dass es den Preis wert ist?“ Albright meinte: „Es ist eine schwere Entscheidung, aber wir denken, es ist den Preis wert.“

### **Und was versteht Herr Gauck unter Glück? Auf Wikipedia<sup>4</sup> findet man dies:**

Auf gesellschaftliche Zusammenhänge bezogen, liegt der Schlüssel zum individuellen Glück nach Klein (Stefan Klein ist ein deutscher Wissenschaftsautor. 2002 erschien sein Buch „Die Glücksformel oder wie die guten Gefühle entstehen“) darin, das eigene Leben selbst in der Hand zu haben. In gesundheits-schädlichen Stress gerate, wem es an Selbstbestimmung fehlt. Klein resümiert seinen Befund in Bezug auf gesellschaftspolitische Glücksvoraussetzungen: „Bürgersinn, sozialer Ausgleich und Kontrolle über das eigene Leben sind das magische Dreieck des Wohlbefindens in einer Gesellschaft.“

Unsere „glückssüchtige Gesellschaft“ besteht u.a. aus:

- Kinderarmut (über eine Million arme Kinder)
- Benachteiligten Frauen
- Diskriminierten MigrantInnen
- Unzumutbaren Verhältnissen in Asylbewerberheimen
- Pflegenotstand
- 32% prekär beschäftigter junger Menschen
- Es gibt ca. 860.000 Wohnungslose.
- Trotz Sozialleistungen sind in der BRD von Armut bedroht u.a.:
  - 7,2% der Erwerbstätigen, 13,4% der RuheständlerInnen,
  - 70,3% der Arbeitslosen
  - Gesamt ca. 13 Millionen Menschen.

In kaum einem anderen ‚reichen‘ Land ist die Ungleichheit und das Armutsrisiko in den letzten 15 Jahren so stark gestiegen wie in Deutschland.<sup>5</sup>

Damit Demokratie funktionieren kann, bedarf es des Einsatzes und der Opfer durch die BürgerInnen, nur so sind, so Gauck, Freiheit und Wohlergehen gesichert. Der/die BürgerIn soll aufmerksam sein, erkennen, dass von ihm auch „Das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben“ erwartet werden kann – nur so kann das Volk mobilisiert werden, um Kriege zu führen.

„Heroischen Gesellschaften ist der Gedanke des Opfers zentral: Erst die Bereitschaft zur Hingabe, auch des eigenen Lebens, im Dienst der Gesellschaft erbringt die Fülle des Prestiges für den Helden. Da die Opferidee ohne religiösen Transzendenzbezug nicht vorstellbar ist, führt die Auflösung religiöser Verbindlichkeiten in postheroische Verhältnisse.

Erlösungsreligionen, Nationalismus und Totalitarismus mobilisierten Heroismus. Die Demographie ist auch ein Faktor. Geburtenschwache Gesellschaften meiden das Opfer, junge Gesellschaften dagegen haben ein hohes ‚Heroisierungspotential‘.“<sup>6</sup>

## Bundeswehr und Kirchen

Nach Münkler geht es bei dem verstärkten öffentlichen Auftreten der Bundeswehr um Inszenierungen eines leeren Transzendenzbezugs, einer Überhöhung ohne Gott. Da will die Militärseelsorge mit ihrem Angebot eines mit Gott gefüllten Transzendenzbezugs nicht abseits stehen. Wie der aussehen kann, formulierte bei einer Trauerfeier für in Afghanistan gefallene Soldaten Militärgeneralvikar Wakehut in seiner Ansprache am 24.4.2010 in Ingolstadt als Trost für Angehörige und Kameraden: Der „Einsatz für eine einzige Menschheitsfamilie ist lohnend. (...) Dass dieses Ziel nicht erreicht ist, dass es trotzdem immer wieder Kriege, Feindschaft und Hass gibt, sollte uns aber nicht müde werden lassen, es ‚trotzdem‘ zu erreichen. Zu diesem ‚Trotzdem‘ sind wir als Christen in besonderer Weise aufgerufen; denn Jesus selbst ist es, der dieses ‚für alle‘ uns immer wieder ans Herz legt: Am Ende des Matthäusevangeliums sagt er zu seinen Jüngern: Darum geht zu allen Völkern, und macht alle Menschen zu meinen Jüngern; tauf sie und lehrt sie, alles zu befolgen, was ich euch geboten habe. Ihre Kameraden, Ihre Väter und Ehemänner, Ihre Lebenspartner, Ihre Söhne und Brüder haben dafür ihr Leben geopfert. Und es gibt keine größere Liebe als die – sagt Jesus – wenn einer sein Leben hingibt für seine Freunde.“

Die „einzige Menschheitsfamilie“ wird durch die mit dem Kapitalismus verbundenen Zerstörungspotentiale an den Rand der Lebens und des Überlebens getrieben. Jetzt soll das Militär, das die Funktionsfähigkeit jener Zerstörungsmaschinerie sichern soll, in den Dienst „für eine einzige Menschheitsfamilie“ gestellt und die für diesen Zweck unabdingbare Vernichtung

des Lebens von Soldaten im Namen Jesu als Heroismus zum Tod schmackhaft gemacht werden.

**Heri Böttcher/Peter Weinowski**

## Anmerkungen

1) Im Rahmen der NATO-Arbeitsgruppe „Urban Operations“, in der die Aufstandsbekämpfung in den urbanen Zentren der sogenannten Dritten Welt geplant wird, hat Deutschland die Funktion der „Führungsnation“ („lead nation“) übernommen (North Atlantic Treaty Organisation - Research and Technology Organisation: Urban Operations in the Year 2020. RTO Technical Report 71, Neuilly sur Seine 2003).

Integraler Bestandteil der deutschen Führungsrolle ist die Errichtung einer Manöver-Modellstadt: Die deutschen Streitkräfte haben bekannt gegeben, dass sie bis 2017 für 100 Mio. Euro auf dem Truppenübungsplatz Altmark bei Magdeburg (Sachsen-Anhalt) eine eigens für den Häuser- und Straßenkampf konzipierte Übungsstadt errichten werden. „Schnöggersburg“ – benannt nach einer 1936 von der Nazivermacht zwangsgeräumten Ortschaft – soll insgesamt 500 Gebäude erhalten, verteilt auf eine „Altstadt“, verschiedene Wohnviertel, ein Industriegebiet und ein Elendsquartier; vorgesehen sind außerdem ein U-Bahn-Tunnel, Kanalisations- und Kellerschächte sowie eine Stadtautobahn. Dem deutschen Militär zufolge handelt es sich um eine „Fabelstadt, die sich in der ganzen Welt befinden könnte“ (Angriff in Schnöggersburg; vgl. <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1334258342491&openMenu=1013016724285&calledPageId=1013016724285&listid=1018881578312>).

Schon heute verfügt die Bundeswehr Presseberichten zufolge über das „modernste Übungszentrum Europas“ für Militäroperationen in städtischen Gebieten (Bundeswehr baut Kampfstadt in der Heide; vgl. [http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/gefechtsuebungszentrum100\\_zc-a2551f81\\_zs-ac30b3e4.html](http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/gefechtsuebungszentrum100_zc-a2551f81_zs-ac30b3e4.html)).

Das Ganze wird von der Rüstungsschmiede Rheinmetall betrieben. Wie der Konzern mitteilt, trainieren hier jährlich bis zu 25.000 NATO-Soldaten den Häuserkampf oder das Verhalten gegenüber einer aufgebrauchten Menschenmenge (!). Rheinmetall Defence sorgt in der Altmark mit einem PPP-Rahmenvertrag (PPP - Private-Public-Partnership - ist der Fachbegriff für die Auslagerung von staatlichen Aufgaben an private Unternehmen) für reibungslosen Betrieb des Gefechtsübungszentrums des Heeres ([http://www.rheinmetall.de/de/rheinmetall\\_ag/press/current\\_topic/news-details\\_384.php](http://www.rheinmetall.de/de/rheinmetall_ag/press/current_topic/news-details_384.php)).

2) Vgl. Junge Welt: Gutenberg wirbt für neue Wirtschaftskriege. Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen: Verteidigungsminister erklärt Aufgaben der Bundeswehr, in Junge Welt, 10.11.10.

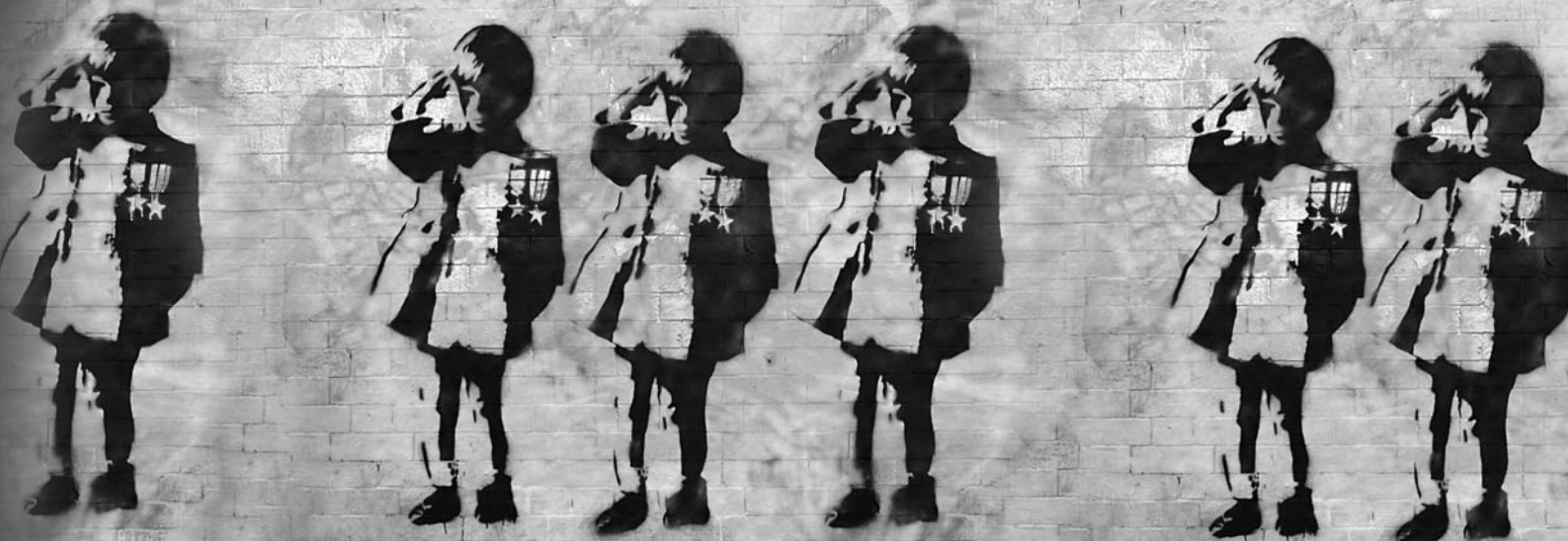
3) Vgl. Münkler (2002): Heroismus ist unverzichtbar, in: Focus, 9/2002, [http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-heroismus-ist-unverzichtbar\\_aid\\_207759.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-heroismus-ist-unverzichtbar_aid_207759.html).

4) Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Glück>.

5) Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland, <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/>.



„Schulfrei für die Bundeswehr“ forderte ein zivilgesellschaftliches Bündnis anlässlich der Landtagswahlen im März 2011 in Rheinland-Pfalz ... leider geht der ‚Bund‘ weiter zur Schule.“



# Schulfrei für die Bundeswehr

## Die Einsätze der Bundeswehr in Schulen als Strategie zur Unterstützung der Sicherheitsdoktrin der Bundesregierung

Das Ökumenische Netz unterstützte 2010 und 2011 mit vielen weiteren Gruppen aus Rheinland-Pfalz die Kampagne ‚Schulfrei für die Bundeswehr‘. In den Debatten innerhalb des Bündnisses ging es auch um die Frage, ob der Kooperationsvertrag zwischen der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und der Bundeswehr gänzlich aufgehoben oder ob dieser um die Kooperation mit Friedensinitiativen ergänzt werden müsse. Uli Suppus vom Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland sieht in beiden Positionen eine gewisse Berechtigung, geht aber nach der Erläuterung zum Vorgehen der Bundeswehr an Schulen mit seiner Einschätzung darüber hinaus.

Deutschland mischt auch militärisch wieder mit in der Welt, die Bundeswehr ist in Kriege verwickelt wie wir seit der kurzen Amtszeit von Herrn Guttenberg als Verteidigungsminister sagen dürfen.

Diese Tatsache hat auch innenpolitische und gesellschaftliche Auswirkungen. Die Bundesregierung und die Bundeswehr sorgen dafür, dass die militärischen Auslandseinsätze, damit auch das aktive Töten zur Aufrechterhaltung ‚unseres‘ Wohlstandes, gesellschaftlich akzeptiert werden.

„Gewehr im Anschlag, Finger am Auslöser, ein Dorf mit Modellhäusern im Visier, über ihnen ein Tarnnetz – ein Foto mit etwa zehnjährigen Kinder bei einem Tag der offenen Tür in einer Kaserne in Bad Reichenhall sorgten kürzlich für Aufsehen. Solche Veranstaltungen sind wichtiger Bestandteil der Werbestrategie der Bundeswehr. Die deutschen Streitkräfte benötigen jährlich 23.000 neue Rekruten. Die Aussetzung der Wehrpflicht hat den Rekrutierungsdruck verstärkt, die Werbemaßnahmen wurden ausgeweitet.“<sup>1</sup>

## Die Einsätze zur politischen Bildung der Jugendoffiziere in den Schulen

Jugendoffiziere treten seit 1958 als Referenten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr zu Verteidigungsfragen in Schulen auf. Grundlegend dafür ist ein Beschluss der Kultusministerkonferenz, der den Jugendoffizieren die Schulen öffnete.

Im Jahresbericht der Jugendoffiziere ist sehr akribisch aufgeführt wie viele Einsätze erfolgt sind und wie viele Zielpersonen erreicht wurden:

„Im Berichtsjahr 2010 haben die Jugendoffiziere der Bundeswehr bei insgesamt 7.350 Veranstaltungen 176.862 Menschen informiert. Neben dem Schulvortrag mit im Kern sicherheits- und verteidigungspolitischen Themenbezug als Schwerpunkt-aufgabe erfreuen sich das Planspiel Politik und internationale Sicherheit (POL&IS) und die ebenfalls mehrtägigen sicherheitspolitischen Seminare einer ungebrochen hohen Nach-

„Tag der Menschenrechte 2000: Abschiebehaft abschaffen – Abschiebekomplex Ingelheim“

Leitartikel Netztelegramm

Mai: Außerordentliche Mitgliederversammlung zur Vorstandswahl

2000

frage. Das Angebot konnte die Wünsche insbesondere zu POL&IS nicht vollständig decken, da die Kapazitätsgrenzen erreicht wurden.

Insgesamt führten die Jugendoffiziere bundesweit 1.064 sicherheitspolitische Seminare und Planspiele POL&IS mit 40.330 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an über 3.400 Veranstaltungstagen durch. Durch intensive thematische Befassung im Rahmen dieser in Vorbereitung und Durchführung zeitintensiven Veranstaltungen findet eine nachhaltige und wirksame Information der Schülerinnen und Schüler, der Referendarinnen und Referendare sowie sonstiger Teilnehmer statt. So werden Teilnehmer des Planspiels POL&IS über mehrere Seminartage in die Rollen von Regierungen und Bündnisrepräsentanten versetzt. Sie simulieren Weltpolitik mit all ihren Wechselwirkungen und zu beachtenden politischen und wirtschaftlichen Vernetzungen.

Darüber hinaus wurden 430 Besuche bei der Truppe mit 15.237 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Das Angebot wird nach wie vor sehr häufig von Lehrerinnen und Lehrern für ihre Schulklassen nachgefragt. Hier steht oftmals das Interesse an der Praxis des soldatischen Dienstes und dem Gespräch mit Soldatinnen und Soldaten für Schülerinnen und Schüler im Vordergrund.<sup>42</sup>

### **Jugendoffiziere vertreten und vermitteln interessengesteuerte einseitige Inhalte**

Laut Kurzbeschreibung zur Tätigkeit der Jugendoffiziere können sie zu folgenden Themenbereichen angefragt und eingesetzt werden:

- „die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland,
- die Einbindung Deutschlands in NATO, EU, OSZE und Vereinte Nationen,
- den deutschen Beitrag zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung,
- die ethischen, moralischen und rechtlichen Grundlagen des soldatischen Dienens,
- das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft,
- den Sachstand, die Perspektiven und die Herausforderungen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr,
- den Alltag in der Truppe sowie den laufenden Transformationsprozess der Streitkräfte.“<sup>43</sup>

Alleine diese Aufzählung macht deutlich, dass die Jugendoffiziere zur gesellschaftlichen Akzeptanz der militärischen Verteidigungsdoktrin eingesetzt werden. Sie verfügen über keine Informationen zu zivilen Methoden und Möglichkeiten der Krisenbewältigung; auch in Berichten über das so hoch gepriesene Planspiel POL&IS wird deutlich, dass Gewaltfreiheit und Kriseninterventionen mit zivilen Mitteln keine große Rolle spielen.

### **Kosten**

Alleine die jährlichen Personalkosten für die hauptamtlichen Jugendoffiziere beliefen sich 2008 auf rund 4,5 Mio. €. <sup>44</sup> Hinzu kommen natürlich mehrere Millionen für Material und Sachkosten, z.B. die Produktion des Bildungsmaterials, das Lehrern und Lehrerinnen im Klassensatz kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Terre de Hommes und die GEW schreiben dazu, dass die verfügbaren Haushaltsmittel für die Nachwuchswerbung der Bundeswehr von neun Millionen Euro (1998) auf 27 Millionen Euro (2010) gesteigert wurden.<sup>5</sup>

### **Kooperationsverträge der Bundeswehr mit Bildungsministerien der Länder**

Die Bundeswehr hat in den letzten Jahren mit zehn Bundesländern sog. Kooperationsverträge geschlossen, mit denen sie den Einsatz in den Schulen, aber auch in der Lehrer- und Referendarsausbildung regeln. Mit diesen Verträgen ist der Bundeswehr ein geregelterer und besserer Zugang zu Schulen ermöglicht. In Nordrhein-Westfalen z.B. ist damit eine Zuordnung der einzelnen Wehrbereiche zu den Schulen verbunden, die den Schulen eine leichte und schnelle Kontaktaufnahme ermöglicht.

### **Der Einsatz der Jugendoffiziere in Schulen verstößt gegen den Beutelsbacher Konsens**

Der „Beutelsbacher Konsens“ ging 1976 aus einer Tagung der Landeszentrale für Politische Bildung in Baden-Württemberg hervor. Er formuliert einen Minimalkonsens zum Abschluss der Debatte über die Richtlinien der politischen und didaktischen Inhalte für die Lehrpläne politischer Bildung.

Der Beutelsbacher Konsens beinhaltet drei Grundsätze:

- „Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und

# 2001

„Das Thema Schuldenerlass muss auf der Tagesordnung der G7 bleiben!“ Erklärung des Ökumenischen Netzes

„Statt Rache und Vergeltung: zivile Maßnahmen, Stärkung des Rechts, weltweite Politik sozialer Gerechtigkeit.“

Gemeinsame Erklärung des Vorstands des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar und des Vorstands von Pax Christi Bistum Trier zu den Terroranschlägen in den USA und ihren Folgen

damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.“ Für den schulischen Unterricht bedeutet dieses „Überwältigungsverbot“, junge Menschen anzuregen, ihren Verstand und ihre Urteilskraft für eine eigene Meinung zu trainieren.

- „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.“ Zusammen mit dem Überwältigungsverbot bedeutet dieses Kontroversitätsgebot die Forderung danach, unterschiedliche Standpunkte darzulegen und alternative Optionen zu erläutern. Wenn bestimmte Standpunkte im Unterricht nicht vorkommen, ist darüber indirekt ein Urteil gesprochen. Das Gebot zur Kontroverse soll einer Indoktrination vorbeugen.

- „Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen“ (Bindung an das Interesse der Schülerinnen und Schüler).

Dr. Tilman Hoppe kommt in einer im März 2010 veröffentlichten Ausarbeitung zur „Bundeswehr im Schulunterricht“ des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags zum Ergebnis: „Je umstrittener in der Öffentlichkeit die Inhalte der [Schul-]Veranstaltung sind, desto eher muss die Schule auf die Ausgewogenheit achten. Eine gezielte Beeinflussung der Schüler in eine bestimmte Richtung ist verfassungsrechtlich unzulässig.“ Weiter schreibt er: „Geht es um politischere Themen, wie z. B. Einsätze der Bundeswehr im Ausland oder Übergriffe bei der Ausbildung von Rekruten, muss die Schule ausgewogene politische Sichtweisen vermitteln.“<sup>6</sup>

## Die Gegenbewegung

Etlche Organisationen von der GEW über DFG-VK, Jugendverbände, Friedensgruppen und Friedensdienste haben sich der Forderung „Bundeswehr raus aus den Schulen“ oder „Schule ohne Bundeswehr“ angeschlossen. 2011 startete die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Friedensbildung statt Militarisierung“, von der AGF in Trier koordiniert, mit dem Ziel, den Vertrag mit der Bundeswehr aufzukündigen. Leider ging die Strategie, anlässlich der Landtagswahl im März 2012, die Kündigung des Vertrages mit der Bundeswehr in die Koalitionsverhandlungen durch die Grünen aufzunehmen, nicht auf.

Viele Organisationen vertreten inzwischen eindeutig die Position, dass die Bundeswehr keine politische Bildung und Werbung in unseren Schulen betreiben darf und fordern Politiker und Politikerinnen auf, sich dafür einzusetzen die Jugendoffiziere abzuziehen.

Das „Netzwerk Friedensbildung in Rheinland-Pfalz“ versucht durch einen eigenen Vertrag mit dem Bildungsministerium engagierte Menschen aus Friedensgruppen, Friedensorganisationen und Kirchen über eine Angebotsliste für die Schulen als Referenten und Referentinnen mit Informationen zu einer gewaltfreien und zivilen Konfliktlösung erreichbar zu machen.

## Einschätzung und Positionierung – die zunehmende Militarisierung entlarven

Die Einsätze der Bundeswehr in den Schulen machen deutlich wie durch die einseitige Information eine Akzeptanz für militärische Gewalt erreicht werden soll. Sich für eine kritische, sachliche und kontroverse politische Bildung in Schulen einzusetzen heißt dementsprechend auch, sich gegen die Einflussnahme der Bundeswehr zu richten.

Die Kooperationsverträge der Bundeswehr mit den Ländern zur Zusammenarbeit in Schule und Lehrerausbildung tragen dazu bei, den einseitig militärischen Blick auf die Problemfelder der Welt in die Herzen und Köpfe der jungen Leute zu tragen und andere – friedenspolitische – Konzepte in den Hintergrund zu drängen. Insofern tragen die Kooperationsverträge nicht zur ‚Bildung‘ bei, sondern verhindern vielmehr eine notwendige kritische Auseinandersetzung.

Auch die Position, Vertreterinnen und Vertreter der Friedensbewegung in den Unterricht miteinzubeziehen, stellt keine Lösung dar, da sie sich schon alleine durch die geringeren finanziellen Möglichkeiten und schwierige Praktikabilität, wie es das Netzwerk Friedensbildung in Rheinland-Pfalz zeigt, als wenig wirksam erweist.

Stattdessen gilt es eine Friedenspädagogik zu fordern und zu entwickeln, die das Ziel hat „militärische Gewalt als Mittel der Selbstbehauptung und der Besitzerweiterung herrschender Machteliten zu entlarven und die (...) gleichzeitig einen Beitrag zur Entmythologisierung von kriegerischen Idealen des Heldentums und Patriotismus dar(stellt). Die kritische Bewertung der Kriegsgeschichte muss in einer aktuellen Gesellschafts- und Militärkritik münden.“<sup>7</sup>

Die Schlussfolgerung von Lena Sachs in ihrer Bachelorarbeit bringt wichtige Forderungen zum Ausdruck: „Schulunterricht sowie außerschulische Bildung müssen Möglichkeiten bieten, Utopien zu entwerfen und über die gegebenen Strukturen und Möglichkeiten hinauszudenken. Der Einfluss der Bundeswehr auf Bildungseinrichtungen macht dies unmöglich. Veränderungen entstehen in den Köpfen der Menschen und können nur dann umgesetzt werden, wenn gelernt wurde diese zu denken. „Friedenspädagogik“ ist demnach eine Erziehung und Bildung zur Veränderung der Welt.“<sup>8</sup>

### Anmerkungen

- 1) terre des hommes/GEW: die zeitung, 2/2011, 2.
- 2) BMVg Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010, 4.
- 3) BMVg Kurzbeschreibung der Tätigkeit der Jugendoffiziere als Anlage im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010.
- 4) Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Informationsarbeit der Bundeswehr an den Schulen, Drucksache 16/8852, 21.04.2008.
- 5) terre des hommes/GEW: die zeitung, 2/2011, 24.
- 6) Schulze von Glaßer, M.: Die Bundeswehr im Klassenkampf. Der Jahresbericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2009, IMI Standpunkt 20110/27, <http://www.imi-online.de/2010/07/15/die-bundeswehr-im-kl>.
- 7) Sachs, L.: Die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungseinrichtungen – Eine kritische Analyse, Freiburg 2012, 86.
- 8) Ebd., 86.



# Aufschrei gegen Waffenhandel

## Kapitalismus und Rüstungsexporte

**Das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar versucht in seinen Praxisfeldern die eigene kapitalismuskritische Orientierung immer mit einzubringen. So soll auch dieser Artikel zur im Mai 2011 gestarteten bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel: Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“ verstanden werden. An der Problematik der steigenden deutschen Rüstungsexporte soll exemplarisch die Krise des Kapitalismus aufgezeigt werden.**

Der Aufschrei gegen den starken Ausbau des Exports von Rüstungsgütern ist im tausendfachen Tod, den Verstümmelungen, der Profitorientierung des sog. militärisch-industriellen Komplexes und den durch die Bindung von Haushaltsgeldern verursachten Entwicklungshemmnissen in Ländern des globalen Südens begründet.

### Deutschland ist ‚Europameister‘

Nach dem Zweiten Weltkrieg erklärten alle deutschen Bundesregierungen, dass sie eine restriktive Rüstungsexportpolitik betreiben würden. Trotzdem sind die deutschen Rüstungsexporte seitdem massiv gestiegen. Seit einigen Jahren ist Deutschland „Europameister“ und drittgrößter Rüstungsexporteur weltweit. Deutschland hat 2010 laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI einen Anteil von ca. 11 % am weltweiten Handel mit Groß- und Kleinwaffen inne gehabt, hinter den USA (ca. 30%) und Russland (ca. 20%). Deutschland nahm allein im Jahr 2010 etwa 2,12 Mrd. ein.<sup>1</sup>

### Export um jeden Preis

Laut Grundgesetzartikel 26(2) bedürfen zur Kriegsführung bestimmte Waffen der Genehmigung der Bundesregierung, bevor sie hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Näheres sollte ein Bundesgesetz regeln, wobei sich zwei Gesetze, namentlich Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und Außenwirtschaftsgesetz (AWG), ergänzen sollen. De facto wird aber das AWG als Exportförderungsgesetz mit möglichst wenig Regulierungen umgesetzt. Somit können gerade die Rüstungsgüter, die keine Kriegswaffen darstellen (Motoren für Kriegsschiffe und -flugzeuge u.v.m.), problemlos exportiert werden.

Normalerweise entscheidet das Wirtschaftsministerium bzw. das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle über den Export, in strittigen Fragen des Exports von Kriegswaffen der Bundessicherheitsrat. Dieser ist ein Gremium, dem KanzlerIn, Verteidigungs-, Außen- und EntwicklungsministerIn sowie weitere staatliche VertreterInnen angehören. Die Abstimmungsergebnisse bleiben geheim und der Bundestag darf bei Rüstungsexporten nicht mitreden.

### Warum aber sind die deutschen Exporte im letzten Jahrzehnt so stark gestiegen?

Zu konstatieren sind zunächst folgende Veränderungen auf dem globalen Rüstungsmarkt: (a) Es werden nicht mehr vollständige Waffensysteme geliefert, sondern Einzelteile, die in Empfängerländern zusammen gebaut werden. (b) Innerhalb von Bündnissen wie der NATO werden Rüstungsgüter aus Kostengründen immer häufiger gemeinsam genutzt. (c) Traditionelle Lieferbeziehungen lösen sich auf: Es wird mehr in sogenannte Drittstaaten<sup>2</sup> exportiert. So wurden zwischen 2007 und 2010 79% aller Rüstungsvereinbarungen mit Drittstaaten getroffen.<sup>3</sup>

Die erhöhten Exporte in Drittstaaten sind zum einen auf die Erneuerung alter Bestände und zum anderen den starken Wirtschaftsaufschwung in den letzten 15 Jahren in Schwellenländern und Ölstaaten zurückzuführen. Dies sind die Länder, vor allem im Nahen Osten und Südasien, die seit Jahren die höchsten Wachstumsraten in Bezug auf Rüstungsaufträge haben. Auch Rüstungsexporte in Entwicklungsländer nahmen in den letzten Jahren leicht zu, allerdings nicht so markant.<sup>4</sup>



## Die Rolle des Staates im Krisenkapitalismus

Das Motto der Kampagne: ‚Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht‘ läuft im zweiten Teil Gefahr, in eine moralisierende Verkürzung zu geraten. Die Frage der Rüstungsexporte ist nicht einfach eine Frage individueller Moral, sondern eingebunden in strukturelle Zusammenhänge der gegenwärtigen ‚Entwicklung‘ bzw. Krise des Kapitalismus.

Staat und Politik sind nicht das moralisch gute Gegenüber zu einer profitorientierten Ökonomie, die über Leichen geht. Die Rolle des Staates ist die des ‚ideellen Gesamtkapitalisten‘. Angesichts einer privat und in Konkurrenz organisierten Produktion und ihrer Krisenanfälligkeit hat er dafür zu sorgen, dass der Zusammenhang des kapitalistischen ‚Ganzen‘ gewahrt bleibt. Insofern kann er ethischen Imperativen nur soweit folgen, als diese seine Rolle als Wahrer der Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Gesamtzusammenhangs nicht in Frage stellen. An dieser Schnittstelle käme es darauf an, strukturelle Systemzwänge zu thematisieren, die sich nicht einfach durch Appelle an die ethische Verantwortung der Täter auflösen lassen. Systemlogik und Systemzwänge agieren durch die ‚Täter‘ hindurch, in ihrem Handeln, auch wenn sich die Grenze zwischen Ethik und System nicht empirisch genau benennen lässt.

Von der Rolle des Staates als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ sind im Blick auf Rüstungsexporte vor allem drei Aspekte wichtig:

### 1. Exportförderung

Auf Grund der Neuausrichtung der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer ‚schlankeren‘ Kriseneinsatzarmee, werden ältere deutsche Bestände verkauft und die Produktion lohnt sich nur noch, wenn der Export gesteigert wird. Das heißt, dass Markterhalt und -erweiterung hinter den gestiegenen Rüstungsexporten stecken. Dies ist eine Forderung, die von Arbeitgeberseite wie z. T. auch von ArbeitnehmervertreterInnen gestellt wird.

Zudem gehört Exportförderung zu den grundlegenden Aufgaben des kapitalistischen Staates. Kapitalistische Wertschöpfung ist seine materielle Grundlage, insofern er sich von Steuern aus dem Verwertungsprozess finanziert. Dieser gerät gegenwärtig immer schärfer unter den Druck der inneren Schranke kapitalistischer Produktion: der Entsorgung der Arbeit als Grundlage der Wertschöpfung.<sup>5</sup> Dies verschärft die globale Konkurrenz um Standort- und Absatzmöglichkeiten. Die Nationalstaaten unterstützen ‚ihre‘ Unternehmen in der globalen Konkurrenz, um auf neue Märkte vorzudringen und somit Umsatz und Gewinn zu steigern, was wiederum Steuern für den Staat abwirft und Arbeitsplätze sichert. Unternehmen werden Ausfallgarantien gegeben (Hermebürgschaften) und Ausfuhren immer einfacher gemacht.

Gerät der Kapitalismus – wie wir gegenwärtig erleben – immer schärfer in die Krise, werden Spielräume für ethisches Handeln enger. Die Sicherung der materiellen Grundlagen des Staates und die damit verbundene Systemlogik verdrängt ethische Orientierungen. Durch den Export – der nicht zuletzt aufgrund wachsender prekärer Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht wurde – hat sich Deutschland in der Krise besser behaupten können als konkurrierende Staaten. Ob in der Not der Selbstbehauptung in der kapitalistischen Konkurrenz dieser Standortvorteil durch ethisch reglementierte Rüstungsexporte konterkariert wird, ist zu bezweifeln.

### 2. Absicherung der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus angesichts weltweiter Krisen und Zerstörungsprozesse

Im Kapitalismus sichert Lohnarbeit die materielle Grundlage des Lebens und die Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben. Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben nur diejenigen, deren Arbeit verwertbar ist. Angesichts der inneren Schranke der Kapitalverwertung sinkt die Zahl der Verwertbaren, während die Zahl der ‚Überflüssigen‘ steigt. Dies hat Folgen für die Weltwirtschaft. Sie schrumpft auf eine schwindende Anzahl von Standorten der Kapitalverwertung zusammen, die von einem Meer ‚überflüssiger‘ Menschen und Regionen (im Sinne der Verwertung) umgeben sind.<sup>6</sup>

Das ‚Fitmachen‘ für den Weltmarkt ist vor diesem Hintergrund vermutlich für das Gros der Weltregionen nutzlos. Die Folgen sind wirtschaftliche und politische Zusammenbrüche, die „verwilderte Staatsapparate“ mit Klientelismus, Korruption und ausufernder Gewalt hinterlassen. Die Überreste von Staaten verlieren ihre Regulations- und Integrationsmacht und damit einen Großteil ihres Gewaltmonopols. Die von Markt und Staat ‚regulierte‘ Konkurrenz schlägt um in einen verwilderten Konkurrenzkampf um das nackte Überleben. Solange dies nicht den Rest der kapitalistischen Welt betrifft, wird kaum ein Problem darin gesehen. Wenn allerdings Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Strukturen bedrohen, vor allem der Zugang zu Rohstoffen und die Sicherheit von Transportwegen nicht mehr gewährleistet sind, oder durch Migration soziale Unsicherheiten entstehen, dann muss der globale Verwertungsprozess ggf. auch militärisch aufrecht erhalten werden.<sup>7</sup> Die Problematik der Rüstungsexporte müsste vor dem Hintergrund dieser Zerstörungsprozesse reflektiert und diskutiert werden. Die Rüstungsexporteure profitieren von Zerstörungen, die Folgen kapitalistischer Verwertungslogik sind, insofern diese die Nachfrage nach Waffen und anderen Sicherheitsgütern generieren.

Krisen erzeugen Widerstand, der von Staaten bekämpft wird. Die potenzielle Wandlung in neoliberale Polizeistaaten schafft

„Perspektiven der Solidaritätsbewegung“

NROs im Tauziehen mit Multis: Bilanz der

„Kampagne für Saubere Kleidung“

Leitartikel Netztelegramme

2001

einen erhöhten Sicherheitsbedarf, der wiederum Rüstungsgüter notwendig macht. Dies ist immer wieder in vielen Ländern zu sehen, aktuell z.B. in Syrien, Zimbabwe, aber auch in Griechenland durch seine EU-Außengrenze: Zur Systemsicherung nach innen und außen bedarf es einer steigenden Zahl an Rüstungs- bzw. Sicherheitssystemen.

### 3. Arbeitsplätze als Legitimation für Rüstungsexporte

Die Gründe für die Exportsteigerungen im letzten Jahrzehnt sind sicherlich auch in dem Erhalt der geschätzten 80.000 Arbeitsplätze in Deutschland zu suchen. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses Exportguts ist zwar marginal (ca. 0,2% machen die Rüstungsexporte an den deutschen Gesamtexporten aus), aber bei einem Milliardenvolumen auch nicht unerheblich.

Arbeit im Kapitalismus abstrahiert vom Inhalt der Arbeit. In der Warenproduktion zählt kaum was produziert wird, sondern dass und wie viel produziert wird. Es kommt darauf an, dass mittels der Verausgabung von Arbeit Kapital vermehrt wird. Damit ist die Frage nach der Qualität der Arbeit ausgeblendet. Die Produktion orientiert sich eben nicht an menschlichen Bedürfnissen oder auch an der Lebensfeindlichkeit der Produkte als negativem Maßstab.

ArbeitnehmerInnen stehen unter dem Zwang, ihre Arbeitskraft zum Markt zu tragen, wenn sie ihre materielle Lebensgrundlage sichern wollen. Für sie gilt: Jede Arbeit ist besser als keine. Warum sollte der Arbeitszwang der kapitalistischen Produktion bei Rüstungsexporten so einfach außer Kraft gesetzt werden können, entspricht sie doch der inneren Logik des Kapitalismus, durch Einsatz von Arbeit Geld zu vermehren. In einer Gesellschaft, die als ganze auf den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung des Kapitals ausgerichtet ist, erscheint Rüstungsproduktion und Rüstungsexport als selbstverständlich. Daran ändert auch der offensichtliche Widersinn nichts, menschliche Arbeitskraft und Technologie als Ausdruck menschlicher Kreativität für die ‚Produktion‘ von Tod und Zerstörung einzusetzen.

## Zweigleisigkeit einer Kampagne: Realpolitische Handlungsoptionen und radikale Kritik

Die Zerstörungskraft des Kapitalismus drückt sich meist in nicht direkt sichtbaren Strukturen aus. Rüstungsgüter und ihr Gebrauch sind hingegen ein bildhafter Ausdruck dieser Zerstörungskraft und Teil einer in der Krise zunehmenden Militarisierung. Auch wenn Rüstungsgüter nur einen geringen Anteil am deutschen Gesamtexport ausmachen, so sind der Anstieg des Waffenexports und die potenzielle sowie immer häufiger zu sehende, tatsächliche Zerstörungskraft von Rüstungsgütern so groß, dass die im Mai 2011 gestartete Kampagne mit ihren realpolitischen Forderungen zwingend erforderlich wurde. Die Empfindsamkeit für das Leid, das diese Waffen anrichten, sollte sich mit analytischen Fragen nach der Funktion dieser Waffen in den gegenwärtigen politisch-ökonomischen Konstellationen verbinden, der ‚Aufschrei‘ also zum Handeln und Nachdenken führen. Die aufgezeigten Thesen sollen die oft in Kampagnen im Schatten stehende systemische Kritik in den Vordergrund stellen und zur Diskussion anregen.

**Dominic Kloos**

### Anmerkungen

Ausführlicher Diskussionsbeitrag mit weiteren Details unter <http://www.oekumenisches-netz.de/frieden.html>.

- 1) Vgl. GKKE 2011: Rüstungsexportbericht 2011 der GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung), [http://www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/REB\\_2011\\_fuer\\_Presse.pdf](http://www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/REB_2011_fuer_Presse.pdf).
- 2) Vgl. Drittstaaten sind Staaten, die nicht einem gemeinsamen Abkommen oder einem Bündnis angehören.
- 3) Vgl. Grebe 2011: Vortrag/Aussagen von BICC-Vorteiler Jan Grebe auf der Fachtagung „Leopard, G 36 oder Fregatte – Deutschland als Waffenexporteur. Zur Theorie und Praxis restriktiver Exportrichtlinien“ am 19. Oktober 2011 in Koblenz/Kurt-Esser-Haus, [http://www.politische-bildung-rlp.de/uploads/tx\\_usernewsevents/ruestungsexporteur\\_deutschland\\_Grebe.pdf](http://www.politische-bildung-rlp.de/uploads/tx_usernewsevents/ruestungsexporteur_deutschland_Grebe.pdf)
- 4) Vgl. Grebe 2011; GKKE 2011.
- 5) Vgl. ausführlich dazu Kurz 2006: Marx lesen! Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt a.M.; Böttcher 2010: Die Krise verstehen, [http://www.oekumenisches-netz.de/Die\\_Krise\\_verstehen\\_Bonn\\_10.pdf](http://www.oekumenisches-netz.de/Die_Krise_verstehen_Bonn_10.pdf).
- 6) Vgl. Lohoff 1999: Das siebte Leben der Marktwirtschaft. Staatszerfall und neue Weltordnung, in: iz3w Juli 1999, S. 18-20; Böttcher 2011: Die Bundeswehr greift an, in: Netz-Telegramm 1/2011, S. 2-4, <http://www.oekumenisches-netz.de/NT11-01.pdf>.
- 7) Vgl. Böttcher 2011.

„Genua, New York, Kabul: Der 11. September und der Protest gegen die neoliberale Globalisierung“

Leitartikel Netztelegramm

„Der liebe Gott und das liebe Geld – Biblische Orientierungen zu Gott und Mammon“

Netzversammlung im Mai

**2001**

„ATTAC – Bewegung gegen neoliberale Globalisierung“

Netzversammlung im November



# Energiewende zwischen infantilen Fantasien und Ernüchterung

**Bruno Kern erteilt in seinem analytischen Text zur Energiewende dem „Grünen Kapitalismus“ eine klare Absage. Seine daraus folgenden Exit-Strategien stellen demgegenüber realpolitische Forderungen dar, die bereits Ansätze einer Systemtransformation enthalten. Diese Forderungen könnten zusammen mit einer vertieften Analyse des Kapitalismus Anstöße zu einer größeren Transformationskampagne geben. In jedem Falle werden sie Diskussionen im Netz auslösen.**

*„Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“ (Ingeborg Bachmann)*

## Die Welt im „Zangengriff“

Das Ende des fossilen Zeitalters ist inzwischen endgültig eingeläutet. Das hat sich heute bis in die Chefetagen der Mineralölkonzerne herumgesprochen. Der „Peak“ der Erdölförderung dürfte inzwischen erreicht worden sein. Und auch die anderen wesentlichen fossilen Energiequellen (Erdgas, Kohle) gehen schneller zur Neige, als man noch vor einigen Jahren annehmen durfte. Die Energy Watch Group geht etwa davon aus, dass bis zum Jahr 2050 nur noch ein Drittel der heute jährlich geförderten Erdölmenge zur Verfügung stehen wird. Bei Erdgas sei ab 2035 eine längere Phase der Stagnation des Fördervolumens zu erwarten, bis dann im Jahr 2045 die Fördermenge rapide abnimmt. Und selbst bei Kohle sei ab dem Jahr 2035 mit einem steilen Abfall der Förderung zu rechnen. Das Fördermaximum aller fossilen Energieträger zusammen genommen wird für das Jahr 2025 prognostiziert (Minqi Li, 148ff).

Gleichzeitig spitzt sich die Klimakrise zu. In den letzten Jahren hat sich herausgestellt, dass positive Rückkoppelungseffekte, also das Phänomen, dass der Klimawandel seine eigene Beschleunigung bewirkt, unterschätzt wurden, so zum Beispiel

die Geschwindigkeit, in der das Polareis abschmilzt. Immer mehr Wissenschaftler gehen deshalb davon aus, dass das ursprünglich für das Jahr 2050 angestrebte weltweite Reduktionsziel von 50% CO<sub>2</sub> bezogen auf das Jahr 1990 schon wesentlich früher (etwa 2030) erreicht werden muss, um die Klimaveränderungen noch in kontrollierbaren Grenzen zu halten. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Fokussierung auf die Klimaveränderungen bereits eine verkürzte Sichtweise darstellt. Der Klimawandel ist als Teil einer umfassenden Biosphärenkrise anzusehen. Der rasante Rückgang lebender Arten, der Verlust an Nahrungsmittelressourcen im Meer sowie der Verlust an bebaubarer Ackerfläche sind für das künftige Krisenszenario mit zu bedenken.

Die Situation, in der wir uns befinden, kann man zutreffend als eine „Zangengriffkrise“ bezeichnen (vgl. Sarkar 2009, 318ff): Wir sind gleichsam gefangen zwischen der drohenden Gefahr der Klimakatastrophe einerseits und der Erschöpfung der fossilen Energiequellen und anderer wichtiger Ressourcen wie mineralischer Rohstoffe andererseits. Wenn man die beiden Seiten des Dilemmas nicht gleichzeitig im Auge behält, dann wird man sich zwangsläufig in eine Sackgasse verlaufen und „Lösungen“ anstreben, die an dieser Situation völlig vorbeigehen. Paradigmatisch dafür sind zwei prominente Studien, deren grundsätzliche Schwäche darin liegt, dass sie jeweils eine

Seite des Dilemmas aus den Augen verloren haben: Der „Hirsch-Report“, den Robert Hirsch im Auftrag des US-Energieministeriums erstellt hat, stellt eine Peak-Oil-Strategie dar, die den Klimawandel völlig ausblendet. Die Lösungsvorschläge konzentrieren sich darauf, das fossile Zeitalter möglichst lange zu strecken bzw. die auf fossiler Energie basierende Infrastruktur möglichst lange aufrechtzuerhalten, zum Beispiel durch Treibstoffgewinnung aus Kohleverflüssigung. Anders der prominente Stern-Report, von Nicholas Stern im Auftrag der britischen Regierung erstellt. Seine Modelle zur Finanzierung von Maßnahmen, um den Klimawandel einzudämmen, unterstellen ein Wirtschaftswachstum, das nur auf der Basis einer weiteren uneingeschränkten Verfügbarkeit von fossiler Energie möglich ist. Beide Studien sind auf einem (dem jeweils anderen) Auge blind, ihre Lösungsvorschläge daher unrealistisch und unbrauchbar.

## Ökokapitalistische Illusionen

Dass das Wegbrechen der fossilen Energiebasis die Grundfesten unserer Industriegesellschaften insgesamt erschüttern könnte – über diese Konsequenz versucht man sich krampfhaft hinwegzutäuschen. Die Illusionisten bestimmen heute immer noch den geistigen Mainstream. Ihr Credo ist das der technischen Beherrschbarkeit, der Wohlstandssicherung und -vermehrung mit intelligenteren Mitteln. Die heute im öffentlichen alternativen „Energiediskurs“ maßgebenden Hofpropheten, angefangen von E.U. von Weizsäcker bis Franz Alt, reden uns seit Jahren ein, dass die nötigen Reduktionsziele (bis zum Jahr 2050 etwa eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in den OECD-Ländern um 90%) ohne Wohlstandseinbußen, ja sogar noch mit erheblichen Wohlstandsgewinnen, erreichbar seien – durch mehr Energieeffizienz und durch den Einsatz erneuerbarer Energien.

Die gedanklichen Kapriolen, die man schlägt, um der schlichten Einsicht zu entgehen, dass unser Wohlstandsniveau drastisch abgesenkt werden muss, sind abenteuerlich. Die ach so verheißungsvolle Effizienzrevolution hat Fred Luks mit einer einfachen Rechnung ad absurdum geführt: Wenn der Ressourcenverbrauch in den Industrienationen bis 2050 um einen Faktor 10 sinken soll (was weitgehend Konsens ist), und wenn man gleichzeitig ein bescheidenes Wirtschaftswachstum von 2 Prozent jährlich unterstellt, dann müsste die Ressourcenproduktivität (also die Menge an Gütern und Dienstleistungen pro Einheit einer bestimmten eingesetzten Ressource) um den Faktor 27 wachsen! Ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent setzt bereits eine 43-fache Energie- und Ressourceneffizienz voraus. Effizienzsteigerungen sind schlicht dem Gesetz des sinkenden Ertrags unterworfen, das heißt, je mehr Effizienzpotenziale be-

reits ausgeschöpft sind, um so aufwändiger wird es, weitere Effizienzsteigerungen zu erzielen. Dies wird auch durch die Empirie bestätigt: In Industrieländern wie Deutschland oder Japan kann man beobachten, dass nach beeindruckenden Steigerungen der Energieeffizienz (des Verhältnisses von Energieinput und Bruttosozialprodukt) ab Mitte der Siebzigerjahre nun keine weiteren nennenswerten Effizienzerfolge erzielt werden konnten. Ein guter Teil der Effizienzsteigerungen ist dabei schlicht auf eine verbesserte Treibstoffqualität zurückzuführen – ein Faktor also, auf den wir zukünftig ohnehin nicht mehr bauen können. In Deutschland ist seit etwa 2000 eine Stagnation zu beobachten, in Japan sogar schon seit Beginn der Neunzigerjahre (Minqi Li, 161–162). Die genaueste Studie weltweit dazu ist wohl die von Lightfoot und Green. Sie schätzen das weltweite Effizienzpotenzial vom Bezugsjahr 1990 aus gerechnet bis zum Ende unseres Jahrhunderts (also bis 2100!) weltweit auf 250 bis 330 Prozent (u.a. zitiert bei Minqi Li, 162). Das ist sehr weit entfernt von dem, was uns Herr Weizsäcker einreden will. Um diese Absurdität zu verschleiern, beschränken sich die ökologisch-kapitalistischen Heilspropheten wie er in ihren Bestsellern immer nur auf beeindruckende Einzelbeispiele. Nach Ted Trainers Urteil beruhen selbst hier 50% auf reinen Glaubensannahmen.

Die intellektuelle Redlichkeit wird dabei schamlos einem Pragmatismus der politischen Durchsetzbarkeit geopfert. Anstelle einer ehrlichen Bestandsaufnahme dessen, was mit welchen Mitteln zu welchem Preis wirklich erreichbar ist, werden alle Überlegungen der Frage untergeordnet, was man dem europäischen Wohlstandspublikum zumuten darf. In diesem Sinne tritt der ehemalige Attac-Aktivist und grüne Europaabgeordnete Sven Giegold in jüngster Zeit dafür ein, den „pubertären“ Widerstand gegen die Massenautomobilisierung und den Flugverkehr endgültig als aussichtslos aufzugeben. Stattdessen müsse man eben auf technische Lösungen setzen, auf Elektroautos und auf mit Brennstoffzellen betriebene Flugzeuge (Sven Giedold, Freiheit, Auto, Nachhaltigkeit, in: Le monde diplomatique, 13. 9. 2009). Die genauere Nachfrage, ob das denn – ehrliche Energiebilanzen vorausgesetzt – überhaupt möglich ist, erspart er sich lieber. Ernst Ulrich von Weizsäcker spricht offen aus, worum es geht:

„Europäern, Amerikanern und Japanern zu empfehlen, sich in Sack und Asche zu kleiden und auf Wohlstand und Fortschritt zu verzichten, ist eine zum Scheitern verurteilte Strategie. Also sollte die neue Wirtschaftsweise den Charakter eines ‚neuen Wohlstandsmodells‘ haben, um politisch durchsetzbar zu sein.“ (1992, 12)

Hier wird übrigens auch überdeutlich, für wen dieses neue

# 2002

„Von der Kolonialismus- zur Globalisierungskritik: 10 Jahre Ökumenisches Netz“ Leitartikel Netztelegramm

„Vernetzungen. Solidarität in Zeiten der Globalisierung“ Broschüre zum zehnjährigen Bestehen des Ökumenischen Netzes

Wohlstandsmodell gilt und für wen nicht. Weltweit gesehen nimmt eine kleine Elite für sich in Anspruch, die immer knapper werdenden Ressourcen auch noch für den letzten Teil ihrer Wohlstandsparty einzusetzen. Der ressourcensparende, intelligente, ökologiekompakte Wohlstand ist bei Licht besehen chauvinistische Brutalität. Bereits jetzt sind es global gesehen nur 6% der Menschheit, die jemals in einem Flugzeug gesessen sind, während in Nigeria unter Lebensgefahr Ölpipelines angezapft werden und im Sudan der erste Klimakrieg tobt (Welzer 2008: 94–99).

### Ein nüchterner Blick auf die Realität

In jüngster Zeit kann man allerdings auch eine Tendenz zur Ernüchterung feststellen. Gegenüber den Illusionen der ökologischen Hofpropheten nehmen sich die definierten politischen Ziele sehr bescheiden aus. Der ehrgeizige Obama-Plan etwa hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2025 insgesamt 25% des US-amerikanischen Elektrizitätsbedarfs aus erneuerbaren Quellen stammen werden. Man darf wohl fragen, wie es um die restlichen 75% steht. Auch in der BRD werden die skeptischen Stimmen lauter, gerade vonseiten derer, die selbst das größte Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien haben. Dietmar Schütz etwa, der Präsident des Bundesverbandes erneuerbarer Energien, gab zu Protokoll, dass man bis zum Jahr 2020 200 Mrd. KWh mittels erneuerbarer Energien produzieren könne. Das entspricht, wenn man einen leichten Verbrauchsrückgang unterstellt, etwa 35% des bundes-deutschen Stromverbrauchs (die tageszeitung, 24. 4. 2008). Die Einsicht in das begrenzte Potenzial erneuerbarer Energien führte viele ernst zu nehmende Ökologen wie etwa James Lovelock dazu, zu Befürwortern der Atomenergie zu mutieren.

Wer die Situation unvoreingenommen betrachtet, wird sich vier grundsätzlichen Problemen stellen müssen:

1. Das Potenzial erneuerbarer Energien ist grundsätzlich beschränkt. Erneuerbar heißt eben nicht unerschöpflich.
2. Neben der knapper werdenden Energie aus fossilen Quellen haben wir es gleichzeitig auch mit einer Verknappung von Rohstoffen zu tun, die dem Ausbau der technischen Voraussetzungen und der nötigen Infrastruktur für erneuerbare Energien zusätzliche Schranken setzt.
3. Das uns zur Verfügung stehende Zeitfenster ist schmal. Es ist fraglich, ob wir angesichts der knapper werdenden Zeit, in der uns die fossile und Rohstoffbasis immer schneller wegbriecht, die theoretisch vorhandenen Potenziale wirklich umsetzen können.

4. Die Diskussion um erneuerbare Energien beschränkt sich meistens auf die Elektrizitätserzeugung<sup>1</sup>, obwohl diese gerade einmal ein Fünftel unseres Gesamtenergieverbrauchs ausmacht.<sup>2</sup> Ein erhebliches Problem aber stellt die Energie dar, die wir über die Erzeugung von Elektrizität hinaus aufwenden müssen, insbesondere für die Organisation unserer Mobilität, die in der uns bekannten Form ohne die fossile Energiebasis kaum vorstellbar ist und die gleichzeitig für unsere global durchgesetzte kapitalistische Industriegesellschaft essenzielle Bedeutung hat.

### Machbar oder lebensfähig? Die Erneuerbaren als „Parasiten“ der noch vorhandenen fossilen Energiebasis

Die sog. erneuerbaren Energien (im Wesentlichen Wind, Sonne und Biomasse) werden in ihren Möglichkeiten oftmals so hoch veranschlagt, dass es doch sehr erstaunt, warum sie sich nicht längst schon durchgesetzt haben. Ist tatsächlich nur die bitterböse Atomlobby schuld? Die präsentierten Rechnungen sind höchst unseriös. Die Energiebilanzen beschränken sich in der Regel auf den laufenden Betrieb. In die Energiebilanz nicht mit einbezogen werden die Produktionsvoraussetzungen und die erforderliche Infrastruktur insgesamt.<sup>3</sup> Wer etwa die Energiebilanz einer Fotovoltaikanlage ehrlich erstellen will, der muss – wie in jeder Kostenrechnung auch – anteilmäßig bei der Produktion der Bagger anfangen, die den Sand zur Siliziumherstellung fördern. In diesem Zusammenhang wurde in der Fachliteratur der Ausdruck „energy“ für „embodied energy“ geprägt. Einer der wenigen, die so bilanzieren, ist Howard T. Odum, der dann auch prompt für die Fotovoltaik (auf der Basis von monokristallinem Silizium) eine negative Energiebilanz errechnet. Mit Recht klagt die Anti-Atom-Bewegung in ihrer Auseinandersetzung mit den Atomkraftwerksbetreibern eine solche ehrliche Bilanz ein, um das Argument zu entlarven, Atomstrom sei der Ausweg aus der Klimakatastrophe. Allerdings müsste man dann auch die intellektuelle Redlichkeit besitzen, diese Rechnung auch für die „Erneuerbaren“ aufzumachen. Der Ökonom N. Georgescu-Roegen unterscheidet in diesem Sinne zwischen machbaren und lebensfähigen Energien. „Lebensfähig“ sind nur jene Energiequellen, die sich selber reproduzieren können. Das heißt, Fotovoltaik wäre in dem Maße lebensfähig, als die Produktionsbasis mit all ihren Komponenten und deren zyklische Erneuerung selbst wieder mit Fotovoltaikstrom hergestellt werden könnten. Dabei wäre zu bedenken, dass die Herstellung selbst der einfachen Halbleiterzellen Temperaturen von 400 bis 1400 Grad Celsius erfordert. Richard Heinberg stellt eher skeptisch fest: „Sicherlich können konventionelle Siliziumzellen bisher im Vergleich zu der für ihre Herstellung nötigen Energie nur einen geringen

„Globalisierung und Gewalt – politische und biblisch-theologische Reflexionen“

„Feier und Tagung zum 10-jähriges Netz-Jubiläum“

Netzversammlung im Mai

2002

Netzversammlung im Oktober

späteren Ertrag aufweisen, obwohl die Anhänger dieser Technologie auch hier standhaft mit günstigen Zahlen werben – im Allgemeinen berücksichtigen sie bei ihren Berechnungen nicht die für den Transport und die Herstellung der Produktionsanlagen aufgewandte Energie ...“ (Heinberg 2004, 239). Auch die neueren Techniken etwa von Dünnschichtszellensolarzellen auf der Basis von nicht-kristallinem Silizium oder lichtempfindlichen Farbpigmenten etc. helfen nicht viel weiter. Bei einem Wirkungsgrad von maximal 7% wird ihnen wohl nur ein Nischendasein beschieden sein.

Einzig die Windenergie (die aber für die Erzeugung der Stromgrundlast nicht taugt) scheint eine zweifelsfrei positive Energiebilanz aufzuweisen. Die entsprechenden Bilanzen bewegen sich allerdings ebenfalls in einem breiten Spektrum und veranschlagen den EROEI (energy return on energy invested, das heißt Energiegewinn im Verhältnis zur eingesetzten Energie) allesamt positiv von 2 bis 50. (Das heißt, innerhalb eines Lebenszyklus einer Anlage gewinnt man das Zwei- bis Fünffache an eingesetzter Energie). Hier stellt sich allerdings das Problem der Speichertechniken. In der BRD etwa steht die Windenergie insgesamt nur 16% der Zeit zur Verfügung. Die bisher bekannten bzw. derzeit erprobten Speichertechniken sind allesamt nicht unproblematisch. Pumpspeicherkraftwerke mit einem sehr hohen Wirkungsgrad gehen mit einem enormen Landschaftsverbrauch einher, für Druckluftspeicherkraftwerke – ohnehin nur für die kurzfristige Speicherung geeignet – fehlen vielfach die Voraussetzungen, weshalb bislang weltweit nur zwei existieren, und die Speicherung mittels Wasserstoff weist bislang einen bescheidenen Wirkungsgrad von etwa 20% auf. Auch die Erzeugung von Windgas ist mit Verlusten von 70 bis 80% verbunden.

Vor allem aber sind die für Windenergie geeigneten Standorte beschränkt! Es bedarf durchschnittlicher Windgeschwindigkeiten von mindestens 6 m/s. Czich geht davon aus, dass man mittels Onshore-Windenergie etwa 17% des derzeitigen Stromverbrauchs decken könnte. Er plädiert daher für eine heute utopische Ausweitung der Offshore-Anlagen auf bis zu 55 Metern Meerestiefe und auf Verbundnetze, die ein Drittel der weltweiten Landmasse umfassen! Einschlägige Studien schätzen das Potenzial der Windenergie für Deutschland insgesamt auf maximal 25% des derzeitigen Stromverbrauchs ein.

Auf das Problem der schwindenden Rohstoffbasis, die dem Ausbau erneuerbarer Energien zusätzliche Schranken auferlegt, hat unter anderem Thomas Krupka, der Chef von Solon, aufmerksam gemacht: Die Verteuerung von Rohstoffen wie etwa Kupfer und Stahl im Lauf des Jahres 2008 hat einen Vorgeschmack dafür

geliefert, was deren absolute Verknappung in absehbarer Zeit bedeuten könnte. Mit Hinweis auf diese Problematik hat Krupka übrigens gerade die großflächige Stromproduktion durch Solarkraftwerke in der Sahara als Hoffnungsträger verworfen. Er wies etwa auf das schnelle „erblinden“ der Module durch Sandstürme, die dadurch bedingte drastische Ertragsminderungen und den entsprechend kürzeren Lebenszyklus hin (die tageszeitung, 13. 11. 2008).<sup>4</sup> Die Problematik des Rohstoffbedarfs betrifft ebenso solarthermische Anlagen, die neuesten Fotovoltaiktechniken wie die Windenergie. Immerhin sind für eine durchschnittliche Windanlage etwa 150 Tonnen Stahl erforderlich. Gerade in jüngster Zeit haben Studien auf die Knappheit von seltenen Metallen wie Indium, aber etwa auch das für Batterien eingesetzte Lithium hingewiesen (Vgl. dazu Spiegel online, 10. 4. 2009). Für die Generatoren von Windkraftanlagen ist hier insbesondere Neodym von Bedeutung. In Bezug auf die Windenergie gibt James Howard Kunstler zu bedenken: „Wie schaffen wir die seltenen Erze, Chrom, Titan, von den wenigen Stätten ihres Vorkommens zu den Produktionsstätten, wo die Metalllegierungen hergestellt werden, um Windturbinen zu erzeugen? Und was benutzen wir, um die Hochöfen zu betreiben?“ (Kunstler 2005, 128)

Die Problematik des immer schmaler werdenden Zeitfensters lässt sich ebenfalls anhand der Windenergie gut verdeutlichen. Die hochgerechneten theoretischen Potenziale sind teilweise beeindruckend. In den USA etwa gehen die optimistischsten Schätzungen davon aus, dass man mittels Windenergie ca. die Hälfte des Gesamtenergieverbrauchs erzeugen könnte.<sup>5</sup> Doch es klappt eine große Lücke zwischen diesem theoretischen Potenzial und dem Status quo. Weltweit wird bislang etwa 1% der Elektrizität mittels Windenergie erzeugt. Richard Heinberg weist darauf hin: Wenn man in den USA bis zum Jahr 2030 etwa 20% der Elektrizität durch Windkraft gewinnen wollte, dann müsste man bis dahin jährlich (!) etwa 20.000 dem neuesten Stand der Technik entsprechende Windkraftanlagen aufbauen, vom nötigen Ausbau der übrigen Infrastruktur (Leitungskapazitäten) ganz zu schweigen. Das würde eine beträchtliche Umschichtung ökonomischer Ressourcen in einer relativ kurzen Zeit und unter hohem Energieaufwand bedeuten – einem Energieaufwand unter dem Vorzeichen der immer schneller wegbrechenden fossilen Basis: „Betrachtet man nun aber diese Energieinvestition, die man für den Bau aller Windturbinen und andere für den Übergang auf erneuerbare Energien notwendige Infrastrukturmaßnahmen braucht, und bedenkt, dass gleichzeitig das Erdöl immer knapper wird, erkennt man, dass dann keine überschüssige Energie mehr zur Verfügung stünde, um den bisherigen Bedarf der Wirtschaft weiterhin decken zu können.“ (Heinberg 2004, 233)

# 2003

„Nein zum Krieg“

Netzversammlung im November

„Das ist direkte Kriegsbeteiligung!“ oder: Von einem „Nein“, das das „Ja“ schon mit meint!

Leitartikel Netztelegramm

## Eine Million Elektroautos oder die Rechenkünste eines Exministers

Überdeutlich wird der illusionäre Charakter der aktuellen Diskussion beim Thema Mobilität. Die hohen Verluste an fruchtbarem Ackerland durch Bodenerosion, die Ausdehnung der Wüsten etc. sind jedem auch nur oberflächlich Informierten bekannt. Selbstverständlich steht die Erzeugung von Biomasse in unmittelbarer Konkurrenz zur Ernährung der Weltbevölkerung. Der gegenwärtige weltweite Boom beim Anbau von Plantagen für pflanzliche Treibstoffe bedeutet letztlich, dass weltweit gesehen 800 Millionen Autobesitzer (mit entsprechend mehr Kaufkraft) gegen die zwei Milliarden Menschen konkurrieren, die heute unter der Armutsgrenze leben.

Selbst das Wall Street Journal eignet sich in Bezug auf die Produktion von Biotreibstoffen inzwischen die Sichtweise kritischer Ökologen an und weist unter Berufung auf David Pimentel darauf hin: „... die Ausweitung der Produktion von Mais für Biokraftstoffe würde die Wasserressourcen erschöpfen und den Boden durch den Gebrauch von Kunstdüngern und anderen Chemikalien verschmutzen. Das würde auch den Verbrauch von großen Mengen konventioneller Energie erfordern – für die Landwirtschaftsmaschinerie und für die Anlagen zur Konversion von Mais zu Ethanol. Dieser Preis könnte den Vorteil aus der Produktion des weniger umweltverschmutzenden Kraftstoffs zunichte machen.“ (Wall Street Journal, 5. 12. 2006)

Nicht berücksichtigt ist dabei, dass auch die Herstellung von Düngemitteln und anderer Agrarchemikalien den Verbrauch einer großen Menge von fossilen Brennstoffen und anderen nicht erneuerbaren Ressourcen erfordert. Schon in früheren Studien wurde der EROEI von Ethanol aus Mais auf nur 1,3 bzw. 1,1 berechnet, der von Palmöl auf lediglich 1,06 (Heinberg 2004, 152 f). Der chinesische Autor Minqi Li stellt klar: Selbst wenn die Menschheit keine Nahrungsmittel mehr anbauen und die gesamte Fläche bebaubaren Landes der Energieerzeugung widmen würde, entspräche der Ertrag nicht einmal der Hälfte dessen, was heute Erdöl und Erdgas liefern (Minqi Li, 157).

Die bundesdeutschen „Grünen“ biedern sich derzeit bis zur Peinlichkeitsgrenze als Retter der Autoindustrie an. Als einen Bestandteil des „Green New Deal“ hat man die Vision formuliert, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen zu haben. Jürgen Trittin, Ex-Bundesumweltminister und seinerzeit williger Vollstrecker des Autokanzlers Schröder, antwortete auf die Frage, woher denn dafür der Strom kommen soll: „Bis dahin werden 50% des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien erzeugt, da haben wir ja schon die Hälfte.“ (Interview am 9. Mai 2009 durch den Fernsehkanal Phoenix)

Energie in flüssiger, leicht transportierbarer und gut handhabbarer Form ist unabdingbare Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Mobilität in bisherigem Stil. Wasserstoff galt lange als der ideale Ersatz für flüssigen Treibstoff. Eine wasserstoffgetriebene Brennstoffzelle hat tatsächlich einen Wirkungsgrad von 60% und übertrifft damit Benzinmotoren deutlich. Aber Wasserstoff ist keine Energiequelle, sondern ein Speicherme-

dium. Grundsätzlich sind zwei Wege der Wasserstoffproduktion gangbar: die Herstellung aus Kohlenwasserstoffen, heute konkret Methan, oder mittels Elektrolyse aus Wasser, wobei es natürlich grundsätzlich möglich ist, das Elektrolyseverfahren mittels Energie aus erneuerbaren Quellen durchzuführen. Bei beiden Verfahren liegt der Stromverbrauch bei etwa 5 KWh pro Kubikmeter, bei der anschließenden Stromerzeugung aus Wasserstoff geht ebenfalls Energie verloren. Für den Fall, dass der Strom aus regenerativen Quellen stammt, wirft Benjamin Dessus die Frage auf, welche Gesamtleistung sich damit überhaupt realisieren lässt, wenn man bedenkt, dass die großtechnische Herstellung von Wasserstoff permanente Energiezufuhr in erheblichen Mengen erfordert (Le monde diplomatique, 14. 1. 2005). Richard Heinberg stellt in diesem Sinn fest: „Der zweite Hauptsatz der Thermodynamik legt fest, dass Wasserstoff immer ein Nettovelierer sein wird, da bei jeder Umwandlung ein Teil der nutzbaren Energie verloren geht ... Angesichts der von vornherein recht niedrigen Nettoenergie aus erneuerbaren Quellen sowie der Nettoenergieverluste bei der Umwandlung von Strom in Wasserstoff und der anschließenden Rückwandlung von Wasserstoff in Elektrizität kommt man kaum an der Erkenntnis vorbei, dass die von wohlmeinenden Visionären propagierte ‚Wasserstoffwirtschaft‘ notwendigerweise mit weit weniger Energie auskommen muss als die Wirtschaft, die wir bisher gewöhnt sind.“ (Heinberg 2004, 245)

Dazu kommen noch die erheblichen Infrastruktur- und Sicherheitsprobleme, für die kaum Lösungen in Sicht sind. Aufgrund des extrem hohen Drucks braucht ein Wasserstoffauto mit Brennstoffzellentechnik einen mit äußerst starken Kohlestofffasern verstärkten Tank. Ein Sicherheitsrisiko sind dabei vor allem die Bleiverbindungsstellen. Wasserstoff ist leicht entflammbar und korrosionsaggressiv. Jeder Tankvorgang würde nicht nur ein erhebliches Sicherheitsrisiko bedeuten, sondern mit zusätzlichem Energieverschleiß verbunden sein. Der relative Energieverbrauch allein für den Transport (in Tanklastwagen mit hohem Kompressionsdruck) im Verhältnis zur transportierten Energie würde Wasserstoff bei fast jeder Entfernung unwirtschaftlich machen.<sup>6</sup> Das Resümee des schon erwähnten Minqi Li lautet: „Aufgrund der chemisch-physikalischen Eigenschaften von Wasserstoff ist eine Wasserstoffwirtschaft in großem Stil undenkbar ... Berücksichtigt man die nötigen Umwandlungsprozesse, Verflüssigung, Transport etc., so stehen 10 bis maximal 20% der aufgewendeten Energie für den Endverbrauch zur Verfügung.“ (Minqi Li, 158)

Es führt einfach kein Weg daran vorbei: Da jede Form von Energie endlich ist und dem physikalischen Gesetz der Entropie unterliegt, da auch scheinbar im Überfluss vorhandene Energie erst mühsam und selbst wieder unter hohem Energieaufwand verfügbar gemacht werden muss, werden wir ein anderes Verhältnis zur Mobilität insgesamt gewinnen müssen. Es entspricht vermutlich nicht menschlichem Maß, innerhalb von 24 Stunden an fast jedem beliebigen Punkt der Erde sein zu können.

## Eine Ökonomie des „Genug“

Angesichts der knapper werdenden Energie und angesichts der Tatsache, dass dieser Ausfall durch den Einsatz erneuerbarer

Energien, durch mehr Energieeffizienz usw. nicht annähernd zu kompensieren ist, haben wir uns der Situation zu stellen, dass wir in naher Zukunft mit erheblich weniger Nettoenergie auskommen müssen. Damit ist aber das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner Verwertungslogik (Kapitalakkumulation auf immer höherer Stufenleiter) nicht mehr aufrecht zu erhalten. Es setzt eine ausdifferenzierte internationale Arbeitsteilung (mit entsprechenden Transportkapazitäten auf fossiler Basis) ebenso voraus wie eine immer energieintensivere Produktion. Doch nicht nur der Kapitalismus, unsere Industriegesellschaft insgesamt steht zur Disposition. Unsere Aufgabe kann es angesichts dieser Situation nur sein, dem Zusammenbruch möglichst zuvorzukommen und den industriellen Abrüstungsprozess bewusst zu steuern.

Wer die Lebensgrundlagen weltweit sichern will, der muss eine Ökonomie und Kultur des „Genug“ anstreben, der muss sich vom parasitären Charakter unseres Scheinwohlstands verabschieden. Um im Bild zu sprechen: Man kann eben nicht gleichzeitig die Abschaffung der Legebatterien fordern und an Joseph Goebbels' Forderung nach dem Frühstücksei für jeden Deutschen festhalten wollen.

In erfrischendem Gegensatz zum ökologischen Wohlstandschauvinismus eines Ernst Ulrich von Weizsäcker macht Jeremy Rifkin klar, dass nicht weniger als unsere Industriegesellschaft und die damit verbundenen Lebensgewohnheiten auf dem Spiel stehen:

„Diejenigen, die sich ... von den Illusionen des industriellen Zeitalters nicht lösen können, ... werden sich dagegen wehren, dass Großstadtleben, industrielle Produktionsweisen und der gesamte Komfort, der den sogenannten ‚amerikanischen Traum‘ genährt hat, im Widerspruch zum Solarzeitalter stehen sollen. Ökologen und Wirtschaftswissenschaftler ... haben jedoch mehr als deutlich gemacht, dass wir uns der historischen Realität nicht länger entziehen dürfen, dass falsche Zukunftserwartungen ein überaus gefährliches Abenteuer bedeuten, vielleicht eine irreversible Katastrophe. Ganz gleich, welchen Weg wir auch einschlagen, der bevorstehende Wendepunkt wird uns Opfer und Verzicht nicht ersparen.“ (Rifkin, 213 f)

Eine nachhaltige, die elementaren Lebensgrundlagen sichernde Wirtschaft darf jedoch nicht nur nicht wachsen, sie muss schrumpfen mit dem Ziel, ein verträgliches Niveau des „steady state“, das heißt eines stationären Gleichgewichts, zu erreichen. Natürlich ist dies mit der dem Kapitalismus einge-

schriebenen Wachstumslogik nicht mehr zu vereinbaren. Die erforderliche ökonomische Abrüstung kann nur in bewusster Planung erfolgen. In Auseinandersetzung mit Herman Daly, Harry Shutt, den „Marktsozialisten“, Elmar Altvater und anderen hat dies vor allem Saral Sarkar in seinen beiden unten angeführten Büchern aufgezeigt. Die Rohstoff- und Energieverknappung und das Einhalten ökologischer Mindeststandards führen unweigerlich zum Wegbrechen ganzer Industriebranchen. „Marktkonforme“ Steuerungsgesetze müssen hier zwangsläufig versagen. Die (begrenzten) Steuerungsmechanismen des Marktes funktionieren nur unter der Voraussetzung hoher Produktivität und eines genügend großen Ressourcenangebots.<sup>7</sup> Die fiskalische Lenkung der Nachfrage etwa durch Besteuerung kann nur die soziale Kluft verschärfen und dazu führen, dass „unökologisches“ Verhalten eben einer reichen Elite vorbehalten bleibt. Der freie Handel mit limitierten Verschmutzungsrechten kann unter kapitalistischen Bedingungen nur zu krassen Fehlallokationen führen. Eine Steuerung des Ressourcenangebotes, Mengenregulierungen für Energie und Rohstoffe müssen mit Preiskontrollen und einer Rahmenplanung einhergehen, die Produktion und Verbrauch lenkt. Was, wie und wie viel produziert wird, kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen überlassen bleiben, sondern muss – auf möglichst demokratische und partizipative Weise – bewusst organisiert werden. Die mit viel medialer Unterstützung geschürten Illusionen in Bezug auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien muten wie die hilflosen Abwehrversuche der sich aufdrängenden Konsequenz eines ökologischen Sozialismus an.

**Dr. Bruno Kern**

[www.oekosozialismus.net](http://www.oekosozialismus.net)

### Anmerkungen

1) Viele Energiewendeszenarien haben ihre Schwäche gerade darin, dass sie den Blick auf ein Teilproblem – meist die Elektrizitätsversorgung – fokussieren und dabei andere Probleme ausblenden. So steht zum Beispiel Biomasse der „zweiten Generation“, die hauptsächlich für die Raumwärme benötigt werden wird, nicht im gleichen Umfang für die Stromerzeugung zur Verfügung. Unterschätzt wird auch die Bedeutung des Verbrauchs landwirtschaftlicher Fläche zur Energiegewinnung: In Zukunft werden wir die Lebensmittelversorgung auf der Grundlage eigener landwirtschaftlicher Nutzflächen sicherstellen müssen und diese nicht mehr in Übersee auslagern können. Und die Landwirtschaft wird aus ökologischen Gründen und weil das Erdöl zur Neige geht, flächen-extensiver und nicht mehr so intensiv wie heute sein. Zu all dem kommt noch hinzu, dass die Auswirkungen des Klimawandels unsere Handlungsspielräume einschränken. In Südwesteuropa, aber auch etwa in Brandenburg, wird viel landwirtschaftliche Nutzfläche verloren gehen. Der Anbau von Energiepflanzen steht

## „Europäisches Sozialforum“ in Paris

Netzversammlung im November

# 2003

„Eine andere Welt ist möglich. In Trier nahm das Regionale Sozialforum seinen Auftakt“

Leitartikel Netztelegramm und Netzversammlung im Juli



heute schon, auch in Deutschland, in spürbarer Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Energiewendeszzenarien sind also nur dann glaubwürdig und brauchbar, wenn sie nicht Einzelprobleme herausgreifen, sondern zusammenhängend denken.

2) Der wachsende Anteil an Strom aus erneuerbaren Quellen wurde allerdings weitgehend durch einen entsprechenden Gesamtmehrverbrauch kompensiert – ein Beispiel für den sogenannten Rebound-Effekt. Allein im Jahr 2010 stieg in Deutschland der Stromverbrauch um 6%! Das heißt, die relative Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien hat ökologisch nichts gebracht. Und es ist ein Denkfehler, die beeindruckenden Steigerungsraten der letzten beiden Jahre einfach linear fortschreiben zu wollen. Die bisherigen Erfolge – 20% Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung – bedeuten nichts anderes, als dass die grundsätzlich beschränkten Potenziale schneller ausgeschöpft werden.

3) Annette Schlemm (zu finden in: [www.streifzuege.org](http://www.streifzuege.org)) gibt für Fotovoltaikstrom auf der Basis von monokristallinem Silizium eine Energierücklaufzeit von 4,6 Jahren an, bei polykristallinem Silizium geht sie von 3,2 Jahren aus. Dazu ist noch jeweils ein Jahr für die übrigen Komponenten (etwa Aluminium-Aufständigung o.ä.) dazuzurechnen. Allerdings legt Schlemm – wie die meisten – der Energiebilanzierung durchschnittlich 1500 Sonnenstunden im Jahr zugrunde! Solche Verhältnisse mögen in Andalusien herrschen, in Deutschland kommen wir nicht einmal auf die Hälfte! Die Energierücklaufzeiten für Fotovoltaik müssten deshalb für deutsche Verhältnisse verdoppelt werden! Schlemm lehnt auch das Konzept der „emergy“ als unsinnig ab, weil man dann konsequenterweise „bis zum Urknall“ zurückrechnen müsse. Doch selbst auf der Grundlage ihrer relativ optimistischen Annahmen zieht sie den Schluss, dass der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen notgerungen das Ende unserer Wachstumsgesellschaft nach sich ziehen wird.

4) Franz Garnreiter ([www.linksnet.de/files/pdf/Desertec-fg-200908.pdf](http://www.linksnet.de/files/pdf/Desertec-fg-200908.pdf)) hat – neben vielen anderen Kritikpunkten – im Zusammenhang mit dem Desertec-Projekt auf die gigantische „Materialschlacht“ verwiesen, die solarthermische Anlagen diesen Typs (Parabolrinnentechnik) voraussetzen: Eine solarthermische Anlage, die von der Kapazität her einem konventionellen Großkraftwerk vergleichbar wäre (das bedeutet die Produktion von 8 Terawattstunden pro Jahr), braucht mehr als 25 km<sup>2</sup> (das sind 250.000 Tonnen!) Hightec-Spiegelglas (silberbeschichtet) und über 400 km Absorberröhren. Das Desertec-Projekt in der Sahara ist aber um den Faktor 90 größer geplant, das heißt, diese Zahlen sind mit 90 zu multiplizieren. Dazu kommen Stahlpylonen zur Aufständigung und die Leitungskapazitäten für die Hochspannungsgleichstromübertragung etc. Von diesem gigantischen Materialaufwand erhofft man sich schließlich bis zum Jahr 2050 einen Beitrag zur Stromerzeugung der EU von 15%. Ted Trainer weist noch auf das Speicherproblem bei solarthermischer Stromerzeugung in Wüstengebieten hin: Die kurzfristige (48 Stunden) Speicherung mittels Salzlake ist zwar unproblematisch und nur mit geringen Verlusten verbunden, doch die Überbrückung von längeren sonnenarmen Perioden im Winter ist auf diese Weise nicht möglich (Trainer, 47).

5) Bezeichnend ist, dass viele Energiewendeszzenarien, etwa die Greenpeace-Studie von April 2011, völlig auf den Nachweis entsprechender Standorte verzichten! Bei der Angabe der Rücklaufzeiten ist zu bedenken: Üblicherweise wird der Bilanz die Spitzenauslastung zugrunde gelegt. Redlicherweise müsste man aber von der tatsächlichen durchschnittlichen Auslastung ausgehen, die z.B. in Deutschland an den besten Standorten im Landesinneren 35% beträgt, im Schnitt

11%. Abgesehen von den Offshore-Standorten ist für den weiteren Ausbau zu bedenken, dass eher ungünstigere Bedingungen anzunehmen sind, da die besten Standorte natürlich zuerst berücksichtigt wurden.

6) Heinberg gibt an, dass die Energiemenge, die man heute in einem Tanklastwagen mit Benzin transportiert, im Fall von Wasserstoff 21 Tanklastwagen erforderlich machen würde!

7) Nur in einer Situation, in der Produzenten und Verbraucher auf Preissignale flexibel genug reagieren können, sind Marktmechanismen effizient. Aufgrund der Ressourcenknappheit werden wir es aber mit Verkäufermärkten zu tun haben. Die Marktlogik würde es hier verlangen, dass die Preise bis zum Niveau des (knappen) Angebots ansteigen müssten, mit der Konsequenz, dass bestimmte Güter nur noch für Reiche in ausreichender Menge zur Verfügung stünden.

## Literatur

Hirsch, Robert L., 2005\_ Robert Hirsch on Peak Oil Mitigation, in: Global Public Media, [www.netl.doe.gov/Publications/others/pdf/Oil\\_Peaking\\_NET.pdf](http://www.netl.doe.gov/Publications/others/pdf/Oil_Peaking_NET.pdf).

Heinberg, Richard, 2004: The Party's Over. Das Ende der Ölvorräte und die Zukunft der industrialisierten Welt, München.

Kunstler, James Howard, 2005: The Long Emergency. Surviving the End of Oil, Climate Change, and Other Converging Catastrophes of the Twenty-First Century, New York.

Lightfoot, H. Douglas/Green, Christopher, 2001: Energy Efficiency Decline Implications for Stabilization of Atmospheric CO<sub>2</sub> Content. Centre for Climate and Global Change Research, Report Nr. 2001-7, McGill University, Montreal.

Luks, Fred, 1997 Der Himmel ist nicht die Grenze, in: Frankfurter Rundschau, 21. Januar 1997.

Minqi Li, 2008: The Rise of China and the Demise of the Capitalist World Economy, London.

Odum, Howard T., 1996: Environmental Accounting. Emergy and Decision Making, New York.

Rifkin, Jeremy, 1985: Entropie – ein neues Weltbild, Frankfurt /Berlin.

Sarkar, Saral, 2009: Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie, Köln/Mainz (zu beziehen über die Initiative Ökosozialismus, [www.oekosozialismus.net](http://www.oekosozialismus.net); Bruno Kern, Mombacher Straße 75 A, 55122 Mainz; Tel.: 06131/236461; E-Mail: [fackelkraus@gmx.de](mailto:fackelkraus@gmx.de)).

Saral Sarkar, 2001: Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen, Köln (zu beziehen über die Initiative Ökosozialismus, s.o.).

Saral Sarkar / Bruno Kern, 2008: Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik, Köln Mainz (Broschüre, zu beziehen über die Initiative Ökosozialismus).

Stern, Nicholas, Stern Review: Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels (aus dem Internet).

Trainer, Ted, 2007: Renewable Energy Cannot Sustain a Consumer Society, Heidelberg.

Weizsäcker, Ernst Ulrich von, 1992: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt.

Welzer, Harald: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt 2008.

„Aus Widersprüchen Spielräume entwickeln. Über die ökonomischen, politischen und ökologischen Zusammenhänge des Sozialstaatsum- und abbaus“

# 2004



# Exit-Strategien aus der Wachstumsgesellschaft

## Ausgangspunkt

Ausgehen ist davon, dass die Wachstumsgesellschaft ohnehin unweigerlich vor ihrem Ende steht, und zwar einerseits aufgrund der immanenten Krisentendenz des globalisierten Kapitalismus, andererseits und vor allem aber aufgrund der absoluten, geologischen und physikalischen Schranke der Erschöpfung der Ressourcen und der Tragfähigkeit der Ökosysteme. Die „Entkoppelung“ des Wachstums vom Ressourcen- und Energieverbrauch im notwendigen Maß hat sich längst als Illusion erwiesen. Diese Illusion wird vom ‚marktwirtschaftlich-grünen‘ Mainstream aufrechterhalten, um unter den geänderten Bedingungen möglichst lange ein politisches ‚Weiter so‘ zu garantieren. Der Entlarvung dieser – zurzeit wohl gefährlichsten – Ideologie kommt eine zentrale Bedeutung zu. Sie schafft erst die Voraussetzung für die notwendigen politischen Schritte.

Politische Intervention hat angesichts unserer Situation den Sinn, den Prozess der Erosion der kapitalistischen Wachstumsökonomie nicht einfach über uns hereinbrechen zu lassen, sondern ihn zu gestalten, und zwar so, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt, Solidarität und demokratische Grundrechte dabei gewahrt bleiben. Ein geplanter Rückbau der Industriegesellschaft, ein gesellschaftlich ausgehandelter industrieller Abrüstungsprozess, ist also die humane Alternative zu Zusammenbruch und Chaos.

## I. Energiepolitik

Der Schlüssel für einen Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft ist die organisierte Verknappung des Energieangebots. Es ist damit zu rechnen, dass Wirtschaft und Politik das fossile Zeitalter so lange wie möglich „strecken“ wollen, durch immer riskantere und aufwändigere Förderung der letzten fossilen Ressourcen, durch Techniken wie Kohleverflüssigung, durch Fortschreibung der Infrastruktur des fossilen Zeitalters mit anderen, nicht-fossilen Mitteln (Elektroauto, Brennstoffzelle...) etc.

Erste Priorität hätte in Deutschland der Kampf für den unverzüglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung, das heißt mindestens Baustopp für die in Bau befindlichen und Aus für die geplanten Kohlekraftwerke. Das ist ökologisch klar begründbar: Es gilt, den klammheimlichen Abschied von den Klimazielen nicht hinzunehmen, sondern darauf zu beharren. Diese sind unter anderem nur bei einem unverzüglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung zu erreichen. Daraus würde sich eine Verknappung des Stromangebots ergeben, die von sich aus weitere politische Schritte erforderlich macht: politische Preise, Angebotsregulierung, Quotenvergabe etc. Damit würde der kapitalistischen Marktlogik die Alternative bewusster solidarischer Gestaltung wichtiger Bereiche der Ökonomie entgegengesetzt und eine systemtranszendierende Logik eingeführt. Die Förderung erneuerbarer Energien könnte vollständig entfallen; sie wären ja ohnehin alternativlos. Durch die Einforderung des ökologisch Notwendigen würde man so den Sachzwang zum Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft erzeugen. Dieses Thema ist zurzeit auch kampagnenfähig, da die Energiepolitik seit dem beschlossenen Atomausstieg wieder auf der Tagesordnung steht und da man an etliche Initiativen bereits anknüpfen und diese bündeln kann (lokaler Widerstand gegen geplante Kohlekraftwerke, gegen Braun- und Steinkohleabbau, Mitglieder des Bündnisses „Klimaallianz“, „Klimacamp“, „AusgeCO2hlt“ etc.). Es wäre also ‚politisch aussichtsreich‘, darauf die Kräfte zu konzentrieren. Dass mit dieser Verknappung des Stromangebots der Industriestandort Deutschland im klassischen Sinne zur Disposition steht, dürfte klar sein und müsste auch offensiv vertreten werden. Die Klimaziele ernst zu nehmen bedeutet letztlich eben weniger Autos zu bauen, weniger Aluminium und Zement zu produzieren etc.

Eine vollständige Vergesellschaftung der gesamten Energieversorgung (nicht nur der Netze) und damit die Möglichkeit der Orientierung an ökologischen und sozialen Zielen bzw. am Ziel der Energieeinsparung wäre eine weitere Forderung, die einen wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge der kapitalistischen Ver-

wertungslogik zu entreißen versucht und diese damit insgesamt in Frage stellt.

Auf internationaler Ebene wäre als Alternative zum gescheiterten Kyoto-Prozess der Vorschlag der Energie-Angebotsregulierung (Modell Mohssen Massarrat<sup>1</sup>) stark zu machen. Eine ausgehandelte planvolle Rückführung des Energieangebots (bes. Erdöl) wäre rational im Sinne aller Interessengruppen (auch der Ölförderländer) und viel wirkungsvoller als der Ansatz beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Auch auf internationaler Ebene wäre unmittelbar auf einen Abbau der enormen Subventionen der Erdöl- und Kohleförderung hinzuwirken. Gegen immer riskantere und mit immer schwerer wiegenden Umweltbeeinträchtigungen verbundene Fördertechniken (Tiefseebohrungen, Abbau von Ölsanden...) wäre Widerstand zu organisieren. Vorbildlich im Sinne einer geplanten Reduktion des Angebots an fossilen Energien sind natürlich Initiativen wie Yasuni.

#### **Weitere Maßnahmen auf nationaler Ebene:**

Am simpelsten und am raschesten durchzuführen wäre eine Streichung aller direkten und indirekten Subventionen in diesem Bereich – natürlich Verzicht auf die Subventionierung des E-Autos, keine Ausnahmeregelungen bei der Ökosteuern, Streichung der indirekten Subvention des Flugverkehrs, keine Billigstromtarife für Großkunden, keine Subventionierung des Kohleabbaus etc.

Ordnungspolitisch könnte ein Verbot bestimmter energieintensiver Produkte eingefordert werden und es könnten bestimmte Techniken wie CCS, „Fracking“<sup>2</sup> etc. unterbunden werden.

## **II. Wirtschaftspolitik**

Deutschlands Wirtschaftswachstum wird hauptsächlich vom Export getrieben. Die deutschen Exportüberschüsse schaffen innereuropäisch und international Ungleichgewichte, führen zur Verschuldung und den damit verbundenen Problemen. Ein Rückbau der Exportüberschüsse (Ziel müsste eigentlich eine ausgeglichene Handelsbilanz sein) ist daher eine wichtige Exitstrategie. Eine selbstverständliche Forderung wäre ein sofortiger Stopp jeglicher Exportförderung, zum Beispiel der Hermes-

bürgschaften. Selbstverständlich ist ein vollständiges Exportverbot von Rüstungsgütern (was den willkommenen Nebeneffekt hätte, dass sich damit die Rüstungsindustrie in Deutschland erledigt hätte, weil sie von der einheimischen Beschaffung ihre Kapazitäten nicht mehr aufrechterhalten kann). Exportsubventionierung durch Mittelvergabe des BMZ müsste geprüft und unterbunden werden. Weitere Maßnahmen: Einführung der Produktverantwortung von Unternehmen für den gesamten Lebenszyklus eines Produktes? Ordnungspolitische Maßnahmen gegen geplante Obsoleszenz<sup>3</sup> etc.?

## **III. Finanzpolitik**

Neues Geld in den Kreislauf wird in der Hauptsache durch Schulden gepumpt. Schulden sind im Grunde vorweggenommenes Wachstum. Eine zentrale Forderung wäre daher eine rasche Rückführung der öffentlichen Verschuldung durch eine konsequente Abschöpfung privaten Reichtums, das heißt durch eine entsprechende Steuerreform. P. Bofinger, einer der fünf ‚Wirtschaftswaisen‘: „Will man die Lage der Menschen mit geringem Einkommen verbessern, ohne dabei das Geld von den ‚Wohlhabenden‘ zu nehmen, bleibt nur die Lösung des Wirtschaftswachstums.“ In der Bedingung, die Bofinger hier formuliert, liegt die Lösung des Problems. Der Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft muss mit der Garantie von Mindeststandards sozialer Sicherheit einhergehen, aus grundsätzlichen Gerechtigkeitserwägungen, aber auch, um es den Menschen zu ermöglichen, den bevorstehenden radikalen Umbruch angstfrei und als selbstbewusste Subjekte mitzutragen.

Die „Droge“ billiger Kredite war ein wesentlicher Wachstumstreiber und gleichzeitig eine Strategie, die „Überliquiditätskrise“ zu überwinden, das heißt, überschüssiges Geldkapital, das keine Verwertungsmöglichkeiten in der Realökonomie mehr fand, auf den Finanzmärkten zu platzieren. Die Kontrolle der Geldmenge, d.h. die Schrumpfung des Kreditvolumens, etwa durch Erhöhung der Mindestreserve, wäre ein wichtiges Element des Ausstiegs aus der Wachstumsgesellschaft.

Ein weiteres Element wäre eine Umgestaltung der Mehrwertsteuer nach ökologischen Kriterien, etwa die Einführung einer

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ – Gibt es ein Recht auf Existenzsicherung jenseits von Erwerbsarbeit?“

Leitartikel Netztelegramm

„Warum es nicht reicht, das Soziale neu zu denken! Das Bischofspapier im Kontext der Sozialethik“

Netzversammlung im Juni

„Globalisierung im Alltag – Das Ganze verändern!“

Netzversammlung im Oktober

**2004**

„Luxussteuer“. Vor allem vor dem Hintergrund der derzeitigen weltweiten Schulden- und Finanzkrise ist eine Politik der radikalen Abschöpfung privater Vermögen als Alternative zum Wachstum vermutlich unerlässlich. In letzter Instanz ist das an seine Grenzen gekommene Wachstum der eigentliche Grund der Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Geld wird ja im Wesentlichen durch Kreditvergabe privater Banken geschöpft. Sobald sich aber herausstellt, dass die aufgetürmten Schuldenberge nicht mehr durch reales Wachstum „unterfüttert“ werden können, droht der Zusammenbruch des Finanzsystems. Richard Heinberg schlägt, um die Gefahr eines Crashes abzuwenden, einen allgemeinen Cut vor, das heißt, er plädiert dafür, Schulden und Vermögen (ab einem bestimmten „Schonvermögen“) auf ein Zehntel zu reduzieren. Auch angesichts der Euro-Krise ist zu betonen, dass die „linke“ Antwort auf die Austeritätspolitik à la Merkel kein neuer Keynesianismus à la Hollande sein kann. Angesichts der objektiven Grenzen des Wachstums ist es eine Illusion, durch reales Wachstum aus der Schuldenfalle ausbrechen zu können. Radikale Umverteilung scheint der einzige Ausweg. Die vor Kurzem vom DIW vorgeschlagene zehnpromtente Vermögensabgabe zielt in die richtige Richtung.

#### IV. Verkehrspolitik

Verzicht auf alle Infrastrukturmaßnahmen, die den Flug- und motorisierten Individualverkehr fördern (Flughafenausbau, Autobahnbau, Förderung des E-Autos, etc.). Anstelle von finanziellen Instrumenten ist an Quotenvergaben gefahrener Autokilometer oder Flugmeilen zu denken. Allgemein gilt, dass wir ein anderes Verhältnis zur Mobilität gewinnen müssen. Auch der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur ist nicht in jedem Fall sinnvoll. So sind zum Beispiel Hochgeschwindigkeitszüge ökologisch unsinnig, da der Energieverbrauch mit zunehmender Geschwindigkeit überproportional steigt.

#### V. Landwirtschaftspolitik

Die auf Massenproduktion und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ausgerichtete Landwirtschaft ist in mehrfacher Hin-

sicht ein neuralgischer Punkt, unter anderem wegen des hohen Energieeinsatzes. Eine Umstellung auf eine flächenextensive Landwirtschaft, die ökologischen Mindestkriterien genügt, wäre ein wichtiger Baustein einer Exitstrategie. Minimalanforderungen wären hier die Streichung aller Exportsubventionen (EU-Ebene), die Flächenbindung beim Viehbestand, ein Verbot von Futtermittelimporten etc. Die Umstellung auf einen ökologischen Landbau (Verzicht auf mineralischen Dünger, auf Pestizide, auf den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung, Verbot von Gentechnik usw.) könnte mittels einer Neudefinition der sog. „guten fachlichen Praxis“ erfolgen.

Vor allem ist auf den Anbau von Energiepflanzen zu verzichten. Er steht in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion und ist aufgrund des hohen Energieinputs weder energie- noch klimapolitisch sinnvoll. Deutschland will bis zum Jahr 2050 den Strom zu 80% aus erneuerbaren Quellen erzeugen, 23% davon soll aus Biomasse gewonnen werden! Dieses Ziel ist zu korrigieren. Biomasse der „zweiten Generation“ wird wohl hauptsächlich zur Erzeugung von Raumwärme verwendet werden müssen.

#### VI. Arbeitsmarktpolitik

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und damit gleichzeitig der Energieintensität war ein entscheidender Wachstumstreiber. Das bedeutete auch, dass immer mehr und immer energieintensivere Produkte auf dem Markt untergebracht werden mussten. Die Gewerkschaften müssten sich im Sinne einer Exitstrategie vom Kriterium der Produktivitätszuwächse als Begründung für Lohnerhöhungen verabschieden. In der derzeitigen Situation, die von einer immer noch hohen Arbeitsproduktivität gekennzeichnet ist, könnte eine Politik der Arbeitszeitverkürzung eine wichtige Exitstrategie sein. Damit diese Arbeitszeitverkürzung aber tatsächlich zum Ausstieg aus dem BIP-Wachstum führt, dürfte der volle Lohnausgleich nur für die unteren Einkommensgruppen (etwa bis € 3000 brutto) vorgesehen werden, danach müsste der Lohnausgleich degressiv erfolgen. Allerdings: In Deutschland gilt die Tariffreiheit. Die Frage ist, inwiefern die Änderung des gesetzlichen Rahmens (Arbeitszeitgesetz) eine solche Strategie befördern könnte

„Das Ganze verändern“

Erklärung des Ökumenischen Netzes

„Hartz IV ist mehr als Sozialabbau“

„Hongkong platzen lassen!“

Leitartikel Netztelegramme

„Globalisierung im Alltag. Eine Dokumentation im Rahmen des Sozialforum-Prozesses“

Broschüre

2005

„Wenn es keine Alternativen im Kapitalismus gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus“

Netzversammlung im Juli

und wie man die Gewerkschaften für eine solche Politik gewinnen könnte.

Eine Verkürzung der Lohnarbeitszeit würde den Menschen auch die Spielräume eröffnen, wichtige Bereiche ihrer Subsistenz jenseits der Lohnarbeit, in solidarischer lokaler Zusammenarbeit, zu sichern.

Der Wegfall von Arbeitsplätzen in bestimmten (energieintensiven) Branchen müsste vor allem durch den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors und durch die Förderung von (dringend notwendigen) Arbeitsplätzen im Bereich Pflege, Erziehung etc. kompensiert werden. Grundsätzlich gilt, dass eine Verknappung des Energieangebots den Prozess der ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität umkehren wird. Arbeitsintensivere Fertigungen werden an Bedeutung gewinnen.

Über die Forderungen an die politische Ebene hinaus wird ein wichtiges Element die „Bottom-up“-Strategie des Aufbaus solidarischer Versorgungsstrukturen von unten, etwa im Sinne der Transitiontown-Bewegung, sein. Gegenüber der Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche gilt es, wieder „Daseinsmächtigkeit“ zu gewinnen und möglichst viele essentielle Bereiche des Lebens in lokalen Gemeinschaften selbst zu gestalten. Diese Strategie wird zentrale Bedeutung haben, unabhängig davon, was auf makroökonomischer Ebene erreicht werden kann. Innerhalb einer solidarischen Ökonomie, die an-

stelle blinder Marktmechanismen bewusst plant und politisch aushandelt, wohin die knappen Ressourcen zu lenken sind und was, wie viel und wie produziert wird, sind relativ autonome lokale Gemeinschaften ein wesentlicher Garant dafür, dass der Planungsprozess demokratisch verläuft. Je weniger Einzelne und lokale Gemeinschaften erpressbar sind, je autonomer sie in der Sicherung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse sind, umso selbstbewusster können sie übergeordneten Instanzen gegenüber auftreten. Im Falle des Scheiterns der Umgestaltung der Makroökonomie könnten diese lokalen Ansätze zur letzten Auffanglinie werden, um humane Katastrophen zu vermeiden.

### Anmerkungen

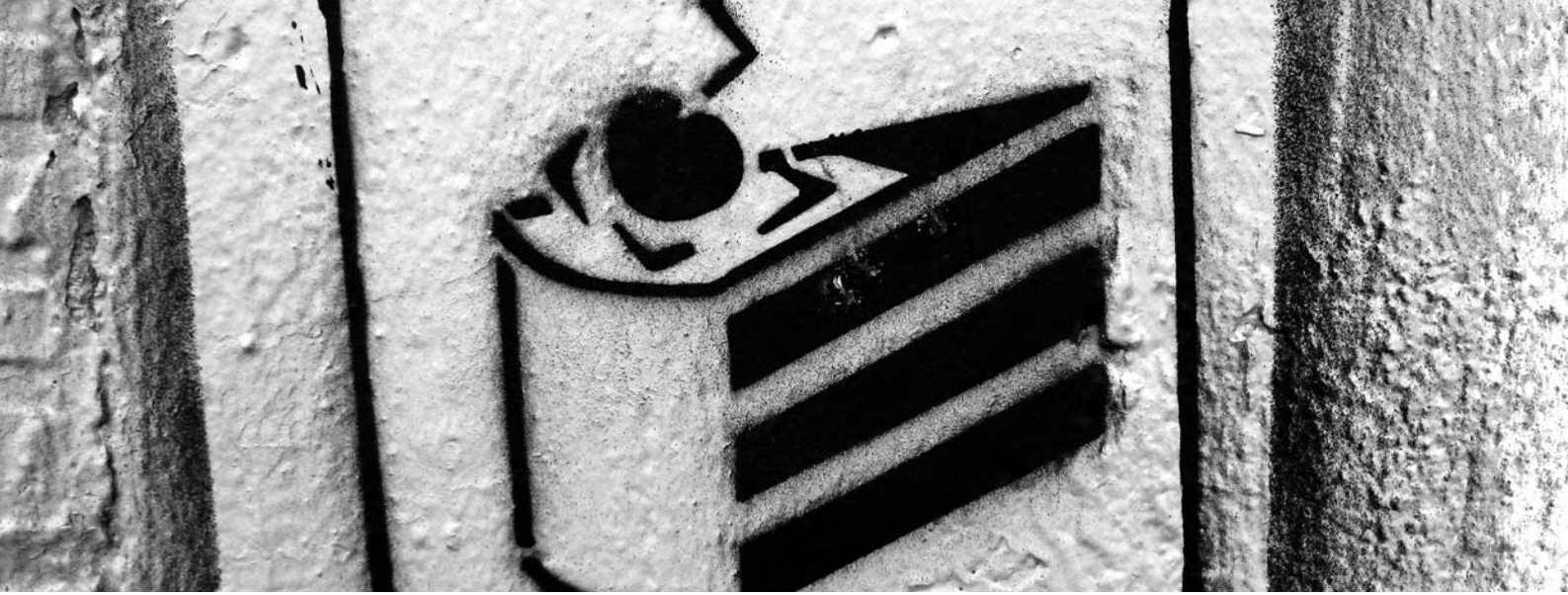
1) Vgl. z.B. Mohssen Massarrat: Eine neue Philosophie des Klimaschutzes, in: Altwater/Brunngräber (Hg.): Ablasshandel gegen Klimawandel, Hamburg 2008.

2) CCS heißt „Carbon Capture and Storing“. Bei diesem Verfahren wird mit viel (nicht zuletzt energetischem) Aufwand das CO<sub>2</sub> abgetrennt und dann unterirdisch unter hohem, der Lagerung von Atommüll vergleichbarem, Risiko verpresst. „Fracking“ ist eine Methode der Erdgasförderung in dichten Gesteinsformationen. Unter hohem Druck werden mittels Wasser, Quarzsand und verschiedenen chemischen Zusätzen Risse im Gestein erzeugt.

3) Bestimmte Produkte werden von vornherein so konzipiert, dass sie nach einer bestimmten Zeit unbrauchbar werden. Ohne eine solche bewusste Manipulation hätten sie eine erheblich längere Lebensdauer, was natürlich einen geringeren Absatz bedeuten würde. Bekannt ist das Beispiel der Glühbirne, aber auch das von Druckern, die elektronisch so manipuliert sind, dass sie nach einer bestimmten Blattzahl unbrauchbar sind.



„Auf der Heilig Rock-Wallfahrt vom 2.-5.5. von Koblenz nach Trier machten wir auch in Büchel Station. Wir waren wohl so gefährlich für die stationierten Atomwaffen, dass wir beobachtenden Begleitschutz bekamen.“



# Stimmen zum Netzzubiläum

## „Das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar spricht Klartext“

Bei den ersten Kontakten und Texten vom Ökumenischen Netz war ich positiv überrascht: Klare politische Stellungnahmen, ob gegen Krieg, gegen Sozialabbau, gegen die EU-Militarisierung, für Asyl und Menschenrechte. Von christlichen Organisationen kannte ich das nicht immer. Und das hat sich bis heute gehalten, fundiert und kritisch mit dem Nein zum EU-Vertrag von Lissabon oder dem Nein zu Sozialdumping und Militarisierung, mit der Clean Clothes Campaign und der kritischen Begleitung von Partnerschaften mit China – das sind Themen, bei denen ihr stark und wichtig seid.

Gut dabei, dass ihr sowohl die Zusammenhänge beleuchtet zwischen unserem Leben hier und den Auswirkungen weltweit und dass all dem die Verwertungslogik des Kapitalismus zu Grunde liegt – als auch die Notwendigkeit und Perspektive aufzeigt, wie „Das Ganze (zu) verändern“ ist.

Vielleicht fehlten mir manchmal die praktischen Optionen, was kann ich als Verbraucher, als Bürger trotzdem jetzt und hier

tun – außer Analyse und Kritik? Das ist nicht einfach; ein richtiges Leben im Falschen ist ja nicht wirklich möglich, aber vielleicht kann doch der Versuch unternommen werden, stärker vorweg zu nehmen, wie wir leben wollen? ...

Das Ökumenische Netz ist mir ein wichtiger Partner in der Region geworden. Es ist nahe liegend, dass das Ökumenische Netz und die AG Frieden als überkonfessioneller Verein für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte immer wieder zusammenkommen, ob mit der Kampagne Schulfrei für die Bundeswehr, ob mit unserer Kritik an der Städtepartnerschaft mit China, ob jetzt im Herbst mit einer Aktionswoche gegen Rüstungsexporte.

Ich wünsche Euch weiterhin viel Zuspruch, Diskussionen und Aktionen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

**Markus Pflüger**

Referent für Friedensarbeit der AG Frieden Trier

„Nein zur EU-Verfassung – Nein zum globalisierten Kapitalismus“

Erklärung des Ökumenischen Netzes

„Von der Lohnarbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft. Zur Krise und Zukunft der Arbeitsgesellschaft“

Leitartikel Netztelegramm

# 2006

„Fluchtursachen schaffen, Flüchtlinge bekämpfen. Die Sicherheitspolitik der EU und der G8“

Leitartikel Netztelegramm und Netzversammlung im November

## „Zum 20. Geburtstag des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar“

**Liebe Geburtstagskinder, liebe Netzwerker,**  
der Vorstand der Bistumsstelle Trier gratuliert den Netzwerk-erInnen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar zum 20. Geburtstag ganz herzlich!

Vor 20 Jahren haben wir uns – als pax christi-Gruppen – häufig in unseren Anliegen und Intensionen allein erlebt; uns fehlten solidarische MitsstreiterInnen und KooperationspartnerInnen, damit die Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung öffentlich werden konnten.

Kontakte zu evangelischen Gruppen und Organisationen waren nur selten vorhanden. Der Wunsch, uns mit den diesen Mitchristen zu vernetzen war zwar vorhanden, jedoch konnten wir vor 20 Jahren diese Ressourcen nicht nutzen.

Fragen der Ökonomie und einer gerechten wirtschaftlichen Ordnung hatten zwar bei uns schon einen Platz in den „Wirtschaftsseminaren“ gefunden, es fehlte diesen Seminaren aber an Nachhaltigkeit und zumindest regionaler Breitenwirkung.

Mit der Gründung des Ökumenischen Netzes wurden Fragen in einen größeren Zusammenhang gestellt; dies kann sicher an der Diskussion „Das Ganze verändern“ am ehesten verdeutlicht werden. In den Aktivitäten des Netzes lernten wir genauer hinzuschauen, den theoriefeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft stellte sich eine offensive Debatte entgegen. Der politisch propagierten Alternativlosigkeit konnte das Netz „eine andere Welt ist möglich“ kontrastierend vorhalten. Mit den Reflexionen biblischer Traditionen wurden zusätzliche Schätze und Ressourcen sichtbar, die den theoretischen Debatten ein zentrales Fundament gaben.

Grenzen zwischen den Konfessionen sind abgebaut und verschwunden, Solidarität mit den Opfern lokaler oder globaler Provenienz wurde in vielen Aktionen sichtbar; das Netz hat so manche Verwerfung öffentlich gemacht.

Wir gratulieren dem Netz für die qualifizierte und engagierte Arbeit. Wir haben in den vergangenen 20 Jahren vielfach Solidarität erfahren, den Blick auf das Ganze richten gelernt, konnten den eigenen Horizont erweitern und fühlten uns durch das Ökumenische Netz eingebunden, in dem Glauben an eine andere und bessere Welt.

**Herzliche Gratulation und herzlichen Dank. Für die weitere Arbeit die ganze Fülle des göttlichen Segens**

**Egbert Wisser**

Sprecher der pax christi Bistumsstelle Trier

## „Die Welt von ‘unten’ sehen“

Als Pfarrsekretärin war ich 24 Jahre in einer katholischen Kirchengemeinde beschäftigt. Ich kam mit Menschen zusammen, die sich in einem Arbeitskreis „Runder Tisch für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ regelmäßig trafen und noch treffen. Aus diesem Kreis heraus war es ganz natürlich, dass, als das Ökumenische Netz in den 1990er Jahren gegründet wurde, ich dort mitmachte.

Es gab nun endlich einen Zusammenschluss von Menschen, die die soziale und politische Lage in der Welt, in Deutschland und in unserer Region von ‘unten’ interessierte, ja sich nicht mehr nur mit Tagesschau und den üblichen Zeitungen zufrieden gaben.

Ich möchte hier nur einige Themen benennen, die mir sehr in Erinnerung geblieben sind:

Erlassjahr: wir die „Reichen“ erlassen den „Armen“ (die wir vorher ausgebeutet haben), die Schulden!

Saubere Kleidung: Zahlung von Hungerlöhnen, Ausbeutung und Misshandlung von ArbeiterInnen in Bangladesch, China und anderswo.

## „Die Abschiebung der Yldirims. Ein Lehrstück ...“

Leitartikel Netztelegramm

## „Der Kampf um die Zukunft Afghanistans“

Leitartikel Netztelegramm

## „ChristInnen: Auf nach Heiligendamm!“

Netzversammlung im Februar

## „Was wir fordern, ist eine Existenzberechtigung!“

Netzversammlung im Dezember

# 2007

Ilisu-Staudamm in der Türkei: Verarmung Tausender Menschen, Zerstörung zahlreicher Ökosysteme und hunderter archäologischer Stätten. Welche Banken profitieren?

Rüstungsexporte ins südliche Afrika: 2,1 Milliarden Euro verdienten deutsche Firmen 2010 an Rüstungsgütern und das alles mit 'Absegnung' unserer PolitikerInnen.

Land Grabbing: Grenzenlose Gier nach Land. Dritte Welt im Ausverkauf.

Und regional: Menschen ohne Wohnung in Koblenz, Arbeitslosigkeit-Hartz IV, kein Geld für Jugendhäuser und, und, und ...

Ja, und auch die Demos: nach Ingelheim (Abschiebeknast), nach Mainz (Beck besucht und ihn an die gemeine Abschiebung der kurdischen Familie aus dem Kirchenaysl in Koblenz erinnert) oder nach Frankfurt (Armut und Obdachlosigkeit und ein paar Meter weiter die Börse und die Rolexuhr für 30.000 Euro).

Ich habe in der Zeit meiner Mitgliedschaft gelernt, sich gut zu informieren, Leuten zuzuhören, die sehr viel Hintergrundwissen haben, sich mit Menschen zu treffen und dann „NEIN“ zu sagen zu einem System, das Not und Elend bringt.

Ich wünsche dem Netz, dass wir noch viele Menschen finden, mit denen wir durch Vernetzung gemeinsame Ziele und Anliegen verfolgen können und über unseren eigenen Horizont hinaus schauen. Sodass wir ein Stück 'Gegenöffentlichkeit' und 'Gegenmacht' aufbauen können. Ja, und auch Menschen, die durch ihre Mitgliedschaft und ihren Mitgliedsbeitrag die finanzielle Situation zumindest stabilisieren helfen.

**Ingrid Schäfer**

Einzelmitglied des Ökumenischen Netzes,  
engagiert in Koblenz

## Meine Reflexion zu 20 Jahre Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar:

### „Eine andere Welt ist möglich“

Das war der Slogan zum ersten Bündnistreffen „Regionales Sozialforum“, zu dem das Ökumenische Netz zur Netzversammlung am 5.7.2003 nach Trier einlud, um die internationale Bewegung der Sozialforen in die Region zu holen. Sozialforen sind Teil des gesellschaftlichen Protests gegen die neoliberale Politik und die umfassende Ökonomisierung des Lebens. Mit der regionalen Verankerung eines globalisierungskritischen Bündnisses wollten wir die Handlungsmacht für die Gestaltung einer gerechten, friedlichen und nachhaltigen Welt stärken, so der Vorstand des Ökumenischen Netzes. Bei den Regionalen Sozialforen setzten wir uns mit den Konsequenzen der Politik für die Region auseinander und diskutierten gesellschaftliche Alternativen. Als ich mich bei diesem Treffen als Mitglied von pax christi Saar bereiterklärte, im Saarland ein Regionales Sozialforum mit aufzubauen, hatte ich keine Ahnung von Neoliberalismus und den Zusammenhängen von regionalen und globalen Verhältnissen. Damit begann meine 'Laufbahn' als 'politische Waltraud', wie das unser ehemaliger Vikar formulierte. Wir machten regelmäßige Treffen und führten Veranstaltungen durch, auf denen wir die Politik der EU thematisierten und den BürgerInnen näher brachten. Ein schwieriges Unterfangen wurde das. Wer wusste 2005 etwas über den Bolkesteinentwurf, mit dessen Hilfe Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung vorangetrieben werden sollten. Dann kam der EU-Verfassungsvertrag, der dies alles regeln sollte. Mit der gemeinsamen Erklärung des Ökumenischen Netzes: „Nein zur EU-Verfassung – Nein zum globalisierten Kapitalismus“ machten wir viel Öffentlichkeitsarbeit, um dieses Vorhaben zum Scheitern zu bringen. Nach den Referenden, die sich gegen diese Verfassung aussprachen, musste die Politik reagieren und hat mit dem Lissabon-Vertrag ihr Machtwerk realisiert. Wir steuern damit weiter auf die Katastrophe zu.

## „Überlegungen zu Flucht und Migration“

Erklärung des Ökumenischen Netzes

## „Der Ilisu-Staudamm. Vertreibung und Kulturzerstörung für Profite von Züblin und Deka-Bank“

### „Die EU zittert – kurz“

Leitartikel Netztelegramme

# 2008

## „Weltläden: Fachgeschäfte des Fairen Handels“ oder soziale Bewegung?“

Netzversammlung im Juni

## „Asylarbeit in Rheinland-Pfalz und im Saarland“

Netzversammlung im November



Inzwischen gibt es dieses Sozialforum Saar leider nicht mehr, die Themen aber werden in vielen bunten Gruppierungen weiter bearbeitet. So auch im KulturOrt Mario Andruet: Es ist ein Ort für Kunst, Kultur und Reflexion. Jeden ersten Montag im Monat bieten wir ein jour fixe an, zu dem wir ExpertInnen, Gleichgesinnte, QuerdenkerInnen und kreative PraktikerInnen einladen und ein Gesprächsforum schaffen, um uns auszutauschen. Die Inhalte des Netzes sind auch hier immer wieder vertreten.

Ich wünsche dem Ökumenischen Netz, dass es weiter engagiert den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nachgeht sowie gute Stellungnahmen, die dann mit vielen Gruppierungen in und um die Kirche, auch bei uns im Saarland, diskutiert werden.

**Waltraud Andruet**  
pax christi Saar

### „Ich bin – seit 12 Jahren – Mitglied im Ökumenischen Netz ...“

... weil ich dort Menschen treffe, die sich wie ich nicht mit dem Abfinden, was vielen Menschen angetan wird, die durch Ausbeutung im Kapitalismus immer mehr zu VerliererInnen werden!

... weil wir aufstehen und dem System widersprechen und uns nicht mutlos machen lassen, auch wenn wir keine Lösung haben, die es auch vielleicht gar nicht gibt!

... weil es gut tut Leute zu treffen, denen es ähnlich geht, und dass wir trotz der Hoffnungslosigkeit nicht verzweifeln, sondern uns weiter kritisch mit den Folgen der Ausbeutung von 'Humankapital' auseinandersetzen!

... weil ich Aktionen des Netzes, wie z. B. das Sozialforum, wichtig finde. Hier gibt es die Möglichkeit, sich kritisch mit dieser Thematik auseinanderzusetzen!

... weil die Menschen vom Netz sich nicht vor theoretischen Reflexionen scheuen, die dazu beitragen, sich von den 'Allgemeinplätzen' abzugrenzen und die Politik kritisch zu hinterfragen!

Ich bleibe Mitglied im Netz, weil diese Arbeit, die Informationen und Vernetzung wichtig sind und immer wichtiger werden. Es ist notwendig, immer mehr Menschen über diese Tatsachen zu informieren.

**Brigitte Weber**  
Schatzmeisterin des Ökumenischen Netzes

### „Das Ökumenische Netz – ein permanenter Spagat“

Da ich das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar von ziemlich Anfang an erlebe, ist mir bei der Frage nach dem „Kennzeichnenden“, der Spagat eingefallen, der das Netz seit seiner Gründung auszeichnet: Er macht die Zusammenarbeit manchmal schwer, immer aber spannend und herausfordernd.

Insbesondere für eine Gruppe wie uns, die als Selbstbesteuerunginitiative, mit eigenem Weltladen, selbst dauernd in dieser Spannung steht („Hilfe im Handgemenge“, nennt unser Projektpartner medico international dies):

Im Netz „genießen“ wir Analysen, fundierte Kapitalismuskritik auf der einen und Kampagnenfähigkeit bis Kampagnenunfähigkeit auf der anderen Seite.

Eine Stärke und ein altes Dilemma. F. J. Degenhardt singt in einem sehr alten Lied davon (Nostalgie) „... warfen wir am Abend unsere Blätter vom Balkon ... die Leute die wir meinten, kamen von der letzten Schicht, ... und sie lasen unsere Blätter, sangen unsere Lieder nicht. ... (bis zur Aufforderung), „also los kommt runter vom Balkon“.

Ich wünsche uns im Netz dies weiterhin gut auszuhalten. Wir profitieren von der starken Analysefähigkeit, den Deutungen

## „Die EKD-Denkschrift *Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive*“

Stellungnahme des Ökumenischen Netzes

## „Gerechter Frieden in einem ungerechten System?“

Erklärung des Ökumenischen Netzes

## „Tafelfreuden – Bericht aus der Hinterwelt der Warenwelt“

Leitartikel Netztelegramm

## „Die Krise verstehen“ Leitartikel Netztelegramm und Netzversammlung im Juli

## „Praxis einer kapitalismuskritischen Analyse“

Netzversammlung im November

# 2009

der Krise(n), nehmen gerne teil, erleben so manch ‚Zu-mutung‘.

Notlagen brauchen konkrete Hilfen, sie brauchen aber noch mehr strukturelle Veränderungen, daran werden wir nirgends sonst so klar und profiliert erinnert wie im Netz. Dennoch wünschen wir uns neben wichtigen und fundamental kritischen Papieren ( „Das Ganze verändern“ etc.) Kampagnen, wie etwa jetzt die Kampagne „Aufschrei“, die das Desaster des Kapitalismus auch nachvollziehbar für viele Menschen machen.

Ich fahre nach jeder Netzversammlung mit noch größerer Unruhe zurück. Das ist, trotz des oben angesprochenen Dilemmas, gut so, da ich im Wissen fahre, dass es die Verhältnisse sind und nicht die soeben erlebte Versammlung.

Das Ökumenische Netz in dieser Wahnsinnswelt – genau genommen „Kein Grund zum feiern“, aber wir feiern es trotzdem, der ganz normale Netzspagat eben!!

**Lory Müller**  
Aktion 3% Föhren



„Bolivien – zwei verschiedene Kirchen?“  
„Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz“

Leitartikel Netztelegramme

„Kirche und soziale Bewegungen in Bolivien“

Netzversammlung im Juni

**2010**

„Die Bundeswehr greift an“

Netzversammlung im November

## Das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar e.V.

ist ein gemeinnütziger Verein und fördert seit 20 Jahren die Vernetzung von Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen im nördlichen Rheinland-Pfalz und im Saarland, die sich im ökumenischen konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen. Schwerpunkte der Netzarbeit sind Bildungsarbeit im Rahmen des Fairen Handels, der Kampagne für Saubere Kleidung und zeitlich begrenzter Kampagnen wie z.B. aktuell zu Rüstungsexporten („Aktion Aufschrei“). Das Ökumenische Netz ist Gründungsmitglied des Landesnetzwerks ELAN e.V. und leistet Informationsarbeit zu Partnerländern wie Bolivien und Fujian/China (Arbeitskreis Fujian-RLP „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards!“).

### Bildnachweise

Seite 4 – Wandgemälde von Diego Rivera (Panoramafreiheit), Foto: Wolfgang Sauber, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons  
 Seiten 9, 16 – Fotos: privat  
 Seite 17 – The Healing of the Possessed. A miniature from the Jruchi Gospels II, H-1667, 138r. National Center of Manuscripts, Tbilisi, Georgi (gemeinfrei, via Wikimedia Commons)  
 Seite 19 – Favela Rocinha, Rio de Janeiro, 2010. Foto: chensiyuan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons  
 Seite 23 – „Kitchen and fashion - that's NOT freedom“. Foto: Quinn Dombrowski, Lizenz: CC- BY-SA 2.0 via Flickr  
 Seite 25 – Flyerausschnitt der ersten Netzversammlung 1992 in Bad Kreuznach  
 Seite 26 – Foto: Ingrid Schäfer  
 Seite 27 – Foto: spanaut, Lizenz: CC-BY-NC-SA 2.0 via Flickr  
 Seite 29 – Foto: Giorgio Montersino. Lizenz: CC-BY-SA 2.0 via Flickr  
 Seiten 32, 35, 61 – Fotos: Peter Weinowski  
 Seite 33 – Foto: Fritz Hofmann, Lizenz: CC-BY-NC 2.0  
 Seite 36 – Foto: Cafe cup 1822 Hungary, Foto: Takkk, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons  
 Seite 38 – Foto: Noodlepie, Lizenz: CC-BY-NC 2.0 via Flickr  
 Seite 41 – Foto: Edni, Lizenz: CC-BY 2.0  
 Seite 44 – Foto: Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“  
 Seite 45 – Foto: Swamibu, Lizenz CC-BY-NC 2.0 via Flickr  
 Seite 48 – Foto: ippndDeutschland, Lizenz: CC-BY-NC 2.0 via Flickr  
 Seite 51 – Foto: SteffenZ, Lizenz: CC-BY 2.0 via Flickr  
 Seite 58 – Foto: Epsos.de, Lizenz: CC-BY 2.0 via Flickr  
 Seite 62 – Foto: Liqidnight, Lizenz: CC-BY-NC-SA 2.0 via Flickr  
 Seite 66 – Foto: Dominic Kloos, Lizenz: CC-BY-NC 2.0  
 Titel/Umschlagbilder: Lutyia/shutterstock.com

### Zu den Creative-Commons-Lizenzen siehe

<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/>  
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/>  
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/de/>  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/de/>

## Impressum

### An die Wurzel gehen

20 Jahre Suche nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

20 Jahre kritische Reflexion

20 Jahre Versuche, das ‚Ganze‘ zu verändern

### 20 Jahre Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

#### Redaktion:

Dominic Kloos

Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes

Löhrstr. 51, 56068 Koblenz

Tel. 0261 29 68 16 91

e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

www.oekumenisches-netz.de

#### Bankverbindung:

Sparkasse Koblenz

Kto. 40 001 877, BLZ 570 501 20

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Diese Jubiläumsbroschüre entstand mit finanzieller Unterstützung des Katholischen Fonds, der Evangelischen Kirche im Rheinland und dem Bistum Trier.

Auflage: 500

Oktober 2012

#### Layout:

Elke Wetzig, Köln

#### Druck:

Knotenpunkt e.V., Buch

„Neuer Referent im Netz: Dominic Kloos stellt sich vor“

„Sabine und das Netz: Ein herzlicher Dank zum Abschied“

Leitartikel Netztelegramme

„Die Bundeswehr und der neue Militarismus“

Netzversammlung im Mai

„Rüstungsexporte und Kapitalismuskritik“

Netzversammlung im November

# 2011

Feier und Tagung zum 20-jährigen Jubiläum

# An die Wurzel gehen

Im Herbst 2012 feiert das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar Geburtstag:

Seit 20 Jahren machen wir uns stark für eine andere, eine nicht-kapitalistische, eine gerechtere Welt.

Wir möchten Sie und Euch herzlich zu unserer Jubiläumsfeier einladen: Sie findet am 26./27. Oktober in der Jugendherberge Trier (An der Jugendherberge 4, 54292 Trier) statt.

Kurzfristige Anmeldungen sind möglich.

## Programm

### Freitag

*Bis 18 Uhr* Ankunft

*18-19 Uhr* Abendessen

*19-20.30 Uhr* Mitgliederversammlung, inkl. Vorstandswahlen

*Ab 20.45* Erinnerungen eines subversives Gedächtnisses bei gemütlichem Beisammensein

### Samstag

*9.30-11.15 Uhr* Zwischen Lobby-, Kampagnenarbeit und Systemkritik; Notwendigkeit und Grenzen systemimmanenter Arbeit – Die Praxisfelder des Netzes und ihre theoretische Anknüpfung

- Lorenz Müller (Aktion 3% Föhren) – Fairer Handel
- Ulrich Suppus (Amt für Jugendarbeit der EKIR) – Friedensarbeit
- Anja Peters (BDKJ Trier) – Bolivien
- Hermann Anell (AGF Trier) – AK Fujian
- Barbara Bernhof-Bentley (Netz-Vorstand) – Migration
- Achim Dührkoop (GMÖ Mittelrhein-Lahn/ELAN) – AK processus confessionis
- Peter Weinowski/Annemarie Stubbe (Netz-Vorstand) – Armut in Koblenz

*11.15 Uhr* Kaffeepause

*11.30-13.00 Uhr* Von der Marktkritik zur Wertkritik: Die theoretischen Reflexionen im Netz. Vortrag (Herbert Böttcher) und Diskussion

*13-14 Uhr* Mittagessen

*14-15.30 Uhr* Arbeitsgruppen: Was war gut, was hat gefehlt, was wäre wichtig für die Zukunft?

*15.30 Uhr* Kaffeepause

*16 Uhr* Gottesdienst zum Abschluss

„Aufschrei gegen Waffenhandel: Kapitalismus und Rüstungsexporte“

Leitartikel Netztelegramm

# 2012

„Im Kapitalismus gegen den Kapitalismus – Wie geht die Quadratur des Kreises? Impulse für eine Positionsbestimmung des Netzes zum Kapitalismus in der Krise“

Netzversammlung im Juni